Umwelt und Bürgerdienst

Umweltschutz

Auf legistischem Gebiet war die Abteilung mit der Begutachtung von Novellen zu Bundesgesetzen, wie dem Chemikaliengesetz und Altölgesetz, sowie mit Gesetzesentwürfen, wie dem Smogalarmgesetz und Umweltverträglichkeitsgesetz, befaßt. Das Verfahren über die Erklärung des „Blauen Wassers" und Teile seines Umlandes zum geschützten Landschaftsteil wurde 1985 abgeschlossen, die Verordnung zur Beschlußfassung vorgelegt.

Mit 1. März 1985 sind das Wiener Naturschutzgesetz 1984, LGBl. für Wien Nr. 6/1985 sowie die Verordnung über den Schutz wildwachsender Pflanzenarten und freilebender Tierarten (1. Wiener Naturschutzverordnung), LGBl. für Wien Nr. 7/1985, in Kraft getreten. Auf der Grundlage des neuen Naturschutzgesetzes wurde eine Verordnung betreffend die Geschäftseinteilung des Naturschutzbeirates und der Naturschutzanwaltschaft ausgearbeitet. Weiters war ein Verordnungsentwurf über die Anmeldung, Zulassungsbestimmung und über die Durchführung der Prüfung für beeidete Naturwacheorgane sowie über die Form, Größe und Ausführung des Dienstabzeichens und den Inhalt des Dienstausweises der Naturwacheorgane zu erarbeiten. Diese beiden Verordnungen werden 1986 zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Um eine Anlaufstelle für alle Anfragen und Beschwerden, die den Umwelt- und Naturschutz betreffen, zu schaffen und künftig die Einrichtungen „Lärmtelefon" und „Sonderabfalltelefon" zu ersetzen, wurde in der Abteilung ein zentrales „Umwelttelefon" installiert. Diese Stelle ist sowohl über die Rathausklappe 2012 als auch über die Nummer der Stadtinformation 43 89 89 zu erreichen.

Im Jahre 1985 wurden rund 20 Genehmigungsverfahren nach § 11 des Sonderabfallgesetzes abgeschlossen. Die EDV-mäßige Erfassung der Sonderabfallerzeuger, -sammler und -beseitiger wurde fortgeführt. Außerdem konnte mit der Erfassung der Begleitscheine begonnen und eine erste Auswertung der Daten erstellt werden. Auf Grund der Tatsache, daß Sonderabfälle über Bundesländergrenzen hinweg verbracht werden, ist eine lückenlose Kontrolle auf der Basis der Begleitscheine jedoch nur dann möglich, wenn sich alle Bundesländer zu einem EDV-Datenverbundsystem zusammenschließen. Zu diesem Zweck wurde bereits im Jänner 1985 eine Projektgruppe, die aus Vertretern der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark besteht, gebildet, die Vorschläge für die Organisation eines derartigen EDV-Verbundes erarbeitet hat. Dieses Konzept sieht vor, daß die einzelnen Bundesländer alle „Sonderabfalldaten" (Firmen- und Begleitscheindaten) auf Datenträgern dem Land Wien übermitteln, das diese Daten mit Hilfe der von der Abteilung und der MD-ADV erstellten Programme zentral für ganz Österreich auswertet. Die Ergebnisse sowie die vervollständigten Daten sollen den einzelnen Bundesländern wieder zur Verfügung gestellt werden. In der Zwischenzeit haben alle Bundesländer dieser Lösung zugestimmt; mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird über eine finanzielle Beteiligung des Bundes verhandelt.

Im Bereich der Lärmbekämpfung werden die Amtssachverständigen für Schallschutzangelegenheiten als Gutachter für Überprüfungen von Betriebsanlagen und Gastgewerbebetrieben, bei Anrainerbeschwerden sowie, seit Mitte des Jahres 1985, auch bei Open-air-Veranstaltungen (Konzerten, Motorsportveranstaltungen u. dgl.) herangezogen. Weiters wurden Schallpegelmessungen in baubehördlichen Verfahren, bei der Errichtung von Garagen und Autoabstellplätzen sowie bei Verkehrslärmmessungen in ausgewählten Straßenzügen durchgeführt. Die Meßergebnisse wurden ausgewertet, analysiert und in der Folge die entsprechenden Auflagen vorgeschlagen. Die Schallschutztechniker haben darüber hinaus bei Projekten der Stadtstrukturplanung, der Verkehrsordnung, bei Straßenbauvorhaben, bei der Planung und Beurteilung von Lärmschutzprojekten sowie bei der Überarbeitung von Widmungsplänen mitgewirkt.

Als Grundlage für eine Beurteilung der Umweltsituation werden die Ergebnisse von Untersuchungen herangezogen, die im Jahre 1985 zu folgenden Themen in Auftrag gegeben wurden:

Zum Problemkreis „Verkehrsberuhigung" im sekundären Straßennetz wurden in einer Studie die charakteristischen Grundstrukturen der Stadtgestalt erfaßt und in Typen eingeteilt. Für die einzelnen erarbeiteten Haupttypen wurden Testgebiete, vor allem in Stadterneuerungsgebieten, punktuell ausgewählt, die erforderlichen Daten erhoben und in der Folge an Hand von Beispielen die Möglichkeiten einer schrittweisen Verbesserung der Qualität der Wohnumwelt aufgezeigt. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind auch für andere Dienststellen, wie der MA 19, MA 46 und MA 28, von grundlegender Bedeutung.

Durch die ständig steigende Zahl an Reisebussen im Verkehr des Stadtgebietes ergeben sich Probleme in bezug auf das entsprechende Stellplatzangebot, die Behinderung des fließenden Verkehrs, die Umweltbelastungen durch Lärm und Abgase sowie die Beeinträchtigungen des Stadtbildes. Diese Auswirkungen wurden in einer Untersuchung, unter Berücksichtigung der besonderen Situation in Wien, analysiert. Mit Hilfe dieser Grundlagen wurden Maßnahmen festgelegt, die unter Beachtung der Anforderungen des Fremdenverkehrs umweltgerechtere Lösungen für die Zufahrt und das Abstellen der Touristenbusse ermöglichen.

Was die Wohn- und Umweltqualität betrifft, wurde ein nach einer Systematik erstellter Katalog für die Auswahl geeigneter Garagenstandorte und Garagentypen im innerstädtischen Raum ausgearbeitet, wobei die Aspekte der

Stadtstruktur (Nutzung und Bevölkerungsverteilung), des Bedarfes und der Nachfrage (notwendiger Verkehr, Mobilität), der Erreichbarkeit, der Umwelt (Lärm, Abgase) und des Aufwandes (Bau, Betrieb, Finanzierung) berücksichtigt wurden.

Zum Problemkreis der Lärmbelästigungen, die durch die Fahrzeugtypen LKW und Krafträder hervorgerufen werden, wurde eine Untersuchung durchgeführt, in der verschiedene Lösungsmöglichkeiten zusammengestellt und bewertet wurden. Diese Analyse berücksichtigt nicht allein die umweltbezogenen Aspekte, sondern im Falle des Güterverkehrs auch dessen Versorgungsfunktion, die Kriterien der Verkehrsberuhigung sowie der Erreichbarkeit bestimmter Standorte im Stadtgebiet.

Für die Wohnbauvorhaben in 10, Ober Laaer Straße 200—202, 22, Zschokkegasse—Langobardenstraße, 22, Tamariskengasse—Langobardenstraße, 22, Langobardenstraße—Wulzendorfer Straße und 22, Süßenbrunner Straße wurden Unterlagen für die Bewertung der Lärmbelästigung, Trennwirkung, Erreichbarkeit und Verkehrsorganisation ausgewertet. Im Bereich der vorgesehenen Immissionsschutzwand entlang der A 4-Simmering wurde eine Bestandsaufnahme der Umweltbelastungen durch Lärm und stoffliche Immissionen (Kohlenmonoxid, Stickoxide, Schwefeloxide und Schwebstaub) durchgeführt, zur gleichen Zeit wurde kurzfristig der Verkehr zur Bestimmung der maßgebenden Verkehrsstärken an der A 4 untersucht sowie die meteorologischen Verhältnisse ermittelt. Auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungen über Lärmbelastungen (Meßdaten) und Lärmbelästigungen (subjektives Empfinden abgeleitet aus den Ergebnissen der Umwelterhebung 1982) im Bereich des Straßennetzes mit „erhöhter Verkehrsbedeutung" (Bundes- und Gemeindestraßen) wurde eine Dringlichkeitsreihung für Lärmschutzmaßnahmen im hochrangigen Straßennetz Wiens erstellt. Ebenso wurde für Schutzmaßnahmen vor Eisenbahnlärm eine Dringlichkeitsreihung vorgenommen, für die als Grundlage die 1983 rechnerisch ermittelten Lärmbelastungen in den lärmsensiblen Nutzungen, wie Wohn- und Siedlungsgebieten mit lockerer Verbauung, entlang der Wiener Eisenbahnstrecken herangezogen wurden.

Um eine Beurteilung der Umwelteinwirkung von Maßnahmen im städtischen Raum mit durchgehender Systematik ermöglichen zu können, wurde ein Leitfaden zur Bestimmung der Umweltverträglichkeit ausgearbeitet. Die Rahmenbedingungen für eine derartige Beurteilungsmethode bilden einerseits die organisatorische, kompetenzmäßige und rechtliche Struktur des Magistrates, andererseits die fachlichen Grundlagen.

Für den Bereich Gutheil-Schoder-Gasse und Tscherttegasse wurde eine lärmtechnische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der ÖBB-Donauländebahn als Schallemittent durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Daten erfolgten die Berechnung und Konzeption von Lärmschutzmaßnahmen.

Zur Ermittlung des schalltechnischen Einflusses von Straßenkreuzungen bei unterschiedlichen Verkehrszuständen wurde mit Hilfe von Schallmessungen an Kreuzungen ein Rechenmodell entwickelt, mit dem der „Kreuzungszuschlag" (d. h. die für die Lärmsituation zu berücksichtigende Erhöhung der Lärmimmission im Kreuzungsbereich) bei unterschiedlichen, charakteristischen Lage- und Betriebsbedingungen realistisch bewertet werden kann.

Die Ergebnisse der Umwelterhebung, die im Jahre 1982 durchgeführt wurde, konnten bisher für das gesamte Stadtgebiet, für Gemeindebezirke und für Zählbezirke ausgewertet werden. Um eine räumlich differenzierte Anwendung der Daten aus der Umwelterhebung für die Bereiche Umweltschutz, Kommunalpolitik, Grünflächen- und Verkehrsplanung sowie Forschung zu ermöglichen, wurde in den Jahren 1984/85 eine inhaltlich differenzierte, kleinräumige Auswertung durchgeführt, die allen betroffenen Dienststellen des Magistrates zugänglich ist. Dabei wurden die wesentlichen Aussagen der Umwelterhebung, wie Belastung durch Immissionen und Emittenten, Vorschläge zur Verbesserung der Umweltbedingungen im Wohngebiet usw., für kleinste räumliche Einheiten sowie auch für ausgewählte Straßenzüge ausgewertet.

Im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes wurden im Rahmen der Vollziehung des internationalen Übereinkommens über den Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen 73 Bescheinigungen ausgestellt. Nach § 5 der Durchführungsverordnung zu diesem Übereinkommen (LGBl. für Wien Nr. 20/1983) waren 666 Kennzeichnungen, das ist in den meisten Fällen die Beringung von Vögeln, vorzunehmen. Ferner wurde eine Ulme in 14, Baumgartner Straße 11, sowie die Mizzi-Langer-Wand in Rodaun zum Naturdenkmal erklärt.

Die Grundlage für die Entwicklung von Landschaftskonzepten sowie für die Beurteilung von Eingriffen in die Landschaft bilden häufig die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen. Im Jahre 1985 wurden folgende Untersuchungen durchgeführt:

Das Projekt über die Gliederung der Landschaft Wiens aus ökologischer und kulturhistorischer Sicht wurde mit der Bearbeitung des Westrandes von Wien abgeschlossen. An Hand eingehender Untersuchungen und Kartierungen wurde die Errichtung von „Schutzzonen" aus kulturhistorisch-ökologischer Sicht (integrierte Schutzzonen) vorgeschlagen und planlich dargestellt. Eine Foto- und Bilddokumentation ergänzte die Ergebnisse. Dieser Arbeitsbehelf erweist sich z. B. bei der Sanierung kleingärtnerisch genutzter Flächen besonders zweckmäßig, da mit Hilfe dieser Grundlage einer differenzierte Beurteilung des Wiener Stadtgebietes unter Berücksichtigung der Landschaftsgeschichte und der ökologischen Erfordernisse ermöglicht wird. Auf der Basis dieser zwei Ergebnisse sowie des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 wird auch die Abgrenzung von Landschaftsschutzgebieten, die der Vielfalt des Wiener Stadtgebietes Rechnung trägt, möglich sein.

Im Rahmen der im Jahre 1981 begonnenen „Biotopkartierung Wien" — Erfassung schutzwürdiger und entwicklungsfähiger Landschaftsteile — wurde im Jahre 1985 die Bearbeitung der Gebiete zwischen Donau und Donaukanal, Bisamberg und Lobau abgeschlossen. Wesentliche Aufgabe des Natur- und Landschaftsschutzes wird es sein, auf Grund der Ergebnisse der Biotopkartierung Zielvorstellungen für ein Biotopverbundsystem zu entwickeln, das insbesondere naturnahe Ökosystem mit Agrarökosystemen verknüpft. Die Windschutzpflanzungen, die von der Stadt Wien angelegt wurden, sowie die naturnahen Aufforstungen tragen diesem Erfordernis Rechnung.

Ein wesentlicher Beitrag zur Waldschadensforschung, mit der 1985 begonnen wurde, wird mit der Zustandserhebung des Wienerwaldes hinsichtlich Boden und Vegetation in Abhängigkeit anthropogener Schadstoffimmissionen, geleistet werden. In dieser Untersuchung, die sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken wird, soll der für Waldschäden größeren Umfangs verantwortliche Faktorenkomplex näher analysiert werden. Die bisherigen Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß der Zustand des Bodens ein wesentlicher Faktor bei der Beurteilung der Gesamtbelastung eines Ökosystems ist. In diesem Projekt werden aus diesem Grund insbesondere der Mineralstoff- und Ionenhaushalt sowie der Wasserhaushalt des Bodens und der Pflanze untersucht. Aus den Ergebnissen dieser Arbeit sollen die notwendigen Maßnahmen abgeleitet werden, die den Schädigungsverlauf hemmen bzw. stoppen können.

Im Bereich der Unteren Lobau — Eberschüttwasser, Kühwörtherwasser und Mittelwasser wurde eine fischökologische Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, für welche Arten typischer Donaufische, die durch Regulierungsmaßnahmen in ihrem Bestand bedroht sind, diese Augewässer als Rückzugsgebiete geeignet sind. Weiters wurde untersucht, wie weit zwischen den autochthonen Beifischen und den von Fischern bevorzugten Besatzfischen (wie Karpfen, Schleie, Rotauge und Brachse) eine Konkurrenzsituation besteht und ein diesbezüglicher Managementplan erstellt.

In einer weiteren Verarbeitung wurde das bei der Befliegung im Juli 1984 hergestellte Bildmaterial (Luftbilder und Scanneraufnahme) rechnerunterstützt analysiert. Diese Auswertungen ermöglichen eine Bestandsaufnahme der Vegetation sowie objektivierte Aussagen über die langfristige Entwicklung der Vegetation und über Schäden an der Vegetation sowie die Erstellung aktueller Flächenbilanzen.

Die Wiederansiedlung von Bibern in der Lobau, mit der im Jahre 1982 begonnen wurde, hat gute Erfolge gezeigt. Aus diesem Grund wurden zu den fünf ansässigen Tieren weitere fünf Biber angekauft und in der Unteren Lobau ausgesetzt. Gleichzeitig wird in einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung über einen Zeitraum von drei Jahren die Nahrungsökologie des europäischen Bibers erforscht und dokumentiert, Prognosen für weitere zwei Ansiedlungsprogramme erstellt und eventuelle Schadwirkungen festgestellt.

Fortgesetzt wurde die Erarbeitung von Verfahren zur Sanierung von Alleebäumen. In dieser Untersuchung werden die Langzeiteffekte der erprobten Sanierungsmaßnahmen beobachtet. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse werden konkrete Vorschläge für eine großflächige und ökonomische Sanierung der Bäume im Raume Wiens erarbeitet.

Im Jahre 1985 wurden im Auftrag der MA 45 Analysen über die Wasserbeschaffenheit der Neuen Donau (Entlastungsgerinne) zum Zweck der Dokumentation der Wasserqualität durchgeführt. Diese Untersuchungen wurden während der Vegetationsperiode der submersen Makrophyten im April/Mai und Oktober/November an sechs Meßstellen im oberen und unteren, bereits fertiggestellten Abschnitt der Neuen Donau durchgeführt, wobei sowohl Freiland- (Temperatur, Sauerstoffgehalt, Einstrahlung, Sichttiefe und Wassertiefe) als auch Laborparameter (Leitfähigkeit, pH-Wert, Phosphoroxid, Stickoxide, Ammonium) erfaßt wurden. Dieses Untersuchungsprogramm wird im Jahre 1986 weitergeführt und voraussichtlich um drei Meßstellen erweitert werden. Weiters wurden diverse limnologische und chemophysikalische Einzeluntersuchungen an stehenden Gewässern Wiens (z. B. am Himmelteich) sowie die echographische Aufnahme der beiden Laaerbergteiche vorgenommen.

Für die Veröffentlichung von Informationsmaterial wurden umfangreiche Vorarbeiten wie Konzeption, Texterstellung, Sichtung von Photomaterial, graphische Gestaltung und Layout geleistet. Es handelte sich um vier Umweltschutz-Poster, wobei drei Stück „Geschützte Pflanzen" und ein Stück „Vögel in der Großstadt" darstellen.

In den Labors der Umweltschutzabteilung wurden Abluftproben, Wasserproben (Fließgewässer, stehende Gewässer, Grundwasser) sowie Proben von kontaminierten Böden (Deponien, Altlasten) untersucht.

Im Zuge der Trinkwasseraufbereitung aus Grundwasser wird die Wasserqualität auf chemische Parameter in den Grundwasserwerken Nußdorf, Lobau und Donauinsel-Nord regelmäßig überprüft.

Von einer Altlast, die bei den Arbeiten am U-Bahn-Bau im Bereich des Gaudenzdorfer Gürtels aufgefunden wurden, mußten umfangreiche chemische Analysen, teilweise auch an Ort und Stelle, durchgeführt werden, um das kontaminierte Aushubmaterial klassifizieren und entsorgen zu können. Eine weitere Altlast wurde in Favoriten auf dem Gelände einer aufgelassenen chemischen Fabrik gefunden. Im Rahmen einer Sofortmaßnahme unter der Einsatzleitung der Feuerwehr haben Mitarbeiter des Labors Probenahmen und chemische Analysen zur Deklaration der gelagerten Abfallchemikalien vorgenommen.

Über das Sonderabfalltelefon wurden Auskünfte erteilt und Meldungen entgegengenommen. Als besonderes Service der Abteilung ist es anzusehen, daß in bestimmten Fällen kleine Mengen Sonderabfall auch von Haushalten abgeholt und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt wurden.

Im Rahmen der Vollziehung des Sonderabfallgesetzes waren Mitarbeiter des Labors als Amtssachverständige in den Verfahren über die Bewilligung der Tätigkeit der Sonderabfallsammler und -beseitiger eingesetzt.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung stand im Jahre 1985 der Immissionsschutz mit dem Ausbau und der Automatisierung des Luftmeßnetzes in Wien im Vordergrund. Im Jänner erhielt die Abteilung vom Herrn Bürgermeister den Auftrag, einen Smog-Alarm-Plan auszuarbeiten. Bis zu dessen Fertigstellung gelten die Alarmgrenzwerte von Nordrhein-Westfalen. Als erster Schritt beim Ausbau des Alarmsystems mußten sämtliche Meßstellen mit Datenübertragungseinrichtungen ausgerüstet werden — bisher waren nur 7 Meßstellen mit der Meßzentrale verbunden —, wobei diese Automatisierung für den künftigen Ausbaustand von 14 Meßstellen konzipiert wurde. In einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Referates für Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft wurden die technischen Anforderungen an ein modernes Luftmeßnetz definiert und auf dieser Grundlage die Ausschreibung für die Automatisierung durchgeführt. Das Meßnetz wird bis 1986 mit 14 Datenerfassungsstationen, einer Datenempfangsstation, die als Meßzentrale fungiert und die ankommenden Meßwerte überprüft und weiterverarbeitet, einer Datenerfassungstesteinrichtung und einer Sprachausgabe, die Alarmmeldungen an vorgegebene Telefonnummern weitergeben kann und auch die Abfrage aktueller Luftqualitätswerte ermöglicht, ausgerüstet sein.

Für eine Sanierung der Kraftwerke der Stadt Wien wurde im Auftrag des Herrn Bürgermeisters und des Herrn amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Bürgerdienst in Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken und unter Beiziehung von Fachleuten der Universität Wien eine „DENOX-Kommission" gebildet. Ziel dieser Kommission war die Festlegung einer Vorgangsweise, die bewirkt, daß die Stickoxidemissionen aus den Kraftwerken weitgehend vermindert werden. Auf Grund der Vorschläge werden die Gasturbinen der Kraftwerke Leopoldau und Donaustadt mit DENOX-Anlagen ausgerüstet, so daß künftig nicht mehr als 100 mg Stickoxide pro Kubikmeter emittiert werden, was weltweit als sehr guter Wert für Altanlagen angesehen wird. Weiters war ein Mitarbeiter der Abteilung mit der Leitung des Arbeitskreises zur Sanierung des Entsorgungsbetriebes Simmering betraut. Dieser Arbeitskreis, in dem mehrere anerkannte Wissenschafter der Wiener Universitäten und der Akademie der Wissenschaften mitarbeiteten, hat die Emissionsgrenzwerte für den Entsorgungsbetrieb Simmering festgelegt und Vorschläge für umweltfreundliche Entsorgungsverfahren ausgearbeitet.

Im Auftrag der Abteilung wurden weitere Untersuchungs- und Forschungsprojekte durchgeführt: So werden im Zuge der Immissionsüberwachung die in Simmering mit Geräten der Abteilung aufgesammelten Depositionsproben (nasse Depositionen — Regen und trockene Depositionen — Staub) analysiert, um festzustellen, zu welchen Anteilen lokale Emittenten am Eintrag von Schadstoffen in diesem Bezirk beteiligt sind. Für den Smog-Alarm-Plan wurde ein Computerprogramm entwickelt, das im Falle eines Smogalarms die notwendigen Richtlinien für ein optimales Reduzieren von Emissionen vorgeben wird. Um das Entstehen gefährlicher Smogsituationen erfassen und rechtzeitig in den Griff bekommen zu können, werden mit Hilfe dieses Programmpaketes in zahlreichen Probeläufen die Effekte bestimmter Maßnahmen zur Emissionsreduktion simuliert.

Vom Institut für Meteorologie und Geophysik der Universität Wien wurde im Auftrag der Abteilung eine Studie über den Smogalarmplan in Wien erstellt. Weiters wurden ergänzende Analysen über die Immissionssituation in Wien, eine Beschreibung und ein Vergleich der Smogalarmpläne der Bundesländer und der BRD sowie eine Zusammenstellung der Literatur über die luftchemische und meteorologische Situation in Wien vorgenommen. Über die meteorologisch eventuell relevanten Teile wurde ein grundlegendes Konzept für den Smogalarmplan ausgearbeitet. Das Institut für Meteorologie und Geophysik wird bei der Auslösung eines Smogalarms mit der Abteilung zusammenarbeiten und für die Erstellung der meteorologischen Parameter verantwortlich sein.

Um Störfällen, bei denen spezifisch schwere Gase austreten können, wirksam begegnen zu können, wurde 1985 mit der Erstellung eines Modells begonnen, das das Ausbreitungsgebiet, das eine freigesetzte Gaswolke durch Explosions- oder Giftwirkung gefährden könnte, berechnet. Das Modell soll ferner sowohl das Freisetzen eines großen Gasvolumens als auch den kontinuierlichen Austritt über einen längeren Zeitraum prognostizieren können.

In einem anderen Forschungsprojekt wurde der Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Gebäudekorrosion untersucht. Durch die kontinuierliche Messung der wichtigsten sauren Komponenten in der Atmosphäre und die Exposition relevanter Steinproben an der Meßstelle konnte der Verschmutzungs- und Verwitterungsfortschritt unter registrierten Schadstoffbedingungen überprüft und quantifiziert werden.

In einer Studie des Institutes für Umwelthygiene der Universität Wien wurde versucht, den Zusammenhang zwischen Luftschadstoffkonzentrationen und der Mortalität herzustellen. So wurden Daten über die Sterblichkeit mit den computermäßig verarbeiteten Schadstoffmeßdaten korreliert und festgestellt, daß ein derartiger Zusammenhang ab einer Schwefeldioxidkonzentration von mehr als etwa 0,4 mg/m³ Luft über einen Zeitraum von drei Stunden besteht. Diese Untersuchung hat weiters ergeben, daß sich durch die Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen die Luftsituation in Wien in den letzten Jahren gebessert hat und derartige Situationen nicht mehr aufgetreten sind. Aus diesem Grund ist ein Zusammenhang mit der Mortalität auch nicht mehr nachweisbar. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden auch bei der Festlegung der Grenzwerte im Smogalarmplan für Wien berücksichtigt werden. Im Anschluß an diese Studie wurde 1985 mit einer Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Luftverunreinigung und Morbidität unter Berücksichtigung meteorologischer Parameter sowie der örtlichen und zeitlichen Verteilung der Luftschadstoffe begonnen. Bei der Analyse soll der Verlauf der Luftschadstoffkonzentrationen

vor Beginn der Erkrankung, insbesondere aber der Faktor der Latenzzeit, beobachtet werden. Auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnisse, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die Luftverunreinigung mit polycyclischen Aromaten für das deutlich größere Krebsrisiko in Ballungsräumen verantwortlich ist, wurde die Registrierung dieser Komponente an einer verkehrsreichen Meßstelle, und zwar am Getreidemarkt, in Auftrag gegeben. Mit modernsten Geräten werden über einen Zeitraum von zumindestens 6 Monaten Proben genommen, die qualitativ wie auch quantitativ auf polycyclische Aromate untersucht werden.

Referenten der Abteilung haben im Jahre 1985 an verschiedenen Kongressen und Tagungen im In- und Ausland teilgenommen, ihre Kenntnisse vertieft und Erfahrungen ausgetauscht, so bei der Vorbesprechung zur 5. Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in Innsbruck, bei dem Erfahrungsaustausch über wissenschaftliche Erkenntnisse und Trends der Lärmbekämpfung — FASE-Kongreß 1985 in Thessaloniki, bei der Besichtigung und technischen Erörterung einer biologischen Lärmschutzwand in Judenburg, beim Seminar über Verkehrsberuhigung als städtebauliches Planungsprinzip zur Umweltverbesserung in Wien, bei der Besichtigung des „Bamberger Modells " — Behandlung von Filterkuchen und Flugstaub aus der Müllverbrennungsanlage in Bamberg, beim Seminar über die Sanierung kontaminierter Standorte in Wiesbaden, bei der 3. Sitzung des Arbeitskreises „Erfahrungsaustausch der gewerbetechnischen Amtssachverständigen und Gewerbereferenten" des Österreichischen Städtebundes in Klagenfurt, bei der Wienerwald-Enquete in Baden, bei der Tagung des Arbeitsausschusses „Planungsgrundlagen" — Hopfgartner Verkehrskolloquium 1985 in Hopfgarten/Brixental, bei der Tagung „Müllverbrennung und Umwelt" in Berlin, als Vortragende bei der Fachtagung „Krankenhausabfall" am Semmering, beim Symposium „Zukunftschance Biotechnologie" in Mauterndorf, bei der Fachtagung über aktuelle agrartechnische Angelegenheiten in Innsbruck, beim Workshop „ Sonderabfall — Teil II" der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz in Baden, beim Länderarbeitskreis „Abfallstoffe" in Linz, bei der 2. Tagung Höherer Beamter zur Vorbereitung der 5. Europäischen Umweltministerkonferenz in Straßburg, beim Seminar für Luftschadstoffmeßgeräte in Maria-Enzersdorf, bei der Expertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten in Klagenfurt, der Studienreise des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Bürgerdienst in Skandinavien, beim 2. Workshop „Forschungsstrategien gegen das Waldsterben" im Forschungszentrum Seibersdorf, bei den Sitzungen des Komitees für Naturschutz beim Europarat in Straßburg, bei der Jahresversammlung 1985 des Österreichischen Nationalen Komitees der Internationalen Alpenschutzkommission — CIPRA in Salzburg, bei der Umweltverträglichkeitsprüfung Marchfeldkanal in Gerasdorf sowie bei den Sitzungen des Fachnormenausschusses Akustik und der Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes in Wien und Klagenfurt.

In der Abteilung fielen im Jahre 1985 insgesamt 5.607 Geschäftsstücke an, wovon 5.141 allgemeine Angelegenheiten, 20 Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 16 Berufungsverfahren nach dem Wiener Baumschutzgesetz, 7 Neuanträge auf Genehmigung der Tätigkeit als Sonderabfallsammler bzw. -beseitiger, 73 Bescheinigungen nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen und rund 350 Erzeugermeldungen nach dem Sonderabfallgesetz betrafen. Darüber hinaus waren 11.816 Einladungen zu Verhandlungen der MA 35, 36, 37 und 46 zu sichten und dahingehend zu beurteilen, ob eine Teilnahme der Abteilung notwendig ist.

Kanalisation und Entsorgungsbetrieb

Laut Gemeinderatsbeschluß vom 23. September 1985, Pr.Z. 2899, wurde für das Jahr 1985 die Abwassergebühr mit 8 Schilling/m³ bestätigt.

Im Jahre 1985 konnte eine Reihe von Kanalbauten projektiert und ausgeführt werden. So wurden die Umlegung des Liesingtalsammelkanals und die Errichtung des Hebewerkes Kaiserebersdorf planmäßig fortgesetzt. Nach Fertigstellung dieser Bauten Mitte 1986 werden alle Abwässer in Wien bzw. deren Schlamm der Hauptkläranlage Wien-Simmering zugeleitet werden können. Die Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Rechten Donausammelkanals in 2, Hafenzufahrtsstraße und Handelskai, vom Auslaufbauwerk bis Handelskai 426, mit denen am 28. November 1983 begonnen wurde, konnten am 14. August abgeschlossen werden. Was den Netzausbau betrifft, so wurden mehrere Kanalbauten in den Bezirken 3, 10, 11, 12, 14, 19, 21 und 22 durchgeführt, wobei das Schwergewicht der Arbeiten bei der Kanalisierung der Siedlungen Schwarzlackenau, Wulzendorf und Bierhäuselberg lag.

Zur Erschließung von Betriebsbaugebieten wurden im Bereich des Industrieparkes Nord, Gasse 6003, und der ehemaligen Lokomotivfabrik Kanäle verlegt. Ferner wurden für das Betriebsbaugebiet Aldergründe Kanalbauarbeiten durchgeführt, mit deren Fertigstellung im Frühjahr 1986 zu rechnen ist. Zur Entsorgung des 1. Bauteiles der Wohnhausanlage Wienerberg wurden der Vorflutkanal und die erforderlichen Nebenstränge termingerecht fertiggestellt. Im Zuge des U-Bahn-Baues mußten Kanäle in 1, Minoritenplatz, Kumpfgasse, 3, Hainburger Straße, Kleingasse, Hainburger Weg, Markhofgasse und 6, Gumpendorfer Straße, Schadekgasse und Mariahilfer Straße umgelegt werden. Von den Kanälen, deren Umbau wegen ihres sicherheitsgefährdenden Bauzustandes notwendig ist, wurden unter anderem die Kanäle in 14, Linzer Straße, 19, Grinzinger Straße und 21, Ostmarkgasse, Mengergasse, Leopoldauer Straße, Siegfriedgasse, Schenkendorfgasse, Rautenkranzgasse und Freiligrathplatz saniert. Ein wesentlicher

Schwerpunkt der Arbeiten im Jahre 1985 lag auch bei der Projektierung und Bauvorbereitung. So konnten die generellen Projekte zur Aufschließung des 21. und 22. Bezirkes und eine Reihe von Detailprojekten erstellt und im Hinblick auf das Bauprogramm 1986 bereits ausgeschrieben werden. Dies gilt auch für den Rechten Hauptsammelkanal-Entlastungskanal, dessen Baubeginn im Juni 1986 vorgesehen ist.

Die Länge des Straßenkanalnetzes betrug Ende 1985 1,703.674 m, an Kanalneubauten wurden 10.663 m und an Kanalumbauten 3.772 m hergestellt.

In der Hauptkläranlage Wien kam es zu keinen wesentlichen Betriebsschwierigkeiten. Die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien bestätigte, daß die Reinigungsleistung auch im Jahre 1985 weit über dem im Wasserrechtsbescheid vorgeschriebenen Wert lag. Bei der Revision der gesamten Beckengruppen, die im August 1985 durchgeführt wurde, konnten die bisher üblichen Ablagerungen festgestellt und beseitigt werden. Im Bereich des Sandfangkranes wurde eine zusätzliche Containerabstellfläche errichtet, wodurch eine effizientere Standfangräumung möglich geworden ist. Zu Schwierigkeiten kam es mit den eingegrabenen Entleerungsschiebern der Nachklärbecken Nord, so daß man diese in Schächte verlegt hat. In der Hauptkläranlage wurden 168 Millionen m³ Abwasser mechanisch-teilbiologisch mit einem mittleren Reinigungseffekt von rund 86 Prozent gereinigt, wobei 6.600 m³ Rechengut im Entsorgungsbetrieb Simmering (EBS) verbrannt wurden. Weiters waren 9.100 m³ Sandfanggut sowie 2.000 m³ Schotterfanggut zu verführen. Im gleichen Zeitraum wurden an die EBS 826.000 m³ Schlamm mit einem mittleren Feststoffgehalt von 6,2 Prozent zur Verbrennung geliefert.

Im Entsorgungsbetrieb Simmering wurden die Projekte für den Umbau bzw. Neubau der Anlagen, mit dem im Jahre 1984 begonnen wurde, vorerst fortgeführt bzw. die Vergabe des Detailprojektes für die Erweiterung der Hauptkläranlage vorbereitet. Bereits im Frühjahr 1985 wurden auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Mai die Projektierungsarbeiten eingestellt. In weiterer Folge wurde im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der EBS-Anlagen und der Erweiterung der Hauptkläranlage zum Zwecke einer einheitlichen Betriebsführung auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 24. Oktober 1985 mit Wirkung vom 1. Jänner 1986 die Hauptkläranlage durch einen Bestandsvertrag und zwei Vereinbarungen an die EBS-Ges.m.b.H. & Co KG verpachtet. Die Bauarbeiten für die Abdeckung des Deponiebeckens I, das südlich des Bürogebäudes gelegen ist, konnten fertiggestellt werden. Ferner mußte eine Generalrevision der Gesamtanlage — Dauer etwa zwei Wochen — durchgeführt werden. Für die kontinuierliche Messung der Salzsäure bzw. ihrer Dämpfe wurden zwei Meßgeräte angeschafft und installiert, so daß ab 1986 eine ständige Restrierung der Emissionswerte beider Drehrohrofenanlagen möglich sein wird.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 5.970 neue Akte zu bearbeiten, wobei insgesamt 3.300 Kanalbefunde sowie 5.030 Planbegutachtungen größerer Hauskanalanlagen durchgeführt wurden. 2.650 unerledigte Aufträge für Kanalinstandsetzungen und Anschlüsse aus früheren Jahren wurden überwacht.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 7.431 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1985 29.304 m³. Im einzelnen wurden aus den Schotterfängen 4.385 m³, aus den Hauptsammelkanälen 3.620 m³, aus den Straßenkanälen 6.974 m³, aus der Kläranlage Blumental 2.910 m³, aus der Hauptkläranlage 11.141 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 274 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 507.915 m Rohrkanäle und 705.279 m Profilkanäle gereinigt.

Die Kanalhebewerke förderten 3,10 Millionen m³ Abwasser und 160.500 m³ Regenwasser. In der Kläranlage Blumental wurden 19,725.000 m³ Abwasser gereinigt, wofür 4,603.500 kWh Strom verbraucht wurden. Der Rechengutanfall betrug 4.483 m³. Die durchschnittliche Verschmutzung machte im Zulauf 282 mg BSB5 aus, der Durchschnitt im Ablauf 23 mg BSB5. Mit dem Kanalfernsehauge wurden rund 23.000 m Kanal überprüft. An rund 2.000 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.100 Stück Schachtabdeckungen repariert. In einer Reihe von Außenstellen mußten dringend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden.

Der Bestand an Senkgruben betrug 33.459, die Zahl der Senkgrubenräumungen 23.990, die Gesamtaushubmenge 136.504 m³. 2.494 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.341 m³ betrug. Das Pumpwerk Linker Donausammler war fortlaufend für die Schmutzwasserseite und anfallsmäßig für die Regenwasserseite in Betrieb. Im Jahre 1985 betrug der Energieverbrauch des Linken Donausammlers (LDS) und der Hauptkläranlage 6,785.000 kWh. An Rechengut wurden 2.352 m³ abgeführt.

Für Nachtarbeiten wurde ein schallgedämpftes Hochdruckkanalspülfahrzeug angeschafft, das so ausgestattet ist, daß auch bei Temperaturen bis rund —10 °C Räumarbeiten ausgeführt werden können.

Der Fuhrpark der Abteilung wurde mit weiteren neun Fahrzeugfunkgeräten ausgestattet, so daß künftig alle Einsatzfahrzeuge, Fäkalienfahrzeuge und ein Großteil der restlichen Fahrzeuge zentral über Funk erreicht und gesteuert werden können.

Vom Referat Chemie wurden 1.468 Abwasserproben gezogen sowie fünf Dauerkontrollen mit Hilfe von Probenahmegeräten, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 50 der Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In zehn Fällen mußten zusätzlich Strafanzeigen erstattet werden. Ferner hat das Referat Vertreter zu 134 Grundwasserkommissionen und zu 357 gewerberechtlichen Überprüfungen bzw. Genehmigungsverhandlungen entsendet. 25 Erhebungen waren in bezug auf die Räumzahlen von Ölabscheidern durchzuführen, 82 Fälle wegen Geruchsbelästigungen zu behandeln. Die Baugruppe

übergab insgesamt 7 Grundwasserproben zur Überprüfung. An neuen Geräten wurden als Ergänzung zum Spezialgaschromatographen für chlorierte Kohlenwasserstoffe ein automatisches Probendosiergerät und ein Peak-Auswertegerät angeschafft.

Im Rahmen der behördlichen Aufgaben waren 153 Räumbescheide, 163 Selbsträumbescheide für Senkgruben. 120 Selbsträumbescheide für Abscheider, 399 Bescheidabänderungen, 78 Bescheidaufhebungen sowie zwölf sonstige Bescheide auszustellen. Ferner wurden 1.156 Mahnungen, 447 Parteigehörschreiben, 138 Gutachten zur Herabsetzung der Abwassergebühr und 31 verschiedene andere Schriftstücke verfaßt sowie 920 Bescheidauflagen überprüft.

Insgesamt waren 74 Unfälle zu verzeichnen. An den 48 Führungen in der Hauptkläranlage nahmen 1.273 Personen, an den elf Führungen in der Friedrichstraße 223 Personen teil.

Wasserwerke

Das Wetter des Jahres 1985 zeichnete sich durch eine gleichmäßige Verteilung der Niederschläge aus, wodurch sich ein gutes Wasserangebot aus allen Quellen ergab. Es wurden insgesamt 150,545.000 m³ (1984: 147,498.000 m³) Wasser aufgebracht. Davon kamen aus den beiden Hochquellenleitungen 135,233.000 m³ (= 89,8% der Gesamtmenge), aus den Grundwasserwerken Nußdorf und Leopoldau 11,003.000 m³ (= 7,3%), aus dem Wientalwasserwerk 2,218.000 m³ (= 1,5%) und aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden 1,031.000 m³ (= 0,7%). Die Restmenge von rund 1,1 Millionen m³ Wasser ergab sich aus Vorratsänderungen im Behältervolumen. Der Gesamtverbrauch stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,046.950 m³, also um 2,1 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,125.300 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden, 18.300 m³ an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und 145,869.200 m³ an das Wiener Rohrnetz abgegeben. 2,532.500 m³ gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 399.600 m³. Das Tagesmaximum wurde am 29. Juli mit 493.600 m³ erreicht, das Tagesminimum am 25. Dezember mit 298.000 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 26.055 kg Chlorgas und 36.607 kg Natriumchlorid sowie 1.390 l Hypochlorid verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 37.586 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,26 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 49,504.284 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 9,700.711 kWh, Hirschwang 734.127 kWh, Kaiserbrunn 35.120 kWh, Naßwald-Reithof 301.530 kWh, Hinternaßwald 2,439.370 kWh und das Kraftwerk Gaming 36,293.426 kWh.

Unter den Neubauten und Bauvorhaben ist das Projekt Grundwasseranreicherung für die III. Wiener Wasserleitung zu nennen. Das Detailprojekt A wurde im August der obersten Wasserrechtsbehörde vorgelegt, wobei sämtliche landwirtschaftlich genutzten Grundstücke (etwa 800) im Absenkbereich als Projektsergänzung zum vorhergegangenen Projekt detailliert behandelt wurden. Die Wasserrechtsverhandlung ist für das Frühjahr 1986 anberaumt worden. Mit der neuerlichen Einreichung des Detailprojektes A war die Wiederaufnahme grundsätzlicher Gespräche mit der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer möglich. Ein Musterentschädigungsvertrag, der vor allem formalrechtliche Fragen betrifft, wird noch verhandelt. Was die Höhe der Zahlungen betrifft, soll im Auftrag der Stadt Wien ein Zivilingenieur als Konsulent beauftragt werden, entsprechende Entschädigungsmodelle auszuarbeiten. Über den Zustand der Wasserkraftanlagen am Fischa-Unterlauf hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Erhebungen durchgeführt. Über ein Entschädigungsübereinkommen mit einem Triebwerksbesitzer wird verhandelt. Für das Detailprojekt C im Deltabereich Fischa/Piesting ist im März 1985 ein wasserrechtlicher Bewilligungsbescheid ergangen. Der World Wildlife Fund und der Österreichische Naturschutzbund haben beim Verwaltungsgerichtshof wegen eines Naturdenkmals (Moorgelände), das im Absenkbereich liegt, im April 1985 Einspruch erhoben. Mit Wasserrechtsinhabern wurden über die Entschädigung beeinflußter Rechte (Feldbrunnen, Beregnungen aus Bachläufen), mit Gemeinden über die Entschädigung öffentlicher Interessen, wie über die Löschwasserversorgung der Gemeinde Moosbrunn, über Bachreinigungen und die Kläranlageneinleitung in Neubach, Verträge ausgearbeitet, über die z. T. noch verhandelt wird oder die z. T. bereits rechtskräftig abgeschlossen wurden.

Für das Detailprojekt D — Fischa-Unterlauf konnten die Erhebungen abgeschlossen werden. Das Gutachten über die Änderung des Wärmehaushaltes der Fischa infolge der Grundwasserentnahme in Moosbrunn wurde beendet und vorgelegt. Ferner wurden zwei Zivilingenieure beauftragt, ein Projekt zu erstellen, das die Abwasserfragen im Fischa-Unterlauf behandelt. Es soll Mitte 1986 vorgelegt werden. Im Detailprojekt G sollen betriebswirtschaftliche Fragen, insbesondere konsenseinschränkende Betriebsmaßnahmen, ausgearbeitet werden. Für die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurden Wasserstands- und Temperaturmessungen in Grundwassersonden sowie Wasserstands-, Temperatur- und Abflußmessungen im System Piesting/Fischa durchgeführt. Außerdem hielt man die landwirtschaftlichen Beregnungsanlagen im Absenkbereich evident. Die im Absenkbereich befindlichen Kulturarten wurden aufgenommen und eine landwirtschaftliche Testflächenbeobachtung durchgeführt. Die erhobenen

Daten wurden bearbeitet und für Behörden und Gutachter zusammengestellt. Zur Erkundung einer hygienischen Gefährdung der Horizontalfilterbrunnen I und II durch Chlorkohlenwasserstoffe wurde zusätzlich zum bisher beprobten Beobachtungsnetz, das aus oberflächennahen Aufschlüssen besteht, oberstromig der Tiefbrunnen im Jänner 1985 bis auf 115m abgeteuft. Ferner wurde ein Gerät angeschafft, mit dem aus verschiedenen Tiefen Proben entnommen werden können. Die Proben wurden routinemäßig gemeinsam mit der MA 15 untersucht. Weiters wurde unter der Eisenbahnbrücke in der Schemmerlstraße ein Teilstück einer Transportleitung eingebaut.

Für das Grundwasserwerk Lobau wurden die Beweissicherungsarbeiten fortgesetzt und, mit Blick auf Bau des Kraftwerkes Hainburg, ein hydrologisches Programm erstellt. Die hygienischen Untersuchungsprogramme wurden gleichfalls festgesetzt. Nach hochwasserbedingten Unterbrechungen wurden die Bauarbeiten an der Güteüberwachungsstation an der Donau wieder aufgenommen. Die Baumeisterarbeiten konnten fertiggestellt werden, mit der Montage der Molcheinrichtung wurde begonnen. Mit der Inbetriebnahme ist im Frühjahr 1986 zu rechnen.

Im Grundwasserwerk Nußdorf wurden die Pilotversuche für die Aufbereitung von Donauuferfiltrat im Hinblick auf das projektierte Grundwasserwerk Donauinsel Nord abgeschlossen. Mit der Übersiedlung der Einrichtung in das Laborgebäude Insel Nord wurde begonnen.

Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord konnte der Bau des Horizontalfilterbrunnens und des provisorischen Laborgebäudes abgeschlossen werden. Ferner waren die Stromzuleitungen ab der Nordbrücke bis zum Brunnen zu verlegen. Der Pumpversuch wurde im Dezember aufgenommen. Das Einrichtungsmaterial wurde in das Laborgebäude Insel Nord übersiedelt und die Installationsarbeiten in Angriff genommen.

Die beiden Druckrohrkanäle RAG/ÖMV im Bereich des Ölhafens Lobau wurden fertiggestellt und die Pumpenstation der RAG installiert. Ferner erfolgte die Dückerung des Entlastungsgerinnes mittels Doppelleitung, wobei es jedoch zu hochwasserbedingten Verzögerungen und Schäden kam. Beide Leitungen konnten der RAG und ÖMV betriebsfertig übergeben werden.

Als letzter Bauabschnitt der Ringleitung Ost wurde 1985 der Abschnitt „Anschluß ans Rohrnetz" in Angriff genommen. Im Rahmen dieses Projektes wurde in der Vorgartenstraße das erste Stück des DN-400-Rohrstranges zwischen Ausstellungsstraße und Sturgasse verlegt.

Infolge der wesentlichen Vergrößerung des Gebietes mit borverschmutztem Grundwasser, und zwar durch die Ausbreitung des Bors im Untergrund sowie durch die Halbierung des Grenzwertes für Bor im Trinkwasser, mußten die Wasserwerke Gebiete, die außerhalb der Siedlung Wulzendorf liegen, aufschließen. Im Jahre 1985 konnte das Gebiet um die Lobaugasse aufgeschlossen und die Anschlußleitungen hergestellt werden. An der Reichsbrücke wurde mit der Verlegung des Brückenrohrstranges begonnen. Der Rohrstrangteil im rechten Brückenwiderlager konnte fertiggestellt werden. Mit den Bohrungen für die Trägeraufhängungen in der Brücke wurde begonnen. Für die äußere Aufschließung der noch unversorgten Gebiete im 22. Bezirk, in Eßling, wurde mit der Verlegung eines Rohrstranges DN 600 in der Arztgasse begonnen.

Ferner war eine Reihe von Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Um an der I. Wiener Hochquellenleitung die Fernleitungsanlagen zu erhalten und auszugestalten, wurden vier Vollabkehren und eine Abkehr der Stixensteiner Zweigleitung ausgeführt. Insgesamt wurde Gewölbeschleifputz im Ausmaß von 2.317 m² hergestellt, 279 m² schadhafter Gewölbeputz und loses Mauerwerk wurden abgeschrämmt und 145 m² Spritzbeton-Gewölbeverstärkung aufgebracht. Im Eichkogelstollen in Mödling wurde in einem Versuch, der vom Bundesministerium für Bauten und Technik gefördert wurde, eine Auskleidung aus Glasfaserbeton-Schalenteilen eingebaut. Die Wände des Kreuzquellenzuleitungsstollens wurden durch eine vorgesetzte Stahlbetonwand verstärkt. An den Aquädukten Liesing, Speising und Baden wurden Abdichtungsarbeiten vom eigenen Personal durchgeführt. Im Rahmen der Ausgestaltung des Grundwasserwerkes Wöllersdorf wurde die Neubohrung des Brunnen 4 fertiggestellt und das zugehörige Brunnengebäude errichtet. Da an einzelnen aus Ziegeln bestehenden Bogentragwerken der Aquädukte Liesing, Mödling und Baden Schlagregen und Frost im 1. Quartal sowie im November starke Zerstörungen verursachten, mußten Mauerwerksteile abgebrochen und ein längerfristiges Sanierungskonzept entwickelt werden. Die Abdeckung von Aquädukten wurde mit der Ausführung einer durch Vorspannung abgedichteten Fertigteilkonstruktion auf dem Aquädukt Forstnertor in Ternitz fortgesetzt. Im Behälter Neusiedl wurde die Kammer C gereinigt und Leitungen für die Wasserstandsanzeigen erneuert.

Im Quellengebiet I mußte im Großen Höllental die Quelle „20" gefaßt werden, wobei ein Stollenvortrieb (Querschnitt 6 m²) von 20 m Länge durchgeführt, der Stollen mit Spritzbeton gesichert, das Auslaufgerinne und die Vorkammer betoniert sowie zwei Schützen 800/700 mm versetzt wurden. Bei der Fassung der Höllentalquelle wurden AZ-Rohre (∅ 500 mm) verlegt, eine Wand von 15 mm Stärke im fließenden Wasser auf einer Länge von 150 m errichtet, eine Herdmauer hergestellt und die Abmauerung bei Stollen III abgetragen und neuhergestellt. Außerdem versetzte man einen Ablaßschützen (800/800 mm) und eine Absperrklappe (∅ 500 mm). Der Naturstollen wurde derart ausgekleidet, daß die Stollensohle in der Stärke von 10 bis 15 cm betoniert, die Wassereintritte nach Oberhasli gefaßt sowie Stauschwellen und die Wasserhaltung auf einer Länge von 230 m hergestellt wurden. Im Wasserschloß Reißtal wurde das wassergefüllte Becken mit Fliesen ausgekleidet.

Im Bereich der II. Hochquellenleitung wurden zur Erhaltung und Ausgestaltung verschiedene Arbeiten durchgeführt. Aquädukte deckte man mit Beton auf einer Länge von 125 m und mit Kunststoff auf einer Länge von 70 m

ab. Pfeiler wurden saniert auf einer Länge von 75 m. Weiters stellte man 2.700 m² Gewölbeschleifputz her, außerdem wurden 50 m³ Injektionsgut verpreßt. Der Leitungskanal wurde auf einer Fläche von 2.100 m² beschichtet. Ferner verwendete man 220 m Kunststoffolie für die Innenauskleidung, dichtete Risse auf einer Länge von 390 m ab und führte auf einer Länge von 25 km Reinigungsarbeiten mit dem Waschwagen durch. Weiters wurden 26 Muffen saniert, 4 Strömungseinrichtungen in der Einlauf- und Auslaufkammer installiert, ebenso 14 Drainageputzschächte im Leitungskanal und 4 Entleerungsschieber in der Einlaufkammer. Außerdem erfolgten Handdrainagierungen und die Instandsetzung von Drainagen auf einer Länge von 1.400 m. Sicherheitseinrichtungen und Krananlagen wurden in je 6 Einlauf- und Auslaufkammern gebaut. Insgesamt wurden 6 Aufseherhäuser und Nebengebäude renoviert, was u. a. auch die Sanierung von Fassaden, Dächern und Türmen einschloß. Schließlich wurden Flußgerinne auf einer Fläche von 150 m² saniert. Im Quellengebiet II waren beim Zugang 8 verschiedene Stollenschäden zu beheben. Für die Kläffer-Nachfassung wurde eine neue Rehbock-Meßwehranlage errichtet, ferner an der Haasbauernbrücke ein Provisorium für das Telefon-Meßkabel hergestellt, am Bärnbachaquädukt Injizierarbeiten am Steinmauerwerk durchgeführt und bei der O-Kammer die salzaseitige Stützmauer und das Überfallbauwerk teilweise neu errichtet.

In Siebensee errichtete man den Tagwassersammelschacht beim Lindnersee neu, ebenso den Quellenschutzzaun. Für die G-Kammer wurde der Generator neu gewickelt und die Erregermaschine repariert. Ferner überholte man den Ölregler der K-Kammer und errichtete an der M-Kammer eine Straßenstützmauer aus Beton samt Geländer. Im Bereich der Hochspannungsleitungen erneuerte man die 20-kV/5 kV-Doppelfreileitung in der M-Kammer — Talfriedhof. Die Ortsdurchfahrt Wildalpen erforderte umfangreiche Umlegungsarbeiten an den Wasserleitungen, aber auch an Telefon- und Meßkabeln im Ortsgebiet und an den beiden neuen Brücken. Die Schreier-Siebensee-Straße und die Fläche beim Museum wurden asphaltiert. Am Pumpwerk Holzäpfeltal errichtete man neue Ufersicherungen beim Mündungsbauwerk (Holzschlachten). Ferner wurde eine neue Ortsbrunnenanlage mit Wasser- und Stromzuleitungen errichtet. Im Museum stellte man laufende Arbeiten fertig und stellte die Gartenanlage her. Außerdem führte man umfangreiche hydrographische meteorologische Messungen durch.

Im Wientalwasserwerk waren die Elektrizitätsanlagen instand zu halten, Wartungsarbeiten an Pumpen und Elektromotoren sowie am Hydraulikschieber durchzuführen, eine Filterneuaufbereitung mit 168 t Sand vorzunehmen, Revisionsarbeiten an der Wehranlage auszuführen, die Einfriedungen instand zu setzen sowie zwei Rohrgebrechen (∅ 700 mm) an der Transportleitung zu beheben. Nach der Besichtigung der Fassung der Pfannbauernquelle und der Leitungstrasse durch den Herrn amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst am 31. August wurde der Auftrag erteilt, für die Ausführung des Projektes Vorbereitungsarbeiten zu leisten. Der Antrag auf Sachkrediterhöhung vom 27. August wurde am 24. Oktober vom Gemeinderat genehmigt, ferner eine Baurate von 6 Millionen Schilling für 1985, sowie der Antrag vom 4. Oktober auf Vergebung der Generalunternehmerleistungen für die Herstellung der Druckrohrleitung (∅ 700 mm) von km 10,4 bis 16,0 in Mürzsteg. Für die Ausschreibung der Stollenbauarbeiten wurden Kontakte mit derzeit laufenden Stollenbaustellen der Elektrizitätswirtschaft hergestellt und der derzeitige Stand der Technologie erhoben. Die von Dr. Gattinger im Jahre 1968 erstellte geologische Prognose wurde aufgrund später erfolgter geologischer Erkundungen durch den Ingenieurkonsulenten für technische Geologie Dr. Novy ergänzt. Die Bauarbeiten an der Rohrleitung ∅ 700 mm in Mürzsteg wurden am 4. November begonnen, bis Ende des Jahres konnte eine Strecke von rund 600 m (zwischen km 16,0 und 15,4) verlegt werden. Die Bauorganisation und Aufsicht führte die Betriebsleitung Hirschwang durch. Ferner wurden Maßnahmen zur Trassenfreimachung und Flurentschädigung getroffen und diverse Trassenanpassungen an den derzeitigen Stand im Gelände bzw. an letztgültige Straßenbauprojekte vorgenommen. Die begleitenden vermessungstechnischen Aufgaben wurden den Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Kurt Polly und Dipl.-Ing. Hans Polly übertragen.

An den Anlagen in Wien waren gleichfalls Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Mit der Realisierung des Projektes „Zentrale Grabnergasse, 1. Ausbaustufe" wurde begonnen. Die Subzentralen Mauer und Rosenhügel konnten baulich und elektroinstallationsmäßig bis Ende des Jahres fertiggestellt werden. In der Lastverteilungszentrale wurden die Verkabelungen und Anschlüsse für die Aufstellung der Rechnereinheit vorbereitet. Ferner wurde eine Ort-Ort-Fernwirkanlage zur Ausschaltung der direkt ankommenden Meldungen und Meßwerte an den Rechner errichtet, die für die Anschaltung nötigen Zwischenrelaiseinrichtungen hergestellt und der Rangierverteiler erweitert. Beim Objekt Hungerberg wurde eine zusätzliche Verbindung zwischen der roten und braunen Druckzone mit Regulier-, Drucknetz- und Mengenmeßeinrichtungen geschaffen. Für die künftige Fernüberwachung der geplanten Subzentrale Hungerberg wurden die erforderlichen Umbauarbeiten begonnen. Der Umbau des Pumpwerkes Schafberg wurde fortgesetzt und steht vor dem Abschluß. Die Montage eines Fernwirkgerätes wurde vorbereitet, die Druckmeßeinrichtungen ausgetauscht und eine Batterieanlage errichtet. Für die Weiterführung des Objektschutzes waren in den Bereichen des Behältergeländes Rosenhügel und der Subzentrale Mauer umfangreiche Kabellegungen notwendig. Im Zusammenhang mit Arbeiten anderer Dienststellen mußten im Fernmeldekabelnetz der Abteilung zahlreiche Kabelumlegungen durchgeführt werden. Ferner waren zehn größere Kabelstörungen im Wiener Stadtgebiet zu beheben. Beim Brunnen Markethäufel wurden die defekten und irreparablen Gestängepumpen durch neue Unterwasserpumpen ersetzt. In den Pumpwerken Krapfenwald, Wolfersberg und Knödelhütte mußten Pumpen und Antriebsmotore überholt werden, da eine hohe Betriebsstundenzahl registriert wurde. Schließlich wurden die beiden Kammern des Behälters Steinhof gründlich gereinigt.

Bei verschiedenen Objekten führte man kleinere Revisionsarbeiten an den elektrischen und hydraulischen Anlagen durch. Im Amtsgebäude in 6, Grabnergasse 4, erhielt der mit Profilitglas umschlossene Stiegenaufgang vom Kurssaal in den Hof (Notausgang), aus Sicherheitsgründen neue Stahlbetonwände und eine Stahlbetondecke. In der Außendienststelle in 19, Hardtgasse 16—30/23, wurden Küche, Bad und WC umgebaut sowie die Gasetagenheizung erneuert. Im Wohnhaus in 14, Altebergenstraße 3, konnte die Wohnqualität der Werkswohnung durch den Einbau eines Bades und einer Gasetagenheizung verbessert werden. In den beiden Werkswohnungen des Wohnhauses in 19, Hungerbergstraße 12, wurden jeweils das Gangklosett in den Wohnungsverband miteinbezogen und ein Bad eingebaut sowie die bestehenden Gasetagenheizungsanlagen erweitert.

Neben den Bauarbeiten im engeren Sinn sind Wartung und Ausbau des Rohrnetzes von großer Bedeutung. So wurde, um die Druckverhältnisse im 18. Bezirk in der Krottenbachstraße zu verbessern, mit den Arbeiten zur Vergrößerung der Kapazität begonnen. Im Zuge von Arbeiten an Bundesstraßen wurden im Jahre 1985 Rohrstränge der Dimension 150, 200, 500, 800 und 1000 in einer Gesamtlänge von rund 1.400 m verlegt. Auf Antrag gemäß § 6 des Wasserversorgungsgesetzes von privaten Interessenten wurden, insbesondere in Fällen, in denen die Grundwasserqualität nicht ausreichend war, öffentliche Wassserleitungsrohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 3.300 m verlegt. Im Versorgungsgebiet Mauer, in dem Rohrverlegungen zur Vereinfachung der Betriebsführung und Zusammenlegung von Versorgungsgebieten durchzuführen sind, wurden die Arbeiten in der Schluckergasse und Rosenhügelstraße abgeschlossen. Im Zuge von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (Fußgängerzonen, Wohnstraßen) wurden in Zusammenarbeit mit der MA 28 Rohrverlegungen in einer Gesamtlänge von rund 1.160 m durchgeführt. Das Wohnbauprogramm der Stadt Wien bedingte die Verlegung von Rohrsträngen in einer Gesamtlänge von 1.150 m. Im städtischen Rohrnetz wurden insgesamt 26.086 m Versorgungs- und Verteilungsrohrstränge neu verlegt und 29.796 m Rohrstränge ausgewechselt. Insgesamt 1.247 Gebrechen traten auf, wovon 817 Rohr- und 430 Armaturengebrechen waren. Die Rohrnetzlänge betrug am 31. Dezember 1985 2,908.282 m. Die Überprüfung der unterirdischen Kammern und Schächte, mit der im Jahr 1980 begonnen wurde, konnte fortgesetzt werden. 2 Kammern wurden saniert, 22 kassiert und 17 neu errichtet bzw. neu in Evidenz genommen. Zur Zeit verfügt man über 1.025 Kammern. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.390 Einsätze erforderlich, wobei von den drei Einsatzfahrzeugen 33.690 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreuen. Bis Jahresende wurden 711 Abzweigleitungen und T-Abzweigleitungen neu hergestellt, wobei 12.918 m Rohre verlegt wurden. Außerdem baute man 763 Wasserzähler neu ein. An Abzweigleitungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 3.582 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 23.385 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 20.391 Wasserzähler repariert. 38 Abzweigleitungen mußten verstärkt, 163 ergänzt werden. Die Kontrolltätigkeit erstreckte sich auf 2.336 Hausinstallationsanlagen, wobei 398 Gebrechen festgestellt wurden. Durch deren Behebung konnte eine Wassermenge von 3.596 m^3 pro Tag eingespart werden.

Die Übersicht über die Rechtsgeschäfte gibt ebenfalls Aufschluß über die Tätigkeit der Abteilung. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung mußten zahlreiche behördliche Verfahren eingeleitet, abgewickelt und finalisiert werden. Von besonderer Bedeutung war das Verfahren für die 1. Ausbaustufe des Grundwasserwerkes Donauinsel Nord, ferner die vertraglichen Regelungen im Zusammenhang mit der RAG-Abwasserleitung und die Regelung über die ÖMV-Abwasserdruckleitung. Im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durchgeführt, so z. B. für die weiteren Schutzmaßnahmen im Bereich des Grundwasserwerkes Wöllersdorf. Die II. Wiener Hochquellenleitung erforderte in administrativer Hinsicht die Einleitung, die Weiterführung und den Abschluß zahlreicher Projekte, von denen besonders die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse erwähnenswert sind. Außerdem wurden die Vorverhandlungen über die Errichtung einer zweiten Kraftstufe für das Kraftwerk Gaming aufgenommen. Im Zusammenhang mit der privatrechtlichen Verwirklichung des Detailprojektes C der III. Wiener Wasserleitung sind insgesamt 30 Bestands-, Gestattungs- und Entschädigungsverträge mit der Gemeinde Moosbrunn, der Niederösterreichischen Landesregierung als Verwalterin des öffentlichen Wassergutes, mit Bauern als Eigentümern von Wasserrechten sowie mit der Österreichischen Fischereigesellschaft erstellt worden. Im Zusammenhang mit dem Detailprojekt A — Grundwasseranreicherung wurde bei der obersten Wasserrechtsbehörde am 26. August eine Ergänzungsparie betreffend die Untersuchung über die Notwendigkeit der Grundwasseranreicherung eingereicht. Gegen den am 23. Mai erlassenen Bescheid der Wasserrechtsbehörde über das Detailprojekt C — Ausarbeitung der zum Ausgleich der Entnahmeauswirkungen auf die Oberflächengewässer notwendigen Maßnahmen im Zusammenflußbereich von Piesting und Fischa — wurden vom Österreichischen Naturschutzbund, World Wildlife Fund Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof erhoben. Eine weitere Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof gegen dieses Projekt wurde von der Wasserwerksgenossenschaft an der Piesting, der Fischa-Dagnitz, dem Jesuiten- und dem Reisenbach erhoben. Im Zusammenhang mit dem Projekt „Fassung und Überleitung der Pfannbauernquelle" wurden Verhandlungen, die zur Vorbereitung der Bauarbeiten notwendig sind, mit den Grundeigentümern aufgenommen. Alle Entschädigungsfragen konnten in gutem Einvernehmen gelöst werden. Im Jahre 1985 traten 50 Wasserrohrgebrechen auf, die Schadenersatzforderungen nach sich zogen. Die Liquidation dieser Forderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt vorgenommen. Ferner konnten 279 Akte, die Beschädi-

gungen von Wasserleitungsanlagen betrafen, abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, teilweise im Klagswege eingebrachten Beträge beliefen sich auf 2,368.000 S.

Aufgrund der strengen Frostperiode im vergangenen Winter mußten Kostenersätze für beschädigte Wasserzähler in rund 100 Einzelverfahren vorgeschrieben werden. Verwaltungsstrafverfahren nach dem Wasserversorgungsgesetz 1960 waren 25 anhängig. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung von Bestand und Betrieb aller Wasserleitungsanlagen war es erforderlich, rund 85 Bestands-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abzuschließen. Ferner wurden 128 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen ausgestellt. Rund 200 behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden lagerbuchmäßig bearbeitet. Von besonderer Bedeutung sind die äußerst zeitaufwendigen und schwierigen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Entsorgungsgebiet im Quellschutzgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung (Hochschwab). Für Vorhaben Fremder, die im Interesse der Stadt Wien lagen, wurden auf Antrag der Abteilung Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien genehmigt, und zwar für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht Altenberg — Neuberg 3.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Kapellen 5.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Rohrbach Graben 10.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Ternitz-Putzmannsdorf 10.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Ternitz-Sieding 15.000 S, für die Niederösterreichische Berg- und Naturwacht Gloggnitz 5.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Tullnerbach-Irenental 10.000 S, für die Ortskanalisation der Gemeinde Wildalpen 300.000 S, für die Steirische Bergwacht Gußwerk 5.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Hinterwildalpen 30.000 S, für das Rote Kreuz in Wildalpen 15.000 S und für die Steirische Berg- und Naturwacht in Bruck an der Mur 5.000 S. Im Jahre 1985 wurden auch 226 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt. Schließlich sind noch die Grundtransaktionen, die durch Eintragung in das Grundbuch finalisiert werden, zu erwähnen. Sie brachten der Abteilung einen Zugang von 69.806 m² und einen Abgang von 2.585 m².

Neben der Erstellung sonstiger Rechtsbeihilfe mußten 12 Lieferungen des „Österreichischen Rechts" sowie 20 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich" in eine Lose-Blatt-Sammlung aufgearbeitet werden. Die Bau- und Gestaltungsarbeiten im Wasserleitungsmuseum Wildalpen wurden dem im Jahre 1978 erstellten Zeitplan gemäß termingerecht abgeschlossen, so daß dieses Museum aus Anlaß des 75jährigen Bestands- und Betriebsjubiläums der II. Wiener Hochquellenleitung in einer Festveranstaltung am 1. Dezember 1985 vom Herrn Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Das Heimat- und Pfarrmuseum, das im Erdgeschoß des Museumsgebäudes Wildalpen von der Stadt Wien im Einvernehmen mit der Gemeinde Wildalpen, dem Stift Admont und der röm.-kath. Pfarre St. Barbara zu Wildalpen eingerichtet wurde, wurde an 138 Tagen bereits von 3.299 Personen besucht. Insgesamt registrierte man seit dem 23. Juni 1982, dem „Tag der offenen Tür" im Rahmen des Erzherzog-Johann-Jahres — das Museumsgebäude war damals zum Teil noch eine Baustelle —, an 412 Tagen 9.481 Besucher. In das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn, im Quellengebiet der I. Wiener Hochquellenleitung gelegen, kamen an 114 Tagen 4.718 Personen. Dieses Museum, das aus Anlaß des 100jährigen Bestands- und Betriebsjubiläums der I. Wiener Hochquellenleitung errichtet wurde, konnte in den 13 Jahren seines Bestehens insgesamt 34.428 Besucher registrieren.

Stadtgartenamt

Im Jahre 1985 wurden 1.966 öffentliche Gartenanlagen mit 17,138.064 m², darunter 22 Lagerwiesen mit 826.475 m² und der „grüne" Prater mit 6,143.984 m², gepflegt und erhalten. Darüber hinaus wurden 74.431 Alleebäume in 1.485 Straßen mit einer Länge von 610.724 m gepflegt. Für fremde Dienststellen waren 1.357 Wohnhausgärten mit 6,031.794 m², 252 Schulgärten mit 645.705 m², 217 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 461.885 m², 8 Jugendspielplätze mit 14.182 m², 4 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 2.584 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m² und die 260.000 m² Grünflächen im Strandbad Gänsehäufel gärtnerisch zu betreuen.

Eine Reihe von Gartenanlagen wurde neu hergestellt, umgestaltet oder instand gesetzt:

Im 1. Bezirk wurde im Zuge des Wohnstraßenprogrammes eine gärtnerische Ausgestaltung auf dem Mölker Steig mit einem Betrag von 50.244 S vorgenommen, im 2. Bezirk die Umgestaltung der Parkanlage auf dem Mexikoplatz fortgesetzt. Die Kosten für diese Arbeiten betrugen 6,306.000 S. Eine Baulücke in der Rueppgasse konnte als Kleinparkanlage mit einem Kostenaufwand von 876.000 S ausgestaltet werden. Nach der Fertigstellung der Roßauer Brücke wurden die angrenzenden Grünflächen neugestaltet und der wegebaumäßige Anschluß an die Brücke mit einem Aufwand von 2,120.000 S hergestellt. Im 3. Bezirk waren im Bereich Erdbergstraße—Kirchenvorplatz sowie im Bereich der Radetzkystraße im Zuge des Straßenumbaues Strauch- und Baumpflanzungen durchzuführen. Im 4. Bezirk wurde am Elisabethplatz die bestehende Grünanlage unter Einbeziehung des angrenzenden Straßenbereiches mit einem Kostenaufwand von 416.000 S umgestaltet. Nach Fertigstellung des Pensionistenheimes am Phorusplatz konnte die angrenzende Grünfläche instand gesetzt bzw. umgestaltet werden; die Kosten betrugen 1,040.000 S. Im 6. Bezirk wurde die Grünfläche am Loquaiplatz mit einem Kostenaufwand von 1,740.000 S zur Gänze umgestaltet, wobei eine Teilfläche nur für die Bewohner des Heimes angelegt wurde. Die Fläche, die in der Garbergasse 20 nach Abbruch einer Fabriksanlage gewonnen werden konnte, wurde zu einer Parkanlage ausgestaltet.

Die Kosten hiefür betrugen 840.000 S. In der Mollardgasse wurde nach Abbruch eines Gebäudes auf der dadurch frei gewordenen Fläche in der 1. Ausbaustufe eine Parkanlage mit Spielflächen angelegt, wobei 2,123.000 S an Kosten anfielen. Im Esterházypark wurde der Spielplatz, der bereits besteht, mit einem Kostenaufwand von 450.000 S saniert. In der Gumpendorfer Straße wurden im Straßenbereich Pflanzflächen angelegt. Die Kosten betrugen 95.000 S. Im 9. Bezirk konnte auf dem Sobieskiplatz mit einem Aufwand von 304.000 S eine gärtnerisch ausgestaltete, verkehrsberuhigte Zone geschaffen werden. Im 10. Bezirk wurde in der Quellenstraße eine neue Parkanlage mit einem Kostenaufwand von 2,685.000 S errichtet. Im Zuge des Wienerbergprojektes wurde mit Kosten von 2,646.000 S eine naturnah ausgestaltete Grünanlage angelegt, im 12. Bezirk der Hermann-Leopoldi-Park mit einem Aufwand von 1,754.000 S fertiggestellt. Im Theodor-Körner-Park mußten die bestehenden Spielplätze mit einem Kostenaufwand von 220.000 S neu ausgestaltet werden. Im 14. Bezirk wurde in der Felbigergasse, im Bereich des neu errichteten Pensionistenheimes, mit der Errichtung einer Parkanlage begonnen; die Kosten für den ersten Bauteil betrugen 2,658.000 S. Im 18. Bezirk wurde im Währinger Park mit einem Kostenaufwand von 450.000 S eine Verbesserung des bestehenden Spielplatzes erzielt, im 21. Bezirk in der Schwaigergasse eine öffentliche Grünfläche mit einem Kostenaufwand von 225.000 S saniert. Im 23. Bezirk konnten die Grünflächen der Parkanlage „Wiener Flur" fertiggestellt werden. Die Kosten für den letzten Bauabschnitt betrugen 252.000 S. Zur allgemeinen Sanierung von Spielplätzen wurden Spielgeräte gekauft, wofür Kosten von 2,343.000 S anfielen.

Im Zuge des Wohnstraßenprogrammes und der Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen wurden in diversen Bezirken gärtnerische Arbeiten vorgenommen, und zwar in 9, Sobieskiplatz, 15, Auf der Schmelz sowie Guntherstraße — Camillo-Sitte-Gasse, 17, Kapitelgasse, 18, Türkenschanzplatz, 20, Staudingergasse und 23, Am Hasensprung. Mit umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an Bäumen wurde in der Oswaldgasse im 12. Bezirk begonnen.

In verschiedenen Straßen und Plätzen wurden Strauchflächen angelegt und Bäume gepflanzt, und zwar in 2, Volkertmarkt, 3, Weißgerberlände und Salesianergasse, 6, Bereich Raimundtheater, 8, Frankhplatz, 9, Rotenhausgasse, 10, Inzersdorfer Straße, Quellenstraße — Puchsbaumgasse sowie Uhligstraße, in 11, Lesergasse, Lorystraße und Luzegasse, in 12, Mandlgasse, Reschgasse, Hoffingergasse und Malfattigasse, in 13, Trauttmansdorffgasse, Am Platz und Bossigasse in 14, Mauerbachstraße, Linzer Straße zwischen Diesterweggasse und Einwanggasse sowie Spallartgasse, in 16, Enenkelstraße und Neulerchenfelder Straße, in 16, Ottakringer Straße, in 21, Kendegasse, Großbauerstraße, Knöfelgasse, in 22, Guido-Lammer-Gasse, in 23, Gorskigasse und Richard-Strauss-Gasse.

Insgesamt wurden 8.222 Bäume gepflanzt. Die Gesamtkosten für diese Arbeiten betrugen 2,725.000 S.

Etwa 1.900 m² an Setzungsschäden wurden behoben bzw. an Wegeflächen instand gesetzt, und zwar in den Anlagen in 1, Rudolfsplatz, 2, Wettsteinpark, 5, St.-Johann—Park, 11, Pachmayergasse, 12, Wilhelmspark, 18, Türkenschanzpark, 20, Sachsenplatz und 21, Donaupark. Die Kosten betrugen 499.000 S.

Das Stadtgartenamt hat nicht nur für die Erhaltung und Betreuung bereits bestehender Anlagen zu sorgen, sondern auch Projekte für die Neuerrichtung bzw. Umgestaltung öffentlicher Grünanlagen (Parks, Spielplätze sowie Sport- und Erholungsflächen) zu erstellen und bei der Planung und Ausarbeitung von Bepflanzungsplänen für Wohnhausanlagen, Schul- und Kindergärten, öffentliche Plätze, Wohnstraßen, Autobahnen sowie Gemeinde- und Bundesstraßen mitzuwirken. Ferner obliegt dem Amt die Betreuung von Widmungs- und Grünbebauungsplänen sowie von Projekten, die an Planer oder Architekten vergeben werden. Im Jahre 1985 wurden auf Flächen mit der Widmung „Erholungsgebiete-Parkanlagen" 27 Projekte fertiggestellt und 15 Projekte begonnen, in Wohnhausanlagen, Schul- und Kindergärten 35 Projekte abgeschlossen und 5 Projekte in Angriff genommen, an Bundesstraßen und Autobahnen 6 Projekte beendet und 7 Projekte begonnen sowie für öffentliche Plätze, Fußgeherzonen und Straßen 15 Bepflanzungspläne fertiggestellt. Weiters wurden 50 Pläne und 420 Textseiten bzw. graphische Darstellungen für den Wettbewerb „Gürtel-, Süd- und Westeinfahrt" ausgearbeitet und bei diversen Ausstellungen der Stadt Wien mitgearbeitet. In 410 Fällen hat das Amt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes mitgewirkt.

Von Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 6.105 Begehungen in Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Außerdem wurden zur Schulung der Gartenbesitzer 3 Vorträge, 5 Lichtbildvorträge und 8 Filmvorführungen veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung mußten 6.130 Sendungen, auf Grund der Verordnung nach dem Qualitätsklassengesetz 4.387 Sendungen überprüft werden.

Bäder

Im Jahre 1985 waren 63 städtische Bäder, und zwar 12 Hallenbäder (davon 6 mit angeschlossenem Sommerbad), 10 Sauna- und Warmbäder (davon eines mit einem Sommerbad), 12 Sommerbäder, 5 Volksbäder und 24 Kinderfreibäder, in Betrieb.

Verschiedene bauliche und betriebliche Veränderungen waren auch im Jahre 1985 vorzunehmen. So wurden im Amalienbad die Sanierungsarbeiten mit den Erneuerungsarbeiten an der großen Schwimmhalle fortgesetzt, ebenso die Instandsetzungsarbeiten an Baulichkeiten und Installationen im Hallenbad Floridsdorf. Im Theresienbad konnten die Erneuerungsarbeiten an der Kesselanlage sowie an den elektrischen Anlagen weitergeführt werden. Im Ottakrin-

ger Bad wurden die Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, Becken und Installationen ebenfalls fortgesetzt. Die Erneuerung der Becken- und Filteranlagen im Laaerbergbad wurden abgeschlossen. Das Wellenbecken mit der Wasserrutschbahn konnte am 7. Juli 1985 in Betrieb genommen werden.

Die Besucherzahlen in den Schwimmhallen wiesen im Vergleich zum Vorjahr einen geringfügigen Rückgang auf, was jedoch vor allem auf die Schließung der Schwimmhalle des Amalienbades im Herbst 1985, bedingt durch Umbauarbeiten, zurückzuführen ist. Die Frequenz in den Saunabädern hingegen ist um 4,21 Prozent oder 29.032 Besucher weiter gestiegen. Durch die günstigen Witterungsverhältnisse wurden auch die Sonnenbäder stark frequentiert (+19,04% gegenüber 1984). Rückläufig waren die Besucherzahlen in den Brause- und Wannenbädern (—2,49 bzw. —7,33%), so daß die Wärmebäder insgesamt um 18.001 Personen oder 0,6 Prozent weniger Besucher hatten. Weniger frequentiert waren auch die Kinderfreibäder (—115.000 Besucher oder —44,19%).

In der Saison 1985 waren in den städtischen Bädern mit 4,785.737 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 150.813 oder 3,15 Prozent mehr Badegäste. Auf die Schwimmhallen entfielen 1,487.015, auf die Saunabäder 718.869, auf die Wannenbäder 56.793, auf die Brausebäder 653.854 und auf die Sonnenbäder 8.639 Besucher. In die Sommerbäder kamen 1,715.299, in die Kinderfreibäder 145.268 Badegäste.

Wasserbau

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für das Projekt Rechter Donaudamm weitergeführt. Die Arbeiten am Abschnitt II B — Traisengasse bis Innstraße — mit dem Schütten des etwa 500 m langen, 50 m breiten und rund 3,5 m hohen Dammkörpers wurden fortgesetzt. Mit der Oberflächengestaltung, dem Ausbau des Wegenetzes und der Beleuchtung wurde begonnen. Um zu vermeiden, daß in bereits fertiggestellten Bereichen später bauliche Eingriffe vorgenommen werden müssen, wurden im Hinblick auf die künftige Errichtung der Staustufe Wien in diesem Abschnitt bereits Dichtungsmaßnahmen in Form eines Schmalwandkastensystemes miterrichtet.

Mit den Arbeiten am Abschnitt IIC + D — Innstraße bis zum Gelände der Ersten Donau Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) wurde am 30. September 1985 begonnen, der eine Länge von 1.400 m hat. Das Projekt sieht einen möglichst breiten Damm vor, der parkartig gestaltet werden wird. Im Bereich der Reichsbrücke soll ein harter Brückenkopf mit Treppen, Mauern und Hartflächen den städtischen Charakter betonen. Ferner ist beabsichtigt, Wege zu beleuchten und für die Pflanzen eine Bewässerungsanlage zu errichten. Im Bereich der Innstraße und der Haussteinstraße hat man den Bau von Fußgängerstegen über den Handelskai projektiert, damit der Rechte Donaudamm besser erreicht werden kann. Ähnlich wie beim Abschnitt II B soll im Hinblick auf die künftige Errichtung der Staustufe Wien ein Grundwasserregulierungssystem angelegt werden. Die ausgeschriebene Bauzeit wird 30 Monate betragen. Im Jahre 1985 wurde mit der Herstellung der Dichtwandarbeit und der Dammschüttung begonnen: ferner wurden verschiedene Abbrucharbeiten durchgeführt. Für Maßnahmen im Bereich der DDSG-Station Nußdorf wurde die Detailprojektierung durchgeführt und die wasserrechtliche Genehmigung erwirkt. Für das Hafentor, das im Hafen Albern benötigt wird, wurde die Detailprojektierung weitergeführt.

Am linken Donauufer konnte beim Bau des Entlastungsgerinnes im Baulos 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von 12 km erstreckt, der Gerinneabschnitt um rund 400 m erweitert werden, so daß nunmehr ein geschlossener Gerinneabschnitt von rund 10,2 km Länge hergestellt ist. Die bisher gewonnenen rund 15,8 Millionen m³ Aushubmaterial — 0,4 Millionen m³ aus dem Jahre 1985 — wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet; etwa 2,6 Millionen m³ Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereichs gelagert werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen im Baulos 2 stieg im Jahre 1985 um 13 ha auf rund 313. Die Gestaltungsarbeiten auf der Donauinsel zwischen Brigittenauer Brücke und Reichsbrücke konnten zum größten Teil abgeschlossen und dieser Bereich zur Benützung freigegeben werden.

Die Arbeiten am Netz der leitungsgebundenen Einrichtungen, die der Beregnung sowie Strom- und Trinkwasserversorgung dienten, wurden weitergeführt. Die Verlegung der Steuerleitungen zwischen dem Einlaufbauwerk in Langenzersdorf und dem Wehr 1 konnte abgeschlossen werden. Die Arbeiten an der Sekundärbrücke Kaisermühlen und am Segelhafen Süd wurden weitergeführt.

Mit den Bauarbeiten an den Stiegenanlagen, Sitzstufen, Mauerkronenausbildungen am linken Ufer der Neuen Donau vor Kaisermühlen wurde begonnen. In diesem Bereich wurde eine Mehrzweckhartfläche für Asphaltstockschießen, Basket- und Volleyball und dgl. errichtet, die später weiter ausgebaut wird. Ferner wurde bei der Floridsdorfer Brücke eine BMX-Bahn angelegt.

Im Baulos 1, das sich von der Hafeneinfahrt Lobau bis zum Wehr 1 erstreckt, wurde im Bereich des Wehres 2 mit dem Bau des restlichen Teilstückes, das eine Länge von rund 1,5 km hat, begonnen. Im Jahre 1985 wurden 0,8 Millionen m³ gebaggert und mit dem Material ein Gerinneabschnitt von etwa 500 m hergestellt sowie eine Inselfläche von 20 ha neu geschüttet. Die Umlegung der RAG- und ÖMV-Abwasserleitungen wurde abgeschlossen. Im Baulos 1 sind bisher zwei Gerinneabschnitte mit einer Länge von zusammen 8,8 km fertiggestellt und zur Benützung

freigegeben worden. Die 13,8 Millionen m³ Aushubmaterial wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Das Ausmaß der Ufer- und Inselflächen im Baulos 1, die für die Öffentlichkeit benützbar sind, beträgt rund 190 ha. Insgesamt sind jedoch bereits etwa 220 ha Inselfläche hergestellt worden.

Als Verlängerung des Donaugrabendammes in Langenzersdorf wurde über der Bundesstraße 3 ein Dammtafelverschluß errichtet, dessen Oberkante wie alle anderen Bauten des Donauhochwasserschutzes auf das Projekthochwasser +1 m Sicherheitshöhe ausgelegt ist. Die Dammtafeln werden seitlich im Bereich des Einlaufbauwerks gelagert und bei Hochwasser in die Ausnehmungen, die dafür vorgesehen sind, in die Straße versetzt. Mit dem Bau der Dammtafeln wurde am 15. Juli begonnen. Die Arbeiten konnten bereits am Jahresende abgeschlossen werden.

Am 4. November wurde mit den Bauarbeiten am Wehr 2 begonnen, das den Abschluß der unteren Stauhaltung des Entlastungsgerinnes auf der Höhe der Straßenzufahrt zum Hafen Lobau bildet. Für die Errichtung des Wehres 2 liegt ein anderes Konzept vor als für die beiden bereits bestehenden Wehranlagen (Einlaufbauwerk und Wehr 1), wodurch es möglich ist, Kosten einzusparen, da eine aufwendige Baugrubenumschließung nicht durchgeführt werden muß und bei den Wehrverschlüssen Gewicht eingespart werden kann. Die Wehranlage besteht aus fünf je 30,6 m breiten Wehrfeldern, in die hydraulisch bedienbare Klappenverschlüsse eingebaut sind, die auf einem festen Sohlriegel aufsitzen. Die vier Wehrpfeiler sind je 3,4 m breit und als Hohlpfeiler ausgebildet, in denen die Antriebszylinder untergebracht sind. Die Gesamtbreite des Wehres zwischen den Landpfeilern beträgt 166,6 m. In der Betriebsbrücke (Brückenklasse I), die über die Wehranlage führt, sind die elektrischen und hydraulischen Steuerleitungen untergebracht. An der Unterseite der auskragenden Gehsteigplatten befinden sich die Einschienenkräne zum Versetzen der Notverschlüsse. Für die Unterbringung der örtlichen Steuerungsanlage ist eine Wehrwarte am rechten Ufer der Insel vorgesehen. Die Baustelleneinrichtung wurde angeliefert und installiert, mit den Fundierungsarbeiten bereits begonnen. Die vorgesehene Bauzeit wird 2,5 Jahre betragen.

Auf den fertiggestellten Teilen der Neuen Donau und der Donauinsel wurden, neben diversen kleineren Arbeiten, 15 ha Uferböschungen öfters gemäht und 30 km Badestrände mehrmals wöchentlich gesäubert. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde nicht nur der Unterwasseraufwuchs im Bereich des Südteiles der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 11 ha fachgerecht zurückgeschnitten, sondern es wurden auch im Bereich der Alten Donau Mäharbeiten durchgeführt. Ferner waren Anlandungen im Einströmbereich der Neuen Donau zu entfernen. Im Bereich der Steinspornbrücke konnte mit der Ausgestaltung der Böschung im Hinblick auf die vorgesehene zweite Ausbaustufe begonnen werden. Nach dem Hochwasser vom 2. bis 5. Februar und vom 7. bis 10. August mußten umfangreiche Säuberungs- und Reinigungsarbeiten durchgeführt werden, wobei 45.000 m³ Schlamm entfernt und sämtliche Treppelwege, insgesamt 50 km, zum Teil händisch gesäubert wurden.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit, die unter anderem in der Prüfung genehmigungsfähiger Projekte nach § 104 WRG 1959 (149 Stück), der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, und in der Überprüfung von Anzeigen im Hinblick auf Gewässergefährdungen nach 65 Ölunfällen besteht, die komplizierten Instandsetzungsarbeiten zum Teil von Amtssachverständigen überwacht. Insgesamt wurde an 263 wasserrechtlichen, 217 gewerberechtlichen, 220 baubehördlichen und 89 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. 9 neue Kläranlagen, 55 Brunnen für Trink- bzw. Nutzwasserzwecke, 7 Wärmepumpen, 2 Schottergruben, 6 Regenwasserkanäle und 22 Bauten im Hochwasser-Abflußbereich wurden einem Genehmigungsverfahren zugeführt. Weiters wurden 96 Kollaudierungen sowie 1.762 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt, 545 Senkgruben durch Augenschein auf ihren Zustand hin überprüft, an einem Feuerlöschbrunnen Sanierungsmaßnahmen gesetzt sowie 14 Feuerlöschbrunnen nach Verlegung eines öffentlichen Rohrstranges zugeschüttet. Im Kleinlabor der Abteilung waren 115 Abwasserproben von Kläranlagen zu untersuchen und auszuwerten. Konnten Mißstände festgestellt werden, wurden die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt.

Auf dem Betriebsgelände der Cheka-Handelsgesellschaft m.b.H. in 22, Gotramgasse 11, wird zur Sanierung des mit Bor verunreinigten Grundwassers weiterhin das erschrotete Wasser von der Liegenschaft schadlos abgeleitet. Grundwasserstromabwärts wird das Grenzgebiet der Borverunreinigung (> 0,5 mg) im Abstand von zwei Monaten auf seine Ausbreitung überprüft. Das Gebiet der Wegmayer-Siedlung in Eßling, das durch Abwässer einer ehemaligen Deponie verunreinigt ist, wird bis auf weiteres vierteljährlich auch auf NH_4-Gehalt im Grundwasser untersucht. Im Ortsgebiet von Aspern konnte eine Verunreinigung, die durch chlorierte Kohlenwasserstoffe einer Putzerei entstanden ist, nachgewiesen werden, wobei die Sanierungsmaßnahmen bereits mit einem Bescheid vorgeschrieben wurden. Ferner wurde am linken Donauufer unmittelbar oberhalb der Praterbrücke eine größere Verunreinigung festgestellt. Die periodische Untersuchung auf chlorierte Kohlenwasserstoffe im 21. und 22. Bezirk wurde fortgesetzt. Der Standort der Deponien und Altlasten, die im Stadtgebiet lagern, wurde erhoben und in eine Stadtkarte 1:25.000 eingetragen. Im Einzugsbereich der Liesing wurden zahlreiche Betriebe auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen hin überprüft.

Auf dem Gebiet des Schutzwasserbaues waren Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach, am Wienfluß und im Hafen Kuchelau, durchzuführen. In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer Wienfluß—U 4 im Bereich Margaretengürtel—Nevillebrücke weitergeführt. Die Torkretierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und den Wehren in Hadersdorf wurden mit der Sanierung des Wehres 2

weitergeführt, wobei die Torkretierung dieses Wehres fertiggestellt werden konnte. Die Abschremmarbeiten von losem Beton an der Trennmauer zwischen dem Becken IV und dem Wienfluß wurden fortgesetzt.

Die Regulierungsarbeiten am Halterbach im Bereich Bujattigasse wurden mit der Sanierung bestehender Ufersicherungen entlang der Bujattigasse weitergeführt. Es mußten ferner auch Sohlgurten hergestellt werden, um eine Eintiefung des Gerinnes hintanzuhalten. Fortgesetzt wurden die Instandsetzungsarbeiten an der linksufrigen Böschung am Böschungsfuß und an der rechtsufrigen Böschung des Hafens Kuchelau. An der Alten Donau wurden im Bereich flußabwärts der kleinen Einbuchtung der Donau „Große Bucht" die Ufermauersanierung und die Herstellung von Abgangsstiegen weitergeführt. Am Sickerteich „Laimergrube", in den Niederschlagswässer des Bisamberges sowie auch geklärte Abwässer von Anrainern abgeleitet werden, wurde mit der Errichtung eines Sandfanges begonnen, der das Absetzen der Sinkstoffe vor der Versickerung des Wassers bewirken soll. Um die verbliebenen Reste der Donaualtarme im Bereich des „Mühlwassers" zu revitalisieren, wurde im Jahre 1985 das Feuchtbiotop „Schierlinggrund" neben dem nordwestlichen Teil des „Kleinen Schilloches" wieder hergestellt. Weiters wurde begonnen, einen ehemaligen, inzwischen verlandeten Altarm des „Kleinen Schilloches" entlang des Zieselweges auszubaggern, um den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Nach Fertigstellung des Straßendammes der über dem „Mühlwasser" im Zuge der Kanalstraße gebaut wurde, konnten die restlichen Beträge für die Schüttung des Straßendammanschlusses ausgezahlt werden. Ferner waren die Arbeiten zur Errichtung von drei Hochwasserrückenhaltebecken an der Liesing, mit denen im Dezember 1984 begonnen wurde, weiterzuführen. Diese Maßnahmen, die auch örtlich Ufererhöhungen vornehmen, sind notwendig, um eine gesicherte Ableitung des 100jährlichen Hochwassers zu ermöglichen. Die Becken werden naturnah ausgestaltet, bepflanzt und stehen in der Trockenperiode der Bevölkerung als Spiel- und Erholungsflächen zur Verfügung. Entlang der Liesing ist auch die Anlage eines Radweges geplant.

Die naturnahe Teilregulierung des Baches „Dürre Liesing" im Bereich der Pfitznergasse wurde fortgesetzt. Um das Absturzbauwerk zur Liesing möglichst naturnah gestalten zu können, mußte für den Mündungsbereich ein Modellversuch durchgeführt werden. Die Bauarbeiten zur Herstellung eines geregelten Wasserabflusses im Trockengerinne Zemlinskygasse wurden mit der Errichtung eines Rückhaltebeckens und des Einlaufbauwerkes in den Regenwasserkanal begonnen. Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf, Bauabschnitt Wien, waren Ausgaben für die Herstellung der Grundbuchsordnung sowie zur Grundwasserbeweissicherung zu tätigen.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten sind die Fortsetzung der Gewässerkartei von Wien sowie die Projekte zur Sanierung des Wlassakgrabens im 13. Bezirk und des Saugrabengerinnes im 19. Bezirk zu nennen. Die Projekte, die sich mit dem naturnahen Ausbau des Lainzerbaches, der naturnahen Sanierung des Liesingbaches flußauf der Eindeckung Liesinger Platz sowie der Konsumptionsuntersuchung Pegel Wienfluß-Einlaufwehr beschäftigen, konnte fertiggestellt werden. Ferner war eine Restzahlung für die Verrohrung des Choleragrabens zu leisten sowie eine Studie über Retentionsmöglichkeiten am Kräuterbach durchzuführen.

Die Tätigkeit des Projektskoordinators für die Kraftwerke im Raum von Wien und im Gebiet östlich der Stadt sowie für den Marchfeldkanal bestand in der Erstellung eines Vorprojektes für die Dotation Lobau und in dessen Detailprojektierung. Das Vorhaben umfaßt eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Altarmsystem der Donau, wobei das Wasser aus Brunnen auf der Donauinsel entnommen und in das Mühlwasser eingeleitet werden soll. In diesem Zusammenhang beabsichtigt man, Stauhaltungen zu errichten bzw. umzubauen, sowie Altarme in der Lobau zu aktivieren.

Die Gruppe Sonderaufgaben beschäftigte sich mit den Problemen des Donaukraftwerkes Wien, mit dem Marchfeldkanal und dem Wiental im Bereich der Autobahneinfahrt Wien-West.

Die Abteilung führte bei allen Dienststellen, die mit dem Kraftwerk Wien befaßt sind, eine Befragung durch. Es wurde eine „Checkliste" angelegt, in der alle Probleme angeführt sind, die durch die Staustufe entstehen werden. Ab Februar wurden im Einvernehmen mit den Donaukraftwerken Arbeitsgespräche mit verschiedenen Magistratsabteilungen, Bundesdienststellen und anderen Behörden geführt. Mit der Staustufe Wien ist von seiten der Wissenschaft und diverser Interessensvertretungen, wie des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Industriellenkammer, der Landwirtschaftskammer, usw. die Ökologiekommission beschäftigt, von seiten der Wiener Kommunalpolitiker die „Arbeitsgruppe Staustufe Wien". Für die Arbeitsgespräche beider Gremien hatte die Abteilung die fachlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Beide Arbeitsgruppen sollen Richtlinien für die Hebung der Praterbrücke, für die Trinkwasserfrage, die Gewässergüte im Stauraum, die Planung des Stauraumes, für das Hauptbauwerk, für das ein Wettbewerb ausgeschrieben wird, ferner für das Dichtungssystem entlang des Rechten Donaudammes sowie die Grund- und Oberflächenanreicherung des Praters vorgegeben werden. Was die Prüfung der Umweltverträglichkeit durch das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz betrifft, wurden von der Stadt Wien bereits erste Gespräche geführt.

Im April hat ein Team der MA 18 und MA 45, das aus Städteplanern, Landschaftsarchitekten und Wasserbauern besteht, Planungsgrundlagen für den Trassenverlauf und die Gestaltung des Marchfeldkanals erarbeitet. Der Entwurf wich — was den Verlauf und die Gestaltung der Querschnitte betrifft —, deutlich vom generellen Projekt der Planungsgesellschaft Marchfeldkanal ab. Der Verlauf paßte sich streng an die Trennungslinien, die zwischen verbautem und landwirtschaftlichen genutztem Gebiet des 21. Bezirks verlaufen, an, so daß der Lauf des Gerinnes gewundener ist als im generellen Entwurf. Die Profile waren variantenreicher als jene der Planungsgesellschaft, hatten flachere

Böschungen und bezogen das Umland rigoroser in die Uferzonen ein. Nach einigen Verhandlungen anerkannte die Planungsgesellschaft die Vorschläge der Stadt Wien und modifizierte ihre Planungsunterlagen. Bei der Wasserrechtsverhandlung für das generelle Projekt im Dezember 1985 waren die Vorschläge der Stadt Wien bereits weitgehend im Plan eingearbeitet.

Die Abteilung hatte der „Gürtelkommission" für das Wiental Unterlagen vorzulegen, die einen Vergleich der verschiedenen Verkehrs- und Verbauungsvarianten in diesem Gebiet ermöglichen sollen. In diesem Fall waren die Hochwasserbemessung des Wienflusses, der Hochwasserrückhalt in den Becken in Hadersdorf sowie deren Erweiterung, die Standsicherheit der U-Bahn-Mauer, die Entlastungskanäle für die Wientalsammler, die Eintiefungsmaßnahmen der zur Zeit bestehenden Regulierungssohle sowie die Schaffung von neuen Gestaltungsräumen zu berücksichtigen. Das Problem der Überleitung des gesamten „Außengebietshochwassers", d. h. jenes Hochwasser, das aus Niederösterreich herangeführt wird, über einen Entlastungsstollen von Hadersdorf-Weidlingau bis nach Nußdorf und von dort in die Donau wird bei den Beratungen der „Gürtelkommission" noch diskutiert.

Laut der Schiffspatentverordnung Nr. 120/1936 wurden vom Amtssachverständigen 254 Motorschiffe und Sportboote sowie 550 Mietboote überprüft, gemäß dem Schiffahrtsanlagengesetz Nr. 12/1973 Schiffahrtsanlagen, die zu den Mietbooten gehören, kontrolliert.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung und Hydrologie hat die im Hydrographiegesetz geregelte Auswertung der Daten der Niederschlags-, Oberflächenwässer sowie aus der Grundwasserbeobachtung fortgesetzt. Das gesamte hydrographische Beobachtungsnetz, das von der Abteilung betreut wird, umfaßt 21 Niederschlags- und 21 Oberflächengewässer. In diesem Netz gibt es 8 Meßstellen, an denen Abflußmessungen vorgenommen werden, sowie rund 900 Grundwassermeßstellen.

Im Zuge der hydrographischen Beweissicherung für den Donauhochwasserschutz Wien wurde das Beobachtungsprogramm für das Rechte Ufer fortgesetzt, ebenso wie die Qualitätsuntersuchung über das Wasser der Neuen Donau und die Beweissicherung zur Schwechatregulierung. Im schutzwasserwirtschaftlichen Bereich wurde für den Mauerbach ein Grundsatzkonzept erstellt sowie Untersuchungen über die Hochwasserabflußverhältnisse am Wienfluß durchgeführt. Einen Schwerpunkt bildeten weiters die Planungs- und Untersuchungsarbeiten zum Thema „Grundwasser" für die Projekte „Untersuchung über eine quantitative Erfassung des Grundwasserhaushaltes in Wien", „Möglichkeiten zur mathematischen Beschreibung der Strömungsverhältnisse und der Durchführung von Massenbilanzen im Grundwasser des Raumes Wien" und für das Forschungsprojekt „Erarbeitung von Grundlagen für einen langfristigen Plan zur Nutzung und zum Schutz des Grundwassers in Ballungszentren am Beispiel Wiens", das in Zusammenarbeit mit der MA 29 und 39 fortgeführt wird. Das Projekt, das die Sanierung der Schadstoffdeponie „Im Gestockert" zum Ziel hatte, konnte abgeschlossen werden. Ferner wurden diverse Arbeiten über Sanierungsmaßnahmen des Grundwassers im Zusammenhang mit Verunreinigungen durchgeführt. Eine Untersuchung über die Altlast im Bereich des Wehres 2 wurde ebenfalls abgeschlossen. Die Koordinierung von Maßnahmen im Industriegebiet Siebenhirten wurde aufgenommen, die Mitarbeit am Sanierungsprojekt Rautenweg sowie an der Erstellung einer Immissionsrichtlinie für Fließgewässer, die gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und Vertretern der Länder durchgeführt wird, konnte fortgesetzt werden.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Im Jahre 1985 ist der Müll, der von der Müllbeseitigung eingesammelt wurde, gegenüber dem Vorjahr gewichtsmäßig um 0,6 Prozent auf 517.938 Tonnen, volumsmäßig um 2,5 Prozent auf 5,710.542 m³ gestiegen; das entspricht einem mittleren Raumgewicht von 0,0907 t/m³. Zusätzlich wurden von anderen Stellen 78.889 Tonnen Müll zu den Deponien, 5.572 Tonnen Müll zur Müllverbrennungsanlage I — Flötzersteig und 16.072 Tonnen Müll zur Müllverbrennungsanlage II — Spittelau transportiert, so daß insgesamt 618.471 Tonnen Müll zu beseitigen waren. Der von der Abteilung eingesammelte Müll von 517.938 t wurde zu 67,5 Prozent in den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie in der Sondermüll-Verbrennungsanlage der Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) verbrannt, der Rest von 32,5 Prozent auf den Ableerplätzen geordnet abgelagert. Die Umrüstung von den 110-l-Stahlblechtonnen auf die kombinierten Schüttsysteme für 120-l- und 240-l-Kunststoff-Gefäße, mit der im Jahr 1978 begonnen wurde, konnte im Mai abgeschlossen werden. Seit diesem Zeitpunkt sind nur mehr drei Schüttsysteme, und zwar 120/240-l-Müllgefäße aus Kunststoff, 770/1100-l-Müllgroßbehälter aus Stahlblech und 2200/4400-l-Müllgroßbehälter aus Aluminium eingesetzt. An Spitalmüll wurden 108.531 m³ mit verschiedenen Systemen gesondert eingesammelt, so 82.118 m³ nach dem Umleersystem mit 1,1-m³-Gefäßen (3 Spitalmüllwagen), 18.673 m³ nach dem Wechselsystem mit 1,1-m³-Gefäßen und (2 LKW) und 7.740 m³ mit 12-m³-Spezialcontainern. Dieser Sonderabfall wurde zu 55,1 Prozent (3.190 t) der Sonderabfall-Verbrennungsanlage EBS und zu 44,9 Prozent (2.596 t) der Müllverbrennungsanlage Spittelau zugeführt.

Auf die 120-l-Gefäße entfielen 43,4 Prozent der Entleerungen, auf die 240-l-Gefäße 30,4 Prozent, die 770-l-Gefäße 3,2 Prozent, die 1.100-l-Gefäße 22,2 Prozent, ferner auf die 2.200-l-Gefäße 0,4 Prozent, die 4.400-l-Gefäße 0,1 und

Stadtrat Helmut Braun im Gespräch mit dem Jurymitglied Elfriede Ott und den Preisträgern des „Ersten Wiener Feuermauer-Malwettbewerbes"

Umwelt und Bürgerdienst

Auch Bürgermeister Dr. Helmut Zilk und Stadtrat Helmut Braun setzten am „1. Wiener Waldpflanztag" einen Baum

„Tankschiff in Brand" — unter diesem Motto waren über 100 Mann der Wiener Feuerwehr bei einer Großübung im Einsatz

Umwelt und Bürgerdienst

Das neue Kranfahrzeug der Feuerwehr

auf die 12/16-m³-Behälter 0,3 Prozent der Entleerungen. Das entleerte Gefäßvolumen betrug 6,236.595 m³, was eine Steigerung von 2,7 Prozent gegenüber 1984 bedeutet. Die angefallene Gesamtmüllmenge wurde zu 65,3 Prozent von den 770- bzw. 1.100-l-Gefäßen mit 96 Müllfahrzeugen, zu 30,8 Prozent von 120-l- bzw. 240-l-Gefäßen mit 72 Müllfahrzeugen, der Rest von 3,9 Prozent in 2.200-l- bzw. 4.400-l-Gefäßen mit 3 Müllfahrzeugen abgeführt. Auf den Ableerplätzen, die 1985 zur Verfügung standen, wurden 705.790 t Müll, Schutt, Aushubmaterial und Schlacke der Müllverbrennungsanlagen deponiert. In der städtischen Reparaturwerkstätte für Müllgefäße und Kübelwäscherei wurden insgesamt 29.034 Müllgefäße gereinigt, 7.140 repariert sowie alle laufend anfallenden Reparaturen und Wartungsarbeiten an Geräten durchgeführt.

Um die Deponie Rautenweg für jede Art der Direktanlieferung von Privatmüll sperren zu können, wurde die Maschinenfabrik Andritz mit der Errichtung einer der Deponie vorgeschalteten Vorsortieranlage im Rinterzelt beauftragt. Diese Anlage dient der Vorsortierung von Gewerbe-, Industrie- und Sperrmüll im Ausmaß von etwa 170.000 t pro Jahr. Die Vorsortierung wird mechanisch und händisch durchgeführt und hat den Zweck, eine Reduktion des Volumens der zu deponierenden Mengen herbeizuführen, die Aussortierung von Sonderabfall zu ermöglichen und Sekundärstoffe, wie z. B. Stahlschrott, Pappe, Papier, Kunststoffolien und Holz, zu gewinnen. Die derzeit funktionslose Separationsanalge wird innerhalb von zwei Jahren von der Firma Andritz saniert und durch eine Kunststoffaufbereitungsanlage erweitert werden. Der Stadt Wien wurde eine Option zum Erwerb dieser Separationsanlage eingeräumt. Mit den Bauarbeiten wurde im Juli begonnen, der Probebetrieb wird im Sommer 1986 anlaufen, so daß Ende 1986 die Anlage in Betrieb genommen werden kann.

Bei der seit 14. November 1977 laufenden Aktion zur getrennten Sammlung von Altglas wurden insgesamt 36.302 t Altglas, allein 6.037 t im Jahre 1985, eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zur Verfügung gestellt. Insgesamt waren 1985 1.740 Sammelbehälter für Weiß- und Buntglas aufgestellt, die mit Spezialfahrzeugen entsorgt werden, wobei diese es ermöglichen, daß auf einer Sammelstrecke gleichzeitig Weiß- und Buntglas in zwei getrennten Kammern gesammelt werden kann.

Bei der Altpapiersammlung in den beiden Planquadraten im 19. und 20. Bezirk konnten rund 901 t Altpapier, bei der Altmetallsammlung 16.036 kg Weißblech und Altaluminium gewonnen werden. Ferner wurden in diesen Planquadraten 18.036 kg Alttextilien gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt.

Die folgende Aufstellung zeigt die eingesammelte Menge (in kg) an Altstoffen und Sonderabfall in den Planquadraten des 19. und 20. Bezirkes:

Altstoffe/ Sonderabfall	19. Bezirk	20. Bezirk Gewicht in kg	Gesamt
Weißglas	112.890	84.990	197.880
Buntglas	111.320	82.370	193.690
Altpapier	470.152	430.776	900.928
Altaluminium	5.006	2.287	7.293
Weißblech	5.803	3.591	9.343
Alttextilien	10.459	7.577	18.036
Altbatterien	2.365	2.140	4.505
Altmedikamente	1.933	1.141	3.074
feste und flüssige Problemstoffe	6.082	3.136	9.218
Altmotoröle	3.144	3.186	6.330
Altspeiseöle	2.336	2.634	4.970
Zusammen	731.490	623.828	1,355.318

Im Jahre 1985 wurden ferner in Wien insgesamt 5.144 kg an Autobatterien gesammelt und zur Wiederverwertung an die Bleiberger Bergwerks Union (BBU) verkauft.

Die in den Planquadraten erprobte Art der Problemstoffsammlung hat sich bewährt und wird in ähnlicher Form im ganzen Stadtgebiet durchgeführt werden. Im Dezember 1985 standen 13 Sammelstellen der Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Bis Mitte 1986 wird jeder Wiener Bezirk mit mindestens einer Problemstoff-Sammelstelle ausgestattet werden. Bei den Problemstoff-Sammelstellen, die als Übergabestellen vorwiegend an Marktplätzen oder in Straßenreinigungsdepots der MA 48 eingerichtet sind bzw. werden, kann die Bevölkerung jeden Freitag nachmittag und Samstag vormittag feste (z. B. Leergebinde) oder flüssige (z. B. Lösungsmittel, Öle) Sonderabfälle, ferner Säuren, Laugen, Fotochemikalien, toxische, anorganische und organische Sonderabfälle (z. B. Pflanzenschutzmittel), quecksilberhaltige Produkte, weiters Produkte, deren Zusammensetzung nicht bekannt ist, Medikamente, Konsumbatterien und Knopfzellen sowie Altspeise- und Altmotoröle abgeben. Die gesammelten Problemstoffe werden, soweit möglich, verwertet, der Rest wird als Sonderabfall entsorgt. Bei der Problemstoffsammlung in den beiden

Planquadraten wurden im 19. Bezirk 1.933,55 kg und im 20. Bezirk 1.140,45 kg Medikamente getrennt vom Müll von der Wiener Bevölkerung eingebracht. Diese Medikamente wurden in Apotheken, bei den mobilen Problemstoff-Sammelstellen sowie bei den Sperrmüll- und Problemstoff-Sammelstellen abgegeben. Jedem Foto-, Elektro- und Uhrengeschäft, allen Trafiken und einzelnen Selbstbedienungsläden, die Batterien verkaufen, wurden in den Planquadraten für die getrennte Sammlung von Knopfzellen und Konsumbatterien kostenlos spezielle Behälter zur Verfügung gestellt, die jede vierte Woche entsorgt wurden.

Im Rahmen der Sperrmüllsammlung zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes, die jährlich durchgeführt wird, konnten 1985 1.891 Großcontainer und LKW-Fuhren kostenlos entleert werden. Bei der laufend gegen Bezahlung durchgeführten Entrümpelungsaktion wurden 2.609 LKW-Fuhren beseitigt. Ferner stehen der Bevölkerung für kleinere Mengen Sperrmüll (kein Bauschutt) bis zum Inhalt bzw. Umfang eines PKW-Kofferraumes sowie von 4 Autoreifen (nicht von Gewerbebetrieben) 12 Sperrmüllsammelstellen mit insgesamt 25 Stück 12-m³-Mulden zur Verfügung. Diese Sammelstellen sind von Montag bis Freitag von 7.00 bis 14.30 Uhr und an Samstagen von 7.00 bis 11.30 (werktags) geöffnet. Größere Mengen Sperrmüll werden auf der städtischen Deponie Rautenweg gegen Gebühr in der Zeit von 6.00 bis 16.30 Uhr von Montag bis Freitag und von 6.00 bis 11.00 Uhr am Samstag entgegengenommen. Die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig wurde mit 1. Jänner 1985 an die Heizbetriebe Wien Gesellschaft m. b. H. verpachtet.

Für die Sanierung der Deponie Rautenweg mußten 1985 die Projektierungsarbeiten unter Beiziehung namhafter Sachverständiger zur Ausarbeitung einer vertikalen Umschließung, die als Absicherung errichtet wird, erweitert werden, da ein Gutachten der Technischen Universität Wien auf eine Kontamination des Grundwassers hinwies. Mit den Aufschlußbohrungen für die Erstellung eines hydrogeologischen Gutachtens wurde im September begonnen, im Dezember konnte die Detailplanung für die Umschließung in Angriff genommen werden. Auf der aufgelassenen Planierung „Im Gestockert" wurde eine Entgasungsanlage installiert, zur Ableitung des Grundwassers in das Kanalnetz wurden Sperrbrunnen errichtet. Für die Erstellung eines Sanierungsprojektes wurden laufend Wasserproben aus dem Grundwasserbereich sowie Untersuchungen am Müllkörper durchgeführt.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Müllbeseitigung betrug 207 Müllwagen, 4 Multiliftfahrzeuge, 9 Planier- und Ladegeräte, 9 Radlader und Gabelstapler, 1 Kranrüstwagen für Bergezwecke, 6 LKW (Kübeltauschfahrzeuge und Regiewagen), 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 1 Tiefladeanhänger, 3 Glassammelfahrzeuge, 4 Spitalmüllwagen, 1 Bergtrac, 3 Spezialfahrzeuge und 48 PKW — Kombi — Kastenwagen. Von diesen Fahrzeugen und Geräten wurden 2,268.769 l Dieseltreibstoff, 74.878 l Vergasertreibstoff, 25.121 l Motoröl, 5.200 l Getriebeöl, 13.778 l Hydrauliköl und 2.019 l Frostschutzmittel verbraucht. Von den Fahrzeugen der Müllbeseitigung (Unternehmerbereich) wurden 1985 3,944.448 km zurückgelegt, das heißt um 0,47 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die ständig zunehmende Verkehrsdichte und Verparkung sowie die Beseitigung des Streuriesels auf den Straßen nach dem Winter machte eine weitere Intensivierung der händischen Reinigung notwendig. Gleichzeitig wurden Kehr- und Waschmaschinen eingesetzt. Für die händische Reinigung waren im Bereich der Straßenreinigung 792 Mann ständiges Personal und 150 Saisonarbeiter beschäftigt. Weiters wurden zwei- bis dreimal wöchentlich insgesamt 110.488 Taglöhner bzw. Schneearbeiter aufgenommen, die 883.904 Arbeitsstunden leisteten. Die maschinelle Reinigung wurde mit 32 Kehrmaschinen durchgeführt, von denen 6 Maschinen in der Nacht auf 21 abwechselnd zu befahrenden Planrouten, die übrigen bei Tag eingesetzt waren. Von den gemeindeeigenen Kehrmaschinen wurde bei 5.191 Einsätzen eine Fahrleistung von 225.913 km erbracht. Von Firmen mußten zusätzlich Kehrmaschinen eingesetzt werden, die bei 334 Einsätzen 15.030 km zurücklegten. Das Waschen der Fahrbahnflächen wurde von 22 gemeindeeigenen Waschmaschinen, davon 8 mit Wechselaufbau, durchgeführt, die bei 3.207 Einsätzen 185.116 km zurücklegten. Von Firmen mußten zusätzlich Waschmaschinen eingesetzt werden, die bei 612 Einsätzen eine Fahrleistung von 27.540 km erbrachten. Weiters wurden drei Kleinfahrzeuge mit Waschwechselaufbauten zur Reinigung von Verkehrsflächen eingesetzt.

Im Stadtgebiet waren ferner 6.787 Papierkörbe a 50 l, 900 Altstadtpapierkörbe a 20 l sowie 33 Betonabfallbehälter mit Einsatz montiert. Ab September wurden zur Erprobung Automaten mit Hundereinigungssets errichtet, die gegen den Einwurf von 2 Schilling erhältlich waren. Diese Automaten wurden in 1, Kärntnerstraße/Stephansplatz-Abgang U-Bahn, in 1, Rathausstraße/Felderstraße — Eingang Rathauspark, im Hamerlingpark (8. Bezirk) und Lichtensteinpark (9. Bezirk) sowie in der Fußgängerzone am Keplerplatz (10. Bezirk) aufgestellt. Es konnte registriert werden, daß bis zum Jahresende 1.421 Reinigungssets entnommen worden waren.

Im Winterdienst 1984/85 waren 145 abteilungseigene Fahrzeuge sowie 156 LKW von Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung eingesetzt. Für die Bekämpfung der Eis- und Schneeglätte wurden 88.568 t Streuriesel sowie 8.197 t Auftaumittel (1.165 t Salz und 7.032 t Plantabon Eis-Ex) verbraucht. Die Gesamtschneehöhe betrug im vergangenen Winter 1984/85 97 cm, so daß die Schneeabfuhr ein Ausmaß von rund 195.820 m³ erlangte.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Straßenreinigung betrug 53 LKW mit Schneepfluganbau-Vorrichtungen, 27 Unimog mit Schneepfluganbau-Vorrichtungen, 4 Vorbaubesen für Unimog (Anbaugerät), 32 Kehrmaschinen, 14 Waschmaschinen, 8 Waschaufbauten, die in den Sommermonaten auf Winterdienst-LKW montiert werden, ferner 7 Schlammsauger (drei davon explosionsgeschützt), 17 Radlader und Gabelstapler, 4 Autobusse zum Transport körperbehinderter Kinder, 62 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar und Bucher),

23 LKW bis 1 t Nutzlast, 3 Vespa- Kleintransporter, 285 Streuanhänger, 378 Schneepflüge, 1 Schneefräse (Anbaugerät), 93 Aufbaustreuer, 1 Spezialabschleppanhänger (für Multicar und dgl.), 3 LKW für die Fahrzeugabschleppung sowie 32 PKW-Kombi und Kastenwagen. Die Kilometerleistung der Fahrzeuge der Straßenreinigung betrug 2,740.175 km, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,2 Prozent ergibt. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung verbrauchten 806.860 l Dieseltreibstoff, 150.817 l Vergasertreibstoff, 16.375 l Motoröl, 2.358 l Getriebeöl, 5.724 l Hydrauliköl und 2.431 l Frostschutzmittel.

Der Bereitschaftsdienst machte 8.676 Ausfahrten, um notstandspolizeiliche Maßnahmen wie Abschrankungen, Beleuchtungen und dgl. durchzuführen. Mit den drei VW-Kombi wurde eine Kilometerleistung von 98.475 km erbracht. Von den Garagen wurden 2.809 Sondereinsätze mit einer Fahrleistung von 91.859 km durchgeführt. Die Gründe für die Einsätze waren unter anderem die Beseitigung von Straßenverunreinigungen nach Verkehrsunfällen sowie von Brandresten und Schmieraktionen, die Zustellung von Trinkwasser für die MA 31, der Abtransport von ölgetränktem Material und dgl.

Die Abschleppgruppe mußte 10.059 (+11 Prozent gegenüber 1984) Fahrzeuge ohne Kennzeichen gemäß § 89 StVO von öffentlichen Verkehrsflächen entfernen, 6.159 (+18 Prozent gegenüber 1984) Wracks oder Fahrzeuge wurden auf Grund von Verzichtserklärungen beseitigt. Durch den Verkauf oder die Verschrottung der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks konnten 2,639.400 S eingenommen werden. Weiters wurden 15.874 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen kostenpflichtig abtransportiert, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 18 Prozent entspricht.

Im Jahre 1985 wurden für 12 neu benannte Straßen 51 Tafeln benötigt. 749 Straßenbenennungstafeln, 7 Hinweistafeln und 25 Orientierungstafeln mußten ersetzt werden. 269 Tafeln wurden gereinigt und bei 1.434 Straßen- und Platzbenennungstafeln waren 5.623 Reperaturen erforderlich. In 11, Döblerhofstraße 18, wurde mit der Errichtung eines Lagerplatzes mit Lagerräumen und Unterkünften für das Personal der Straßenreinigung begonnen. Weiters wurden umfangreiche Instandhaltungsarbeiten in den Depots der Straßenreinigung in 8, Pfeilgasse 47, und 10, Herzgasse, durchgeführt.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug 89 Personenkraftwagen, wovon 24 ohne Lenker an andere Abteilungen verliehen werden, sowie 16 VW-Busse oder Kombi, von denen 3 ohne Lenker anderen Abteilungen zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Fahrzeugen wurden, die verliehenen Fahrzeuge ausgenommen, eine Kilometerleistung von 1,307.015 km erbracht, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 8,1 Prozent ergab. An Betriebsmitteln wurden 193 l Dieselkraftstoff, 185.698 l Vergasertreibstoff, 2.320 l Motoröl, 48 l Getriebeöl, 60 l Hydrauliköl und 181 l Frostschutzmittel verbraucht. In Interesse des Umweltschutzes wurden 35 Fahrzeuge auf den Betrieb mit bleifreiem Benzin umgestellt.

Im Jahre 1985 standen 166 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissoire und 50 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die WC-Anlagen bei der Salztorbrücke und auf dem Mexikoplatz sowie ein Trockenabort auf der Neuen Donau wurden neu errichtet und in Betrieb genommen. Mit der Revitalisierung bzw. Sanierung der Bedürfnisanstalt Am Graben wurde begonnen. Insgesamt wurden vier öffentliche Bedürfnisanstalten, und zwar am Burgring und am Karlsplatz (1. Bezirk), am Mariahilfer Gürtel (6. Bezirk) und in der Hermesstraße (13. Bezirk) aufgelassen bzw. abgetragen. Die drei fahrbaren Toilettenanhänger waren an 155 Tagen, die sieben transportablen Toilettenanlagen an 1.565 Tagen auf diversen Lagerwiesen sowie bei Veranstaltungen eingesetzt.

Die Gesamtanzahl der Beschäftigten einschließlich der Saison- und Gastarbeiter (ohne Dienstkraftwagenbetrieb) betrug am 31. Dezember 1985 2.685. Im Jahre 1985 waren noch 228 Gastarbeiter, überwiegend Jugoslawen eingesetzt, und zwar 195 bei der Straßenreinigung, 9 in der Hauptwerkstätte, 16 im Fuhrpark (Garagen 5, 17 und 20) und 8 in der Müllverbrennung. Seit September werden in der Hauptwerkstätte 18 KFZ Lehrlinge ausgebildet.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlicher und technischer Hinsicht von der Abteilung betreut werden, waren an 1.260 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeugen oder den Haftpflichtversicherungen 1,896.439 S hereingebracht. Für die Beschädigung von 287 Betriebseinrichtungen durch dritte Personen, wie Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw., wurden 136.459 S eingebracht.

Für andere Magistratsabteilungen wurden 273 Fahrzeuge oder Geräte bestellt, und zwar 25 PKW oder Kombi, 24 LKW bis 3,5 t Nutzlast, 3 LKW über 3,5 t Nutzlast, 16 Spezialfahrzeuge (Rettung-, Krankentransportwagen und dgl.) 35 Traktoren — Kleintraktoren und 170 Geräte und Kleinfahrzeuge (Anhänger, selbstfahrende Arbeitsmaschinen und dgl.) An rund 1.200 Fahrzeugen anderer Magistratsabteilungen wurden die wiederkehrenden Überprüfungen gemäß §§ 55 (1)/57(1) KFG 1967 durchgeführt.

Für den gesamten Magistrat hat die Abteilung 293 Fahrzeuge und Geräte, unter anderem Schneepflüge, Streugeräte, Zubehörteile, ausgeschieden und veräußert bzw. selbst verwertet, wobei ein Erlös von 1,957.336 S erzielt werden konnten.

In der Hauptwerkstätte wurden 926 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 157 an abteilungsfremden Fahrzeugen, 884 Lagermaterialreparaturen (Stückreparaturen), 645 Reparaturen an Schneepflügen sowie 697 an Streuanhängern und Streugeräten durchgeführt.

In der Garage 17 wurden vom Baureferat Betonfelder im Bereich der Abstellhalle und des Garagenhofes instand gesetzt sowie die Dacheindeckung im Objekt XXVIII repariert. In der Garage 20 mußte die Fassade im Bereich der Salzachstraße sowie Betonfelder im Garagenhof und die Steuerungsanlage erneuert werden. In der Hauptwerkstätte wurde mit der Errichtung einer Halle für den Bremsprüfstand begonnen, weiters wurden Dachreparaturarbeiten an den Objekten III, V, VI und XVII durchgeführt. Im Objekt XI war die WC-Anlage zu sanieren. In der Zentrale wurde die Fassade im Bereich Gürtel und Einsiedlergasse renoviert. Gleichzeitig wurden die alten Fenster gegen Kunststoffenster ausgetauscht. Weiters wurden umfangreiche Instandhaltungsarbeiten in den Unterkünften des Personals der Müllbeseitigung in 1, Johannesgasse 9—13, 10, Troststraße 17—19, und in der Müllgefäß-Reparaturwerkstätte in 20, Traisengasse 8, durchgeführt.

Neben den Ausschreibungen für die einzelnen Dienststellen der Abteilung und der Mitwirkung bei Anbotseröffnungen und -prüfungen wurden für die Garagen, die Hauptwerkstätte, den Dienstkraftwagenbetrieb, andere Magistratsabteilungen und Dienststellen 5.225 Bestellungen für Ersatzteile, Reifen, Treibstoffe, Schmiermittel und dgl. durchgeführt.

Das Referat für Budget, Statistik und Datenverarbeitung hatte die Lagermaterialverrechnung, Auftragsabrechnung, Treibstoff-Tankstellenabrechnung und Stammdatenverwaltung vorzunehmen sowie neben der Erstellung diverser ADV-Auswertungen und kleineren Programmänderungen im Personalwesen die Nebengebühren-Daten von System IBM auf VAX überzuführen und die Absenzendaten vom System PDP auf VAX umzustellen. Im Bereich der Müllbeseitigung wurden diverse Auswertungen für die Problemstoffsammlung durchgeführt sowie Statistikprogramme erstellt. Im Bereich Fuhrpark wurde die Datenerfassung der Fahrleistungsnachweise und der KFZ-Auslastung auf PDP-ONLINE umgestellt. Weiters wird mit der MD-ADV an einem Konzept für die Neuorganisation im Bereich der Lagermaterialverwaltung — Hauptlager (EDV-Bereich) gearbeitet.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die MA 49 — Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb — ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der Erholungswälder im Bereich des Landes Wien, der in Niederösterreich und in der Steiermark gelegenen Quellenschutzforste sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung von Erholungseinrichtungen sowie die Anlage und Erweiterung von Windschutzanlagen.

Das Flächenausmaß der Grundstücke, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.248,9937 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.218,1832 ha, insgesamt 40.467,1769 ha. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen machten 2.583,0000 ha aus. Die Bestände wurden ihrer Widmung entsprechend genutzt. Im Nahbereich der Stadt Wien, in dem die Bestände überwiegend der Erholung der Bevölkerung dienen, überwog die Einzelstammnutzung, wobei hauptsächlich in überalterte, die Besucher gefährdende Bestände eingegriffen wurde. Es mußten zu Förderung der natürlichen Verjüngung aber auch Bestände ausgelichtet werden. Im Augebiet, das ein Lebensraum mit üppigem Vegetationswachstum ist, wurden kleinflächige Kahlschläge vorgenommen, wobei vor wirtschaftlichen Aspekten biologische und erholungswaldorientierte Überlegungen den Vorrang hatten. Bei der Verjüngung der Bestände wurde weiterhin auf eine standortsgemäße Artenzusammensetzung geachtet, insbesondere im Augebiet, in dem sukzessive standortsfremde Bestände durch Einzelstammnutzung und Verjüngung mit standortsgemäßen Nachwuchs in ökologisch entsprechende Waldungen umgewandelt werden. In den Quellschutzgebieten wurde, um Windwurfkatastrophen und dgl. zu vermeiden, in jene überalterten Bestände eingegriffen, die erst seit dem Vorantreiben des Forstwegebaus einer intensiveren forstwirtschaftlichen Betreuung zugänglich gemacht werden konnten. In den Revieren der Steiermark erfolgte die Nutzung entsprechend dem 10jährigen Nutzungsplan.

Der Holzeinschlag betrug im Jahre 1985:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.499,19	3.905,68	13.020,26	23.425,13
Quellenschutzforste	37.404,87	13.873,27	7.950,07	59.228,21
Zusammen	43.904,06	17.778,95	20.970,33	82.653,34
in Prozent	53,1	22,5	25,4	100,0

Gegenüber dem Vorjahr ist ein weiterer Rückgang des Holzzuschlages um etwa 7.090 fm festzustellen, wobei vor allem weniger wertvolles Blochholz (—8.080 fm) und Schleifholz (—560 fm) produziert wurde. Bei der Brennholzproduktion konnte jedoch eine Zunahme um 1.550 fm erzielt werden. Der Anteil des Blochholzes am Gesamt-

einschlag betrug 53,1 Prozent gegenüber 57,1 Prozent im Jahre 1984, der des Brennholzes, das in manchen Gebieten schwer absetzbar war, stieg von 21,6 auf 25,4 Prozent.

Die Holzabgabe war im Bereich der I. Wiener Hochquellenwasserleitung in erster Linie auf die Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang ausgerichtet. Das gesamte Restholz konnte vermarktet werden.

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	12.012,24	13.715,33	25.727,57
Quellenschutzforste an Fremde	42.945,99	8.311,56	51.257,55
an das Sägewerk Hirschwang	9.011,00	—	9.011,00
Zusammen	63.969,23	22.026,89	85.996,12

Die Entwicklung der Holzpreise war zwar leicht steigend, jedoch konnte die Preissteigerung die höheren Erntekosten nicht wettmachen, so daß der Nettoerlös pro Festmeter Holz niedriger war als im Vorjahr. Die Preistendenz bei Brennholz war stagnierend. Der Brennholzabsatz im stadtnahen Bereich war gut, in den Quellenschutzforsten ergaben sich weiterhin Absatzschwierigkeiten. Beim Schnittholzverkauf war die Preisentwicklung, aber auch die in- und ausländische Nachfrage stagnierend bis sinkend. Der Jahresverschnitt im Jahr 1985 betrug insgesamt 9.945,53 fm, was gegenüber dem Vorjahr einen Mindereinschnitt von 212,70 fm (—2,19 Prozent) bedeutet. Bei einer Erzeugung von 6.520,50 m³ Schnittholz konnte eine Ausbeute von 65,56 Prozent erzielt werden. Zum Verkauf gelangten 6.378,85 m³ Schnittware.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte der Anbau in der bewährten Form, und zwar wurden auf einer Nutzfläche von 1.802 ha (ohne Weinbau) 75,2 Prozent Getreide, 9,0 Prozent Ölfrüchte, 0,7 Prozent Mais, 9,6 Prozent Hackfrüchte, 3,6 Prozent Hülsenfrüchte, 1,4 Prozent Gemüse und Erdbeeren und 0,5 Prozent Sonnenblumen angebaut.

Die Weinbaufläche betrug 32 ha, davon waren 7 ha Neuanlagen ohne Ertrag. Die Ernteergebnisse können durchwegs als äußerst zufriedenstellend bezeichnet werden. Bei Getreide konnten die bisher besten Hektarerträge erreicht werden. Lediglich in den Weinkulturen kam es zu starken Frostschäden, die in Zusammenhang mit dem regnerischen Wetter während der Blütezeit zu einer erheblichen Ertragsminderung führten. Bei der Frühkartoffel, die aus witterungsbedingten Gründen erst zu einem Zeitpunkt geerntet werden konnten, zu dem auch Lieferungen aus anderen Regionen einsetzten, mußte ein starker Preisverfall in Kauf genommen werden.

An landwirtschaftlichen Produkten wurden 6.179 t Getreide, 83 t Mais, 461 t Raps, 17 t Sonnenblumen, 7.089 t Zuckerrübe, 239 t Grünerbsen, 231 t grüne Bohnen, 469 t Kartoffeln, 46 t Rote Rüben, 77 t Zwiebeln, 151 t Karotten, ferner 92.000 Bund Radieschen, 76 t Erdbeeren, 27 t Kraut, 23 t Sellerie, 590 hl Wein sowie insgesamt 51 t diverses Feldgemüse erzeugt. Neben der landwirtschaftlichen Produktion hat die Abteilung im Rahmen der Landwirtschaftsbetrieb diverse Erholungseinrichtungen sowie Spiel- und Lagerwiesen unter anderem am Cobenzl und Bisamberg zu pflegen und zu betreuen.

Die Aufforstungsarbeiten in den Wirtschaftswäldern, insbesondere in den Quellenschutzforsten, waren neben der Wiederaufforstung von Schlagflächen auch auf Nachbesserungen in den Kulturflächen der letzten Jahre ausgerichtet. Die Trockenheit in den letzten zwei Jahren sowie im Sommer 1985 erforderte vor allem auf den riesigen Kulturflächen, die infolge der Windwurfkatastrophe 1976 angelegt werden mußten, ein nachträgliches Einbringen von Pflanzen. Wurden 1984 in den Quellenschutzforsten 202.650 Pflanzen als Ersatz für die in den Kulturen abgestorbenen Bäumchen versetzt, so stieg 1985 die Anzahl der Pflanzen auf 263.100, die für Nachbesserungen gebraucht wurden. Im Bereich der Wiener Wälder war es gleichfalls notwendig, im verstärkten Ausmaß die ausfallenden Kulturen nachzubessern (1984: 400 Pflanzen, 1985: 46.100 Pflanzen). Insgesamt wurde im Jahre 1985 die nachstehend angeführte Anzahl von Pflanzen versetzt:

Aufforstungsart	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstung	230.600	153.760	384.360
Nachbesserungen	190.060	119.140	309.200
Neuaufforstungen (einschließlich Wohlfahrtsaufforstungen)	7.500	12.200	19.700
Zusammen	428.160	285.100	713.260

Gegenüber dem Vorjahr ist somit die Gesamtzahl der versetzten Pflanzen merklich zurückgegangen, und zwar um 71.590. Der Laubholzanteil in den Wienerwaldforsten betrug erwartungsgemäß 82 Prozent, in den Quellenschutzforsten immerhin 31,6 Prozent, wodurch ganz deutlich die Bestrebungen dokumentiert sind, die bisher als Fichtenmonokulturen genutzten Bestände in standortgerechte Mischholzbestände umzuwandeln. Was die Schädlingsbekämpfung betrifft, hat sich die Situation gegenüber den Vorjahren leicht gebessert. Zwar treten immer noch vereinzelt Bäume, die von Borkenkäfern befallen sind, auf, jedoch wird durch die konsequente Entnahme dieser Stämme, durch die Entrindung des anfallenden Holzes an Ort und Stelle sowie durch Auslegen von Fangbäumen die Bekämpfung weiterhin ohne Einsatz chemischer Mittel betrieben. Die Wildschäden hielten sich in vertretbaren Grenzen. Es werden jedoch Überlegungen angestellt, ein Wildwintergatter auszulegen, wobei Erfahrungswerte von Forschungsstellen und Forstbetrieben, die bereits Wintergatter betreiben, eingeholt werden.

Die Forstaufschließung ist bis auf wenige Ausnahmen abgeschlossen. Vereinzelt wurden noch Stichwege und Verbindungsstraßen zu bisher unerreichbaren Hiebsorten angelegt. Im Jahre 1985 wurden Forststraßen weiter ausgebaut, so in der Forstverwaltung Naßwald 3.896 lfm und in Wildalpen 1.942 lfm. Die Holzbringung wurde zum überwiegenden Teil auf Forststraßen durchgeführt, lediglich von unerschlossenen Fällungsorten mußten insgesamt 17.512 fm mit Hilfe von Seilbringungsanlagen (Seilkränen), die hauptsächlich von Fällungsunternehmern errichtet wurden, abgeführt werden.

In den Eigenjagden wurden folgende Wildzahlen geschätzt sowie Abschüsse getätigt:

Wildart	Wild in Stück geschätzter oder gezählter Bestand	erlegt und Fallwild
Rotwild	1.570	453
Rehwild	2.450	742
Gamswild	3.000	493
Muffelwild	650	153
Damwild	200	27
Schwarzwild	950	656
Steinwild	111	8

Ein Vergleich zum Vorjahr zeigt, daß der Wildbestand annähernd gleich blieb und die Zahl der Abschüsse sich ebenso im üblichen Rahmen bewegte.

Die Verwendung von Forstarbeitern der Stadt Wien weist signifikant auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten und in den Forsten im Wiener Raum hin. So wurden in den Quellenschutzforsten unter anderem zu 18,2 Prozent für die Gebäudeerhaltung und zu Erholungswaldmaßnahmen sowie zu 14,3 Prozent für die Holzgewinnung herangezogen, während in den Forsten im Raume Wiens sie nur zu 10,9 Prozent für die Holzgewinnung eingesetzt waren. Der allgemeine geringe Anteil z. B. an Kulturarbeiten oder Holzgewinnung in beiden Waldbereichen ergibt sich dadurch, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie Durchforstungen, Dickungspflege, Kulturarbeiten, Pflege von Grünflächen in den Erholungsräumen und dgl., Fremdfirmen herangezogen werden, die diese Arbeiten unter Aufsicht des städtischen Forstpersonals durchführen. Auf diese Weise kann der große Arbeitsumfang bewältigt und ein Leerlauf in der arbeitsextensiveren Winterperiode vermieden werden.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat das Jahr 1985 zum „Jahr des Waldes" erklärt. Die Abteilung führte aus diesem Grund zahlreiche Veranstaltungen bzw. Aktionen durch, um die Bedeutung des Waldes der Bevölkerung bewußt zu machen. Unter anderem waren es die Neuauflage von Informationsprospekten, die Ausstellung „Der Wald" in der Volkshalle des Rathauses, die Teilnahme an der Österreichischen Ferienmesse mit dem Messestand „Waldbiotop", am 30. März 1985 die Pflanzaktion „Lebendige Christbäume" (400 Stück Fichtenballenpflanzen) im Aufhof sowie der 1. Wiener Waldpflanztag mit 8.000 Teilnehmern (15.000 einheimische Laubgehölze) in Oberlaa (10. Bezirk), am Seeschlachtweg (11. Bezirk), in der Großfeldsiedlung (21. Bezirk) und in Eßling (22. Bezirk), ferner die Schulwaldaktion von 10. bis 12. April (18.500 Pflanzen) beim Neugebäude (11. Bezirk), auf den Steinhofgründen (16. Bezirk), im Pointengraben (19. Bezirk) und in Breitenlee (22. Bezirk), die Aktion „Jungbürgerwald" am 19. und 20. Oktober (20.000 Pflanzen) in der Seyringer Straße (21. Bezirk), der „Frühjahrsputz im Wienerwald", die Forstkonferenz 1985 vom 22. bis 23. Mai, Waldseminare für 150 Lehrer in der Hermesvilla im Mai und im Oktober, Wald-Rundfahrten jeweils Dienstag mit insgesamt 1.061 Teilnehmern, Exkursionen in die Quellenschutzforste im April und August mit insgesamt 678 Teilnehmern, Waldführungen und Exkursionen für Schulklassen sowie als Abschlußveranstaltung das Waldsymposion am 18. November 1985 im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses. Um den Wald- und Wiesengürtel weiter zu erschließen und neue naturnahe Erholungsräume zu schaffen, wurden auf der Donauinsel Süd auf einer Fläche von 1,09 ha weitere 10.560 Pflanzen gesetzt.

Die Projekte „Radweg Vösendorf — Laxenburg", „Grünverbindung Ruthnergasse — Rendezvousberg/Bisamberg" sowie der Bauabschnitt I und II der Landschaftsgestaltung Wienerberg-Ost, die vom Verein „Niederösterreich — Wien, gemeinsame Erholungsräume" gefördert wurden, konnten abgeschlossen werden. Die Mitarbeit bei der Erstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurde fortgesetzt, wobei die Abteilung, gestützt auf die Ergebnisse der Erhebungen für den forstlichen Raumordnungsplan, zahlreiche Widmungsvorschläge unterbreiten konnte. Die Untersuchungen der Wälder im Hinblick auf ihren Schädigungszustand durch Luftverunreinigungen wurden weiter intensiviert. Das forstliche Bioindikatorennetz konnte von 12 auf 21 Erhebungspunkte verdichtet werden. Eine weitere Verdichtung des Netzes ist nicht vorgesehen. Die Reviere im Wiener Bereich wurden veranlaßt, laufend Meldungen über den Zustand des Waldes zu erstatten. Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit denen der Waldzustandsinventur, die von der forstlichen Bundesversuchsanstalt österreichweit durchgeführt wird. Von den drei Luftgütemeßstellen, deren Einrichtung in den Wienerwaldforsten geplant ist, wurde eine in der Lobau errichtet. Für die Anlage einer weiteren Meßstelle im Bereich der Höhenstraße hat die Abteilung sämtliche Vorarbeiten geleistet. Mit der Inbetriebnahme ist im Jahre 1986 zu rechnen. Im Vollziehung der zweiten Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigungen wirkte die Abteilung in einigen Bewilligungsverfahren mit, wobei es sich durchwegs um den Einbau von Luftfiltern an bestehenden Emittenten, wie den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelauer Lände Fernwärmenetz Leopoldau und Kraftwerk Donaustadt, handelte. Da die Immissionswerte durch die genannten Sanierungsmaßnahmen an den Anlagen unter den Grenzwerten, die vom Forstgesetz toleriert werden, liegen, hat die Abteilung keine zusätzlichen Auflagen gefördert.

Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz insgesamt 3.985 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von rund 850 Stück umfaßte 3.282 Seiten.

Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden die Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitschriften sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19.00 Uhr erreichbar, samstags und sonntags ist die Redaktion ebenfalls besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt. Im Jahre 1985 wurden rund 200 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenates im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt.

Wöchentlich wird eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese Wochenübersicht „RK-intern" wurde in rund 1.850 Exemplaren aufgelegt, im PID verfaßt und gedruckt. Zum Bezieherkreis gehören leitende Beamte, städtische Funktionäre und Interessenten im In- und Ausland. Im Rahmen des Medienservices wurden insgesamt 5.125 Aussendungen mit Fotos aus Zeitungen, Zeitschriften und dgl. zusammengestellt.

Zu bestimmten Themen erschienen zehn Ausgaben der „RK-Spezial" mit ausführlicher Hintergrundinformation, und zwar „Studie über Vergiftungsunfälle bei Kindern" (Nr. 1/März), „Beschleunigungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe" (Nr. 2/Mai), „Bericht über das Kuratorium Wiener Pensionistenheime" (Nr. 3/Juni), „Wiens städtische Krankenanstalten 1984" (Nr. 4/Juli), „Wien: Sommerliche Freizeitstadt" (Nr. 5/Juli), „Wiens städtische Krankenanstalten" (Nr. 6/Oktober), „Schwerpunkte des Wiener Abfallwirtschaftskonzepts" (Nr. 7/November), „Das Wiener Wasser" (Nr. 8/November), „Aktuelle Maßnahmen im Rahmen der Psychiatriereform" (Nr. 9/Dezember) und „Wiener Gesundheitsbericht" (Nr. 10/Dezember).

„wien aktuell Wochenblatt", das im Kleinformat gedruckt wird, erschien in 51 Ausgaben. Der Umfang betrug jeweils 24 Seiten. Diese Zeitschrift informierte über Bereiche der Stadt Wien, brachte Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Berichte aus der Geschichte der Stadt Wien, Unterhaltung und Freizeittips. Eine Sonderausgabe erschien als Information für Wirtschaftstreibende und berichtete über den Wirtschaftsförderungsfonds. Den Mitarbeitern und Pensionisten der Stadt Wien sowie der Städtischen Unternehmungen wurde „wien aktuell-Wochenblatt" gratis zugestellt. Interessenten konnten die Zeitung zum Einzelpreis von 5 S und im Vierteljahresabonnement um 50 S kaufen.

Das Vier-Farben-Magazin „wien aktuell magazin" erschien sechsmal in einer Auflage von jeweils 38.000 Stück. Der Umfang pro Heft betrug 32 Vier-Farben-Seiten und zwischen 32 und 44 Schwarz-weiß-Seiten („konfrontationen & perspektiven"). „wien aktuell magazin" dient der Information des Bürgers über alle Bereiche der Stadtverwaltung und des gesamten kommunalen Lebens; dazu kamen Text- und Bildbeiträge zu historischen, kultur-

geschichtlichen und künstlerischen Ereignissen. Jedes Heft war einem Schwerpunktthema gewidmet. Im Jahre 1985 waren dies folgende Themen: Jugend (Heft I/Februar), Wienerwald und Umweltschutz (Heft II/April), Kultur (Heft III/Juni), Wasser (Heft IV/August), Stadterneuerung und Wohnbau (Heft V/Oktober) sowie Gesundheit und Soziales (Heft VI/Dezember). Das Abonnementblatt wurde ebenfalls an verschiedene Zielgruppen gratis versandt und in den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Lektüre ausgehängt, ferner war es im Einzelverkauf im Drucksortenverlag der Stadt Wien und in der Rathaustrafik zu einem Stückpreis von 30 S erhältlich.

Vom Amtsblatt der Stadt Wien erschienen 52 Nummern in einer Auflage von 8.000 Stück mit insgesamt 2.184 Seiten. Weiters wurden 54 Sonderdrucke aufgelegt.

Vom Landesgesetzblatt für Wien wurden 37 Stück mit 150 Seiten herausgegeben.

Der Amtliche Wohnungstauschanzeiger erschien sechsmal und brachte auf 120 Seiten Tauschangebote.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich zusammengestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung und auf kommunale Ereignisse bezogen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung", der „Kurier", die „Arbeiter-Zeitung" (AZ), die „Die Presse", „Neue Kronen Zeitung", „Volksstimme" und das „Volksblatt", zum anderen die Bundesländerzeitungen „Salzburger Nachrichten", „Niederösterreichische Nachrichten", „Oberösterreichisches Tagblatt", „Kleine Zeitung", „Süd-Ost-Tagespost", „Neue Zeit", „Vorarlberger Nachrichten", „Tiroler Tageszeitung", „Kärntner Tageszeitung" und „Niederösterreich-Kurier". Ferner wurden Artikel in den Wochen- und Monatsjournalen „profil", „wochenpresse", „Neue Freie Zeit", „Die Furche", „Trend", „Basta", „Wiener" und „Falter" ausgewertet. Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen, die aus kommunalpolitisch relevanten Sendungen des ORF zusammengestellt wurden, ergänzt. Mitgeschnitten wurden regelmäßig die Sendungen „Österreichbild", „Österreich heute", „Wir", „Zeit im Bild 1", „Zeit im Bild 2", „Kulturjournal", „Schilling", „Stadtradio" (nur wochentags), „Morgenjournal", „Mittagsjournal", „Abendjournal", „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr" und „Abendinformation Radio Wien 17.10 Uhr", fallweise „Club 2", „Argumente", „Inlandsreport" und „Ein Fall für den Volksanwalt". Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte, die Rathaus-Korrespondenz und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchives nach Schlagworten archiviert.

Im Jahre 1985 wurden vom PID 306 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 109 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate bezogen sich unter anderem auf die städtischen Sommerbäder, Stadtwanderwege, Freizeitangebote und den „Tag der offenen Tür". Für die Personalwerbung wurden gezielt Einzelinserate in den Wiener Tageszeitungen „Wiener Zeitung", „Neue Kronen Zeitung", „Kurier", „Arbeiter-Zeitung", „Presse", „Österreichische Ärztezeitung", „Soziale Berufe", „Amtlicher Lieferungsanzeiger", „Kleine Zeitung Graz", „NÖ-Nachrichten" eingeschaltet.

Im Auftrag des PID wurden ferner ein Kinospot mit dem Titel „Wiener Umweltarbeitsheft" sowie neun „Hallo-Kino-Spots" à 5 Minuten produziert. Die Schwerpunktthemen waren die Ausstellung „Traum und Wirklichkeit", der Bürgerdienst der Stadt Wien, die Donauinsel, die Sommerbäder und Hallenbäder, der „Ideenwettbewerb", der „Umweltcomputer", die Stadterneuerung, das „Hundertwasserhaus", der „Tag der offenen Tür", Müllentsorgung usw. Von Jänner bis April wurden Scope-Beiträge in den Wiener Kinos eingesetzt.

406 Rundfunkspots, und zwar 228 im Ö3-Wecker, Werbetelegramm und Nachmittagsprogramm sowie 178 in Ö-Regional (Lokalteil, Früh- und Nachmittagsprogramm), wurden im ORF gesendet.

Neu produziert wurden 22 Rundfunkspots, und zwar unter anderem über die Wiener Semesterferien, die „Umweltstadt Wien", den „Waldpflanztag", die „Festwochen '85, den „Tag der offenen Tür", die „Bunte Stadt" und den „Wiener Wohnbau". 100 neue Bildschirmtextseiten wurden gleichfalls neu gestaltet. Ferner führte man Meinungsumfragen durch, und zwar zum Thema „Gesundenuntersuchungsstellen" sowie zum Forschungsprojekt „Alternativen im Freizeitverhalten und Freizeitbedürfnisse Wiener Jugendlicher".

Für den Feriensender „Radio Adria" wurden 22 Programme zu je 25 Minuten neu gestaltet und in einem 14tägigen Rhythmus ausgestrahlt, für den Urlaubersender „Radio Lignano" fünf Programmbeiträge à 60 Sekunden produziert und in einem 14tägigen Rhythmus gesendet. Weiters wurde ein 16-mm-Farbfilm, Dauer 28 Minuten, mit dem Titel „Aus den Trümmern ins Heute" hergestellt. Die Filme, die auf Video-Cassetten aufgenommen wurden, hatten den Titel „Das Hundertwasserhaus", „Der Bürgermeister der Stadt Wien" und „Baumsanierung". Die Tonbildschau „Wien 2000" wurde neu gestaltet und textlich überarbeitet. Für die MA 17 wurde die Serie „Spitalsradio" fortgesetzt: je 14 Sendungen wurden für das Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz, die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik und das Maria-Theresien-Schlössel produziert. Die Postwurfsendung „Wien unsere Stadt" mit einer Auflage von 920.000 Stück, die an alle Wiener Haushalte versandt wurde, erschien 1985 sechsmal. Die Schwerpunktthemen waren: „Das Jahr der Jugend", „Wiener Festwochen" und „Freizeit und Gesundheit". Weiters wurden das „Umweltarbeitsheft" und ein Programmheft für den „Tag der offenen Tür" herausgegeben sowie zehn Bezirkspostwürfe verfaßt und zwar „Leopoldstadt", „Floridsdorf", „Sophienspital", „Radweg Hernals", „Arthaberplatz", „Marschallplatz", „Hernalser Vorortelinie", „U3 — Landstraße", „Verkehrskonzept Liesing" und „Ideen für den Gürtel".

Im Rahmen des Broschürenpools wurden die Broschüren „Die Wiener Erholungsradwege", „Erfahren Sie Wien", „Lobau", „Altstadterhaltung", „Spittelberg", „Wald- und Naturlehrpfade in Wien", „Werkbundsiedlung", „Lainzer Tiergarten", „Donauinsel", „U-Bahn-Bau", „Kranksein ohne es zu wissen" und „Pilze im Wienerwald" aufgelegt.

Zu den zahlreichen Publikationen, die der PID 1985 herausgab, gehörten weiters die Broschüren, Prospekte, Kleber „Budget 1985", „Gesundheitsamt", „Innenhofbegrünung", „Semesterferienspiel", Sandkästenaufkleber, Wanderpässe, „Selbsthilfegruppen", „Stadtwanderwege 1 bis 8" und „Stadtwanderweg 9", Broschürenservice-Bestellkarten, „Wien im Blumenschmuck", „Erster Wiener Waldpflanztag", „Jugendschutzgesetz", Prospekte zu den Ausstellungen „Josef Frank" und „Wiener Wohnbau", ein Leitfaden für die Wien-Aktion, die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen (Kommunale Schriften), Bürgerdienst-Postkarten, „Museen der Stadt Wien" und „Heizungsmuseum" (Katalog), Jugendschutz (Kommunale Schriften), „Versprochen — Gehalten" (1-Jahr-Zilk-Broschüre), „Wasserleitungsmuseum" und „Wintersport in Wien". Für andere Abteilungen wurde das Beilageblatt für das Wäschepaket, die Broschüre „Krankenpflegeschulen der Stadt Wien", das Buch „Franz-Josef-Spital", die Faltinformationen „Wiener Stadterneuerungsgebiete" und „Kleiner Ratgeber für Spitalspatienten" aufgelegt.

An Plakaten bzw. Poster gab der PID zehn heraus: „Werkbundsiedlung" (Plakat), „Gürtel-Süd- und Westeinfahrt" (Plakat), „Jungbürgerwald" (Infoposter), „Hundertwasserhaus" (Poster), „Kinderzimmer im Rathaus" (Plakat), „UNO-Stadt Wien" (Plakat) und „Naturschutz" (4 Infoposter).

Von der Bildwandzeitung „wien aktuell" wurden die sechs Nummern „Wiener Museen", „Sommerbäder", „Verkehrssicherheit", „Jugendzentren", „Der Wienerwald" und „Budget" hergestellt.

Von der Textwandzeitung „wien informiert" erschienen 11 Ausgaben (1/85 bis 11/85).

Zahlreiche Veranstaltungen wurden mit dem Zweck durchgeführt, über aktuelle Ereignisse zu informieren und auf städtische Einrichtungen aufmerksam zu machen. Es waren dies der „Waldpflanztag" am 31. März, der „Frühjahrsputz" am 18. April, der „Waldsauberkeitstag" am 21. April, die Baumpflanzung „Alt-Erlaa" am 26. April, die Eröffnung der Autobuslinie 38 A am 27. April, das Radfest bei der Salztorbrücke am 12. Mai, das Sportfest am Rathausplatz (Rapid-Empfang) am 16. Mai, die Eröffnung des Parkes am Loquaiplatz am 23. Mai, des Forsthauses Wienerberg am 24. Mai und des Radwanderweges Süd am 30. Mai, der „Prolog zur Österreich-Radrundfahrt" am 31. Mai, der „1. Wiener Tramwaytag" am 1. Juni, der „Internationale Umwelttag" am 1. Juni, die Bezirksinfotage Brigittenau — Jugendfest am 1. Juni, die Bezirksinfotage Brigittenau — Promenadenfest am 2. Juni, die Eröffnung des U-Bahn-Abganges zur Donauinsel sowie der Wasserrutsche bei der Brigittenauer Brücke am 23. Juni, die Bezirksinfotage Floridsdorf am 29. Juni, die Eröffnung einer Radgeländebahn im Prater und eines Spielplatzes im Donaupark am 10. Juli, der „Tag der offenen Tür" im „Hundertwasserhaus" und die Eröffnung des Quellenparkes am 7. September, die Bezirksinformationstage Meidling am 13. und 14. September, das Straßenmusikantenfest am 13. September, der „Tag der offenen Tür" am 21. September, das Fest anläßlich der Befestigung des Rathausmannes am Turm am 22. September, der Spatenstich für das Sozialmedizinische Zentrum-Ost am 4. November und die Eröffnung des Stadtwanderweges im Prater am 26. November. Ferner wurden in der Zeit von April bis Mai verschiedene Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Gebietsbetreuungen Innerfavoriten, Neulerchenfeld und Wilhelmsdorf durchgeführt.

Auf Grund einer Vorschlagsaktion kam es zum Einsatz von „Mobilen Servicehostessen" in der Zeit von April bis September sowie zur Eröffnung eines Informationslokales bei der Reichsbrücke. Großen Anklang fanden ebenfalls die Blumenkisterl- und Küchenkräuteraktionen im Mai Am Hof, beim Gemeindebaufest Wiener Flur, bei der Mariahilfer Kirche, am Schrödingerplatz, in der Per-Albin-Hansson-Siedlung und Großfeldsiedlung sowie im Hamerlingpark. Ferner wurden einige Kleinveranstaltungen durchgeführt. Der PID nahm aber auch an verschiedenen Veranstaltungen anderer Institutionen teil.

An weiteren Aktionen, die der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien 1985 durchführte, sind die Ferienmesse vom 20. bis 24. Februar, ein Stand über Verkehrssicherheit bei der „Zweirad '85" vom 20. bis 24. Februar, eine Ausstellung der Zeichnungen des Feuermauermalwettbewerbes vom 6. bis 13. März in der Volkshalle, eine Präsentation der MA 17 bei der Wiener Frühjahrsmesse, die Präsentation der Wiener Selbsthilfegruppen in der Volkshalle am 23. und 24. März, die Teilnahme an der „Senior Aktuell" in der Wiener Stadthalle, das Aufstellen einer Informationswand bei der Gala-Matinee „Retten wir den Wienerwald" im Wiener Konzerthaus, die Ausstellung „Kinder und der Baum in der Stadt" in der Volkshalle vom 1. bis 5. Juni, die Wissenschaftsmesse vom 3. bis 6. Juni, eine Radwegausstellung in Penzing, die Ausstellung „Wien als UNO-Stadt" in der Passage am Stephansplatz vom 29. November bis 21. Dezember und Informationsausstellungen für die Bezirke Floridsdorf, Meidling und Brigittenau zu nennen.

An den Rundfahrten Modernes Wien nahmen 241.082 Personen teil. Die Zahl der Führungen in fremden Sprachen für Gäste der Stadt Wien betrug 88. Die Gesamtausgaben für die Rundfahrten beliefen sich auf 4,592.073 S, der Erlös aus dem Verkauf der Fahrkarten machte 420.080 S aus.

Der Bürgerdienst der Stadt Wien wurde von 265.228 Personen telefonisch oder persönlich kontaktiert. Gegenüber dem Jahre 1984 bedeutet dies eine prozentuelle Zunahme um etwa 16 Prozent. Im Fall von 256.153 Personen konnte das Problem vom Bürgerdienst sofort gelöst werden, für die Anliegen der restlichen 9.075 Personen mußte ein Akt angelegt werden. Von den insgesamt 265.228 Personen wandten sich 163.204 an die Stadtinformation des Rathauses und 102.024 an die Außenstellen des Bürgerdienstes. Von den Außenstellen gab die Zentrale 3.286 Auskünfte, die Außenstelle Landstraße (für den 2. und 3. Bezirk) 13.342, die Außenstelle Favoriten (4. und 10. Bezirk) 12.824, die Außenstelle Simmering (11. Bezirk) 6.186, die Außenstelle Meidling (5. und 12. Bezirk) 5.724,

die Außenstelle Hietzing (13. und 14. Bezirk) 8.416, die Außenstelle Rudolfsheim-Fünfhaus (6., 6. und 15. Bezirk) 7.786, die Außenstelle Ottakring (16. und 17. Bezirk) 7.255, die Außenstelle Währing (8., 9. und 18. Bezirk) 7.686, die Außenstelle Brigittenau (19. und 20. Bezirk) 5.738, die Außenstelle Floridsdorf (21. Bezirk) 9.517, die Außenstelle Donaustadt (22. Bezirk) 7.598 und die Außenstelle Liesing (23. Bezirk) 6.666 Auskünfte. Schwerpunkte der Anfragen beim Bürgerdienst waren Umweltprobleme, Schadensmeldungen, Mängel, Belästigungen in der näheren Wohngegend, soziale Probleme sowie Beschwerden. Der Bürgerdienst beantwortete aber auch Anfragen, die wegen einer Auskunft oder Information gestellt wurden. Ab Mai 1985 wurde probeweise ein „Bürgerdienstbus" eingesetzt, zum Beispiel im Rahmen des Büros von Sofortmaßnahmen wie u. a. bei der Absiedlung von Hausbesetzern (6, Corneliusgasse), bei Großbränden (15, Gebrüder-Lang-Gasse), bei der Methangasexplosion (22, Rauteweg), beim Auftreten von Gifterde (12, Gaudenzdorfer Gürtel) und bei Baumschneidearbeiten (15, Felberstraße, 16, Liebhartstal). Ferner war der Bus bei verschiedenen Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsreferat durchgeführt wurden, sowie bei der Eröffnung der Festwochen präsent.

Im Oktober 1985 wurde im Presse- und Informationsdienst auf Wunsch des Bürgermeisters ein neues Referat eingerichtet, das Auslandsjournalisten und Journalisten aus den österreichischen Bundesländern betreut. Unter Auslandsjournalisten versteht man die rund 270 Journalisten, die ständig in Wien akkreditiert sind, sowie diejenigen, die nur wenige Tage nach Wien kommen. Darüber hinaus versorgt dieses Referat nicht nur ausländische Medien mit Informationen über Wien, sondern archiviert auch Artikel über Wien und hält Kontakt zum Europarat sowie zur IULA.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Mit 28.767 Einsätzen war im Jahre 1985 die bisher höchste Zahl an Einsätzen zu verzeichnen. Die Einsatzbelastung ist somit innerhalb von zehn Jahren um fast 45 Prozent gestiegen. Wie intensiv die Arbeit ist, die die Feuerwehr im Interesse der Wiener Bevölkerung leistet, zeigt auch die Zunahme der Anzahl an Posten, die im gleichen Zeitraum im Vergleich zu den Einsatzzahlen jedoch nur um 6,2 Prozent gestiegen ist. Nicht nur die größere Anzahl an Einsätzen führt zu einer zunehmenden Arbeitsbelastung der Feuerwehrmänner, sondern auch das mit der fortschreitenden Technisierung und Modernisierung des Fahrzeug- und Gerätestandes immer umfangreicher werdende Ausbildungs- und Übungsprogramm.

Der Bericht über die Neuerungen in der Berufsfeuerwehr Wien soll aufzeigen, daß man laufend bestrebt ist, sich ausrüstungsmäßig auf dem letzten Stand der Technik zu halten, um mit den modernsten Feuerwehren Westeuropas mithalten zu können. Im Jahre 1985 begann man vor allem die letzte Schwachstelle, die Nachrichtenanlagen, grundlegend zu erneueren. Im Juli 1985 wurde die Genehmigung für die Vergabe der Erneuerung der Nachrichtenanlagen an eine ARGE ITT/BBC sowie den Firmen Autophon und Bosch erteilt. Die neue Nachrichtenzentrale wird vollelektronisch arbeiten. Nach Eingabe der Einsatzdaten und Einsatzadressen wird ein Einsatzleitrechner unter Berücksichtigung der bereits ausgerückten Kräfte und einprogrammierbarer taktischer Gesichtspunkte auf Knopfdruck einen kompletten Alarmierungsvorschlag präsentieren können, der bereits die Ausrückebereiche nach dem Prinzip der kürzesten Anfahrtszeit berücksichtigt. Nach der Auftragsvergabe wurden Detailplanungsarbeiten für die Einrichtung der Nachrichtenzentrale (örtliche Funktionsaufteilung) sowie für die Klimatisierung, den Schallschutz und die Beleuchtung durchgeführt. Die ARGE hat die OG O2 (Textvermittlung), bestehend aus Kommunikationsrechner (Software und Hardware), Auskunftssystemen, Umschaltung Alarmdrucker, 4 Textstationen, Terminals einschließlich Tastaturen und Postmodul sowie Textsystem, sowie die OG O4 (Fernwirkanlage), bestehend aus erweitertem Kommandopult, Zentraleinheit VAx2, zugehörigem Massespeicher sowie 11 Datensichtgeräten, geliefert. In der Zentralfeuerwache und einigen Hauptfeuerwachen wurden bereits die Kabeln für die neuen Anlagen geschaffen. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Computerdatei, die für die bisherige Alarmierung verwendet wurde, weiter ausgebaut. So wurde im Jahre 1985 rund 1.000 besondere Objekte (Kindergärten, Schulen, Theater, Veranstaltungsstätten, denkmalgeschützte Gebäude und Betriebe mit gefährlichen Gütern) zum Teil mit besonderen Hinweisen eingegeben, wobei insbesondere die Unterlagen der MA 36 über Betriebe mit gefährlichen Gütern verarbeitet wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Ausrüstungs- und Lagerverwaltung der Einsatzgeräte auf EDV umgestellt.

Auf dem Fahrzeugsektor ist insbesondere die Indienststellung eines neuen Teleskopbergekranfahrzeuges zu nennen. Als Ersatz für die beiden bereits 21 bzw. 27 Jahre alten Kranfahrzeuge wurde im Jahre 1985 ein neues Gerät angeschafft, das über einen Kran mit einer Tragkraft von 300 kN, eine leistungsstarke Bergseilwinde, Zugkraft 200 kN, und eine Abschleppvorrichtung, Hubkraft 80 kN, verfügt. Es ist weiters mit einem leistungsstarken Motor (235 kW), einem geländefähigen Allradfahrgestell sowie mit einem modernen Lastmeßgerät ausgestaltet. Motoröl- und Hydraulikölvorwärmungen für den Winterbetrieb, Batterieladegeräte und Luftpresser für die Druckluftbremsanlage ermöglichen den stets erforderlichen „Alarmstart", wobei die Anspeisung aller Einrichtungen heckseitig über einen Abreißstecker erfolgt. Das im Jahre 1985 mit einer ersten Baurate bedeckte zweite Teleskopkranfahrzeug ist

völlig typen- und bedienungsgleich wie das erste ausgeführt. Als Ersatz für eine bereits 20 Jahre alte Drehleiter wurde eine neue Drehleiterkorbsteuerung 23-12, Rettungshöhe 30 m, in Niederbauweise in Auftrag gegeben. Die neue Drehleiter zeichnet sich durch eine sehr niedrige Gesamthöhe von 2.850 mm (bisher 3.200 mm) sowie durch eine verringerte Fahrzeugbreite von 2.350 mm (bisher zwischen 2.450 mm und 2.500 mm) aus. Die Drehleiter ist zum Befahren enger Seitengassen sehr gut geeignet und kann auch durch niedrige Tore in Höfe einfahren. Ein Automatikschaltgetriebe, ein verbesserter Niveaudrehkranz zum Ausgleich unebener Aufstellflächen, eine Varioabstützung (es kann jede Stütze je nach Platzbedarf von Fahrzeugbreite bis zur Höchststützbreite von 4.500 mm stufenlos ausgefahren werden) sowie ein Rettungskorb mit Korbsteuerungseinrichtung gehören nunmehr zur Standardausrüstung. Der Rettungskorb hat als neue Einrichtung einen Wasserwerfer mit Bedienung vom Rettungskorb aus sowie eine Krankentragenhalterung samt Trage.

Um den Einsatzbereich der Kommandofahrzeuge zu erweitern, wurde im Jahre 1985 der Prototyp einer neuen, voll geländefähigen Bauserie in den Dienst gestellt. Neben seiner Aufgabe als Führungsfahrzeug wird dieser Fahrzeugtyp auch als Transportfahrzeug für verschiedene Ausrüstungen verwendet werden. Heckseitig verfügt das Fahrzeug über einen Ausziehschlitten mit Halterungen zur Aufnahme einer Tragkraftspritze. Auf dem Schlitten können auch andere Ausrüstungen transportiert werden. Mit der Indienststellung von fünf Rüstlöschfahrzeugen wird das Anschaffungsprogramm dieser alten Serie mit einer Gesamtstückanzahl von 36 Fahrzeugen abgeschlossen. Nachdem die Planungsarbeiten für eine gleichnamige neue Bauserie im Jahre 1984 abgeschlossen worden waren, wurde der Prototyp 1985 in Auftrag gegeben. Die Auslieferung wird 1986 erfolgen. Durch die Verwendung eines Allradfahrgestelles und eines leistungsstärkeren Motors — 154 kW statt bisher 125 kW — wurden die Fahrzeuge der neuen Serie geländefähig und verfügen über eine verbesserte Beschleunigung. Ein Automatikschaltgetriebe entlastet den Fahrer von einer Vielzahl an Schaltvorgängen; ein Antiblockier-Bremssystem erhöht die Sicherheit in kritischen Fahrsituationen. Eine Zentralschmierung für das Fahrgestell und ein Lufttrockner für die Betriebsbremsanlage erleichtern die Wartung bzw. verhindern die frühzeitige Rostbildung. Neben den Verbesserungen an dem neuen Fahrgestell wurden auch die Einsatzmöglichkeiten durch Einbau einer Bergseilwinde (Zugkraft 50 kN) sowie eines elektromotorisch betriebenen Hydraulikaggregats mit leistungsstarken, hydraulischen Spreizern und Scheren für die Befreiung von Fahrzeuginsassen nach Verkehrsunfällen u. ä. wesentlich erweitert. Die Gesamtkosten für das Fahrzeug betragen 3,995.000 S. Die Bedeckung für den Ankauf des Prototyps erfolgt in den Geschäftsjahren 1985 (S 1,000.000,—) und 1986 (S 2,995.000,—). Ferner wurde das letzte Basisfahrzeug der Bauserie „Sonderlöschfahrzeuge" angekauft. Mit diesem zehnten Fahrzeug (+Prototyp) wurde diese Serie abgeschlossen und die Bauserie „Universallöschfahrzeug" zur Gänze ersetzt. Sämtliche Haupt- und Zugswachen sind nunmehr mit Sonderlöschfahrzeugen ausgerüstet.

Da sich im Stadtgebiet in Verkehrsballungsräumen und auf Stadtautobahnen für die Feuerwehr immer wieder das Problem stellt, nach Verkehrsunfällen beschädigte oder nach Gebrechensfällen hängengebliebene Lastkraftfahrzeuge möglichst rasch aus dem Hauptverkehrsstrom zu entfernen, wurde ergänzend zu den Möglichkeiten des neuen Kranfahrzeuges in enger Zusammenarbeit mit dem Hersteller ein völlig neuartiges Abschleppgerät für an einer oder mehreren Achsen beschädigte Lastkraftfahrzeuge (bis zu Dreiachsfahrzeugen) entwickelt. Das Gerät besteht aus einer Abschleppachse für eine Höchsttragkraft von 100 kN sowie aus vier LKW-Transportrollern mit einer Tragkraft von je 50 kN. Das Abschleppgerät verfügt über eine hydraulische Hebemöglichkeit und kann auf ein Wechselladerfahrzeug mit Hakengerät aufgesattelt werden. Der Aufwand für dieses Gerät betrug 273.372 S.

Mit der Planung für den Wechselaufbau „Umweltschutz" wurde begonnen. Dieser Wechselaufbau — im Endausbau sind vier Stücke geplant — soll die alte Generation der Schadstoffahrzeuge (Öleinsatzfahrzeug, Öleinsatzcontainer und Schadstoffcontainer) ersetzen.

An Stelle der bisher verwendeten elektrisch betriebenen Pumpen wird eine druckluftbetriebene Doppelmembranpumpe (Material Teflon) eingesetzt werden. Bei dieser neuen Pumpengeneration ist die Explosionsgefahr beim Umpumpen brennbarer Flüssigkeiten wegen des Druckluftbetriebes stark reduziert. Ein weiterer Vorteil sind die weitgesteckten Einsatzgrenzen, so daß es nicht mehr notwendig ist, mehrere Pumpen für verschiedene Einsatzbereiche mitzuführen.

Der Wechselaufbau „Binde- und Neutralisationsmittel" wurde nach Ausrüstung mit einem neuartigen Universalbindemittel und Natriumcarbonat in Dienst gestellt. Sein Einsatzbereich liegt im Binden und Neutralisieren von flüssigen Schadstoffen auf dem Boden. Für Einsätze mit gefährlichen Staubarten und Flüssigkeiten wurde ein Staubsauger für gefährliche Stoffe angekauft. Mit diesem Gerät können auch Staubarten mit Korngröße im Mikrometerbereich aufgesaugt und quantitativ ausgefiltert werden.

Unter den Neuanschaffungen sind, wenn man von der routinemäßigen Erneuerung und Ergänzung bereits vorhandener Gerätschaften absieht, vor allem die Ausrüstung des Puch-Kommandofahrzeugprototyps mit einem modernen Explosimeter, einem neuen Kleinatemschutzgerät, das bei dem Vorteil einer äußerst schnellen Einsatzbereitschaft und Handlichkeit eine Einsatzdauer von rund 15 Minuten gewährleistet, sowie mit einem Strahlenschutzkoffer mit modernsten Strahlenschutz- und -meßgeräten (Dosisleistungsmeßgerät Radiameter FH 40 F, 5 Dosiswarner „DIXI A", 22 Dosimeter TLD, 2 Kontaminationsschutzhauben, 2 Kontaminationsschutzhandschuhe) zu nennen. Ferner wurden für den Einsatz mit Chemikalien neue, leistungsfähige Neutralisationsmittel und Universialbindemit-

tel angeschafft. Im Bereich der persönlichen Ausrüstung wurde die Umstellung auf die neue, schwer brennbare Einsatzbekleidung mit einsatzgerechterem Schritt weitgehend abgeschlossen.

An baulichen Neuerungen sind neben den laufend erforderlichen Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten (Erneuerung von Zentralheizungen, Torsteueranlagen, Ölabscheidern, Sanitäranlagen, Küchen usw.) vor allem die Restaurierung der historischen Figurengruppe über der Einfahrt des Hauses in 1, Am Hof 10, mit einem Kostenaufwand von 1,290.000 S sowie die Neuherstellung des Veranstaltungssaales in einer dem Barockstil entsprechenden Form zu nennen.

Auf dem Ausbildungssektor wurde im Jahre 1985 insbesondere der „Schadstoffkurs" ausgearbeitet und eingeführt. Im Laufe der acht Monate dauernden Kurszeit werden die Kursteilnehmer (für alle Oberfeuerwehrmänner verpflichtend) über die Gefahren von Schadstoffen und über die Möglichkeiten der Schadensbekämpfung unterrichtet sowie vor allem in der Handhabung der technischen Geräte für diese Einsätze geschult. Im Bereich des Tauchdienstes wurde die Abschlußprüfung den nationalen Feuerwehrnormen angepaßt. So konnte 1985 erstmals die praktische Prüfung an der Adria in Jugoslawien durchgeführt werden. Im Rahmen der Taucheraus- und -fortbildung wurden bei 128 Übungen 610,5 Tauchstunden erbracht. Für Konditionsübungen und -training mußten 216 Stunden aufgewendet werden. Im Schiffsführerdienst sind bei den Booten und Außenbordmotoren im Einsatz 80,35 Stunden, im Übungsdienst 1.080,60 Stunden auf dem Wasser absolviert worden. Um die Effizienz der Wasserdienst-Grundausbildung zu prüfen, nahmen mehrere Zillenbesatzungen an den Wasserwehrleistungsbewerben des Oberösterreichischen und Niederösterreichischen Landesfeuerwehrverbandes teil. Bei allen Bewerben konnten die Angehörigen der Abteilung ausgezeichnete Plätze erreichen. Da die Abteilung ein hohes Ausbildungsniveau hat, ersuchte die Erste Donau Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) neuerlich die Feuerwehrdirektion um Beistellung von Ausbildern im Zillenfahren. Gemäß der Weisung des Herrn Bürgermeisters wurden in der Zeit vom 1. bis 4. April 10 Angehörige der DDSG im Umgang mit Rettungs-Ruderzillen ausgebildet. Von der Bundespolizeidirektion Wien erging an die Feuerwehrdirektion das Ersuchen, 15 Polizeibeamte der Alarmabteilung zu Einsatztauchern auszubilden. Die Ausbildung für die DDSG und die Polizeidirektion Wien konnte mit Erfolg abgeschlossen werden. Ferner wurde der Ausbildungsplan für die Offiziere neu überarbeitet. Da in der Vergangenheit die Anforderungen an die Feuerwehroffiziere stark gestiegen sind, wurde ein vollkommen neues Konzept für die Offiziersausbildung erarbeitet, das bereits bundesweit angewendet wird. Die Effizienz der Offiziersausbildung der Berufsfeuerwehr Wien wird auch dadurch unter Beweis gestellt, daß alle Berufsfeuerwehren Österreichs ihre Offiziersanwärter nach Wien zur Ausbildung schicken. So wurden 1985 drei Offiziersanwärter aus Salzburg (Grundausbildung Feuerwehrmann, Gruppenkommandant, Ausbildung zum Bereitschaftsoffizier-Abschnitt) ausgebildet. Die einzelnen Abschnitte wurden mit Prüfungen abgeschlossen. Die Ausbildung dauerte von 2. Mai 1985 bis 29. Jänner 1986. Am 1. Dezember 1985 wurde mit der Offiziersausbildung eines Offiziersanwärters der Berufsfeuerwehr Linz begonnen.

Die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für mögliche Katastrophenfälle werden gleichfalls kontinuierlich fortgesetzt. So wurden die organisatorischen und koordinativen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz nicht nur bei der Feuerwehr, sondern auch in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und Organisationen im Rahmen des Wiener Katastrophenhilfegesetzes weiter ausgearbeitet. Eine der vordringlichsten Aufgaben waren die Evidenzhaltung und laufende Berichtigung aller für die Katastrophenhilfe vorhandenen Pläne und Aufzeichnungen. Der Entwurf des ersten Teiles des Katastrophenkonzeptes der Abteilung, der die rein materiellen Erfordernisse enthält, wurde weitgehend fertiggestellt. Am zweiten Teil, der die organisatorischen Maßnahmen regelt, wird gearbeitet. Anfang des Jahres 1985 wurde der Zugleitstelle der ÖBB eine Parie der Einsatzpläne 1:3.000 übergeben, die im Einsatzfall ein genaues Eingrenzen von Einsatzstellen im ÖBB-Bereich ermöglicht, da nun von der eingesetzten Löschbereitschaft über die Nachrichtenzentrale bis zur Zugleitstelle alle Beteiligten über die gleichen Planunterlagen verfügen.

Nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen" hat auch der „Vorbeugende Brandschutz" bei der Wiener Feuerwehr große Bedeutung. So sind die Offiziere der Berufsfeuerwehr bei Behörden anerkannt; auf ihre gutächtlichen Stellungnahmen in brandschutztechnischer Hinsicht wird großer Wert gelegt.

Im Jahre 1985 nahmen an insgesamt mehr als 2.000 bau- und gewerbebehördlichen Verhandlungen Vertreter der Feuerwehr teil; darüber hinaus wurden zahlreiche Amtshandlungen, wie Begehung von Objekten zu Zwecken der Brandschutzberatung, Erstellen von Brandschutzplänen, Brandalarmordnung usw., selbständig durchgeführt.

Die Tätigkeit im Rahmen der „Hotelkommission" konnte im Jahre 1985 im wesentlichen abgeschlossen werden. Sämtliche Wiener Beherbergungsstätten, die mehr als 30 Gästebetten haben, wurden einer brandschutztechnischen Revision unterzogen. Mit der Begehung der Wiener Behindertenheime wurde begonnen. Auf Grund des Wiener Behindertengesetzes wird Vorsorge getroffen, daß auch in diesen Gebäuden die brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen einer Überprüfung unterzogen werden. Alle größeren Bauprojekte, die in den letzten Jahren begonnen wurden und deren Errichtung auf Grund ihres Umfanges längere Zeit erfordern, wurden fortlaufend in brandschutztechnischer Hinsicht betreut. Dies sind das AKH, die Wiener U-Bahn, bei der auf Grund des Baubeginnes von zwei neuen Linien eine größere Anzahl an Verhandlungen durchzuführen war, ferner größere Bundesbauten wie das Bundesamtsgebäude Radetzkystraße, die Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofes und der Wiener Zentralverschiebebahnhof in Kledering u.a.m.

Zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Unterlagen für brandschutztechnische Begutachtungen (Richtlinien, Normen) wurden zahlreiche Sitzungen, an denen Vertreter der Abteilung teilnahmen, abgehalten. Im Rahmen von Normenausschüssen wurde u. a. an einer Norm über brandschutztechnische Anforderungen an Aufzugstüren, im Rahmen der zuständigen Gremien des Bundesfeuerwehrverbandes an Richtlinien über Brandschutz in Großgaragen, über eine Rechenmethode für Brandschutzeinrichtungen sowie über Sprinkleranlagen gearbeitet. Magistratsintern verhandelte die Abteilung u. a. mit der MA 27 über den Brandschutz in städtischen Wohnhausanlagen, mit der MA 36 über Maßnahmen der Ersten Löschhilfe und mit den MA 46 und 28 über die Ausgestaltung von Wohnstraßen und verkehrsarmen Zonen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Zufahrbarkeit für Feuerwehrfahrzeuge. Auf dem Gebiet des Brandschutzes wurden die zuständigen Gremien des Österreichischen Vereins für Elektrotechnik (ÖVE) erstmals kontaktiert, damit bei der Erstellung der ÖVE-Richtlinien in Zukunft die Mitsprache der Feuerwehr sichergestellt ist. Im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nahmen Vertreter der Abteilung als brandschutztechnische Gutachter an zahlreichen Arbeitssitzungen zur Neuerstellung einer Verordnung über brennbare Flüssigkeiten teil.

Ein wichtiger Bestandteil des „Vorbeugenden Brandschutzes" ist ein gut ausgebauter und organisierter Betriebsbrandschutz, für dessen Verbesserung sich die Abteilung einsetzte. Im Zusammenarbeit mit dem WIFI — Wien, der Zentralstelle für Brandverhütung und dem Landesverband der Betriebsfeuerwehren Wiens wurden 1985 in vier dreitägigen Brandschutzseminaren insgesamt 180 Personen aus Gewerbe und Industrie zu Brandschutzbeauftragten ausgebildet. Über Auftrag der MD-VA wurden in zwei zweitägigen Brandschutzseminaren 70 Angehörige der MA 17 zu Brandschutzwarten ausgebildet. In zwei weiteren Seminaren, gemeinsam mit der MD-VA, wurden insbesondere Kindergärtnerinnen und Schulwarte zu Brandschutzwarten ausgebildet.

Der Stand der Betriebsfeuerwehren hat sich in Wien im Jahre 1985 auf 41 erhöht. Von diesen Betriebsfeuerwehren wurden insgesamt 490 Einsätze, davon 87 Brandeinsätze, durchgeführt. Ferner wurde begonnen, die Mitglieder der beiden Freiwilligen Feuerwehren Wiens, Breitenlee und Süßenbrunn, auf ihre Atemschutztauglichkeit hin zu untersuchen, da man im Laufe des Jahres 1986 beabsichtigt, die alten Tanklöschfahrzeuge dieser beiden Feuerwehren gegen Rüstlöschfahrzeuge zu tauschen. Sie werden so wie die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr ausgerüstet sein, also auch mit Atemschutzgeräten. Nach entsprechender Ausbildung werden die beiden Freiwilligen Feuerwehren in Zukunft auch Atemschutzeinsätze übernehmen können.

Das Referat für Feuerstätten, Rauch- und Abgasfänge sowie Inspektionsrauchfangkehrer befaßt sich vor allem mit Feuerstätten und Rauchfängen, die relativ häufig Brandursache sind und somit aus der Sicht des Brandschutzes große Bedeutung haben.

Am 27. März wurde die Wiener Kehrordnung 1985, LGBl. für Wien Nr. 22/1985, die vor allem unter Mitarbeit der Feuerwehr entstanden ist, herausgegeben. Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1986 in Kraft und enthält wesentliche Änderungen der Kehr- und Überprüfungsbestimmungen von Feuerungsanlagen, die den heutigen Heizgewohnheiten und technischen Gegebenheiten besser angepaßt sind. Gleichzeitig wurde das Gesetz kundenfreundlicher. Die Kontrollmöglichkeiten der Inspektionsrauchfangkehrer wurden ausgebaut. Ferner war eine Neugestaltung des Kehrtarifes notwendig geworden. So wurde über Antrag der Abteilung dieser Tarif in seiner Struktur radikal geändert und für Kunden klarer und leichter überprüfbar. Dieser „Kehrtarif 1986" wurde als LGBl. für Wien Nr. 57/1985 am 30. Dezember 1985 ausgegeben. Die Arbeit an einer wichtigen technischen Richtlinie, die durch Verordnung der Landesregierung Wien verbindlich erklärt werden soll, wurde 1985 abgeschlossen. Es ist dies die gesetzlich verbindlich erklärte technische Richtlinie ÖVGW — TR Gas 1985, die im Oktober 1985 erschien und die die geltende „TR GAS 1975" ablöst. In dieser Richtlinie werden Vorschriften für die Einrichtung, Änderung, den Betrieb und die Instandhaltung von Niederdruck-Gasanlagen zusammengefaßt. Durch zahlreiche Anträge sind wesentliche zusätzliche Sicherheitsvorschriften in diese Richtlinie eingeflossen, die den Brandschutz und die Verhütung von Abgasunfällen betreffen. Weiters wurde wieder ein Sachverständiger für die Fachnormenausschüsse 141 „Klimatechnik", 187 „Rauch- und Abgasfänger", 058 „Heizanlagen" und in die entsprechenden Arbeitsgruppen 141.22 „Brandschutztechnische Anforderungen an Luftleitungsanlagen", 187.1 „Fertigteilrauchfänge" und 058.13 „Überprüfung von Heizanlagen" entsandt. Als Ergebnis dieser Tätigkeit liegen nun die Normen M 7603 Teil 2 „Garagenlüftungen" (Ausgabe erst im Februar 1986), M 7624 „Grundsätzliche Brandschutzanforderungen an lüftungstechnischen Anlagen" (November 1985), M 7625 „Brandschutzklappen" (November 1985), M 7632 „Lüftungstechnische Anlagen für Laboratorien" sowie M 7633 „Lüftungstechnische Anlagen für Maschinenräume für die Datenverarbeitungen" (März 1985) vor. Schließlich wurde von den Inspektionsrauchfangkehrern die Ursache der plötzlich großflächig auftretenden Rußbelästigung im 19. Bezirk dadurch aufgeklärt, daß der Schornstein der Müllverbrennung Spittelau als Emittent zweifelsfrei ermittelt werden konnte. Somit war dieser großflächige Umweltverschmutzung in kurzer Zeit wieder abgestellt.

Im folgenden werden Berichte über die größte und bemerkenswertesten Einsätze im Jahre 1985 gebracht, die einen Einblick in die Vielfalt des Aufgabenbereiches einer Feuerwehr in einer Großstadt geben sollen:

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 1. Februar in 15, Reindorfgasse 8, ein Bürobedarfsgeschäft in Vollbrand geraten. Von der 1. Löschbereitschaft wurden ein Rohr im Außenangriff sowie ein Rohr unter Atemschutz im Innenangriff vorgenommen. Ein Atemschutztrupp war mit Evakuierungsmaßnahmen im Hausinneren eingesetzt.

Von der 2. Löschbereitschaft wurden ein Rohr durch das Portal und ein Rohr durch den Hintereingang des Geschäftes unter Atemschutz vorgetragen und der Brand gelöscht.

In einer etwa 150 m² großen Fertigungshalle in 22, Industriestraße 66—68, war am 8. Februar im 1. Stock eines zweigeschoßigen Fabrikgebäudes die Kohle, die im Bereich einer Heizstelle gelagert war, in Brand geraten. Der Brand hatte auf etwa 10 m² der hölzernen Tramdecke und auf eine darunterliegende Werkstätte übergegriffen. Der Brand wurde mit insgesamt drei Rohren unter Atemschutz gelöscht. Fußboden und Decke zum Dachgeschoß mußten geöffnet und Glutnester abgelöscht werden. Es wird vermutet, daß es durch Brandstiftung zum Vollbrand der gesamten Fertigungshalle (rund 800 m²) gekommen war. Der Brand wurde umfassend mit drei Rohren und mit dem Werfer der Gelenkbühne bekämpft. Von der 2. Löschbereitschaft wurden das Dach des Objektes geöffnet und zwei Rohre vorgetragen, wodurch ein Übergreifen des Brandes auf die benachbarte, ungenutzte Halle verhindert werden konnte.

Beim Eintreffen der Feuerwehr stand am 11. Februar die Wohnung in 16, Friedrich-Kaiser-Gasse 36, die im 2. Stock liegt, in Vollbrand. Nach Vornahme eines Rohres unter Atemschutz wurde der Brand gelöscht. Im Zuge der Löscharbeiten wurde die Wohnung durchsucht, wobei nach Öffnen der Küchentüre die Wohnungsinhaberin bewußtlos am Boden liegend vorgefunden werden konnte. Die Verunfallte wurde im Stiegenabsatz auf eine Löschdecke gelegt, bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes Erste Hilfe geleistet. Straßenseitig wurde ein zweites Rohr vorbereitet, um ein etwaiges Übergreifen des Brandes auf die darüberliegenden Wohnungen zu verhindern. Da in den 8geschossigen Wohnhaus sämtliche Wohnparteien in den Wohnungen anwesend waren, das Stiegenhaus ab dem 2. Stockwerk aufwärts vollkommen verqualmt war und einige Hausparteien offensichtlich panikartig reagierten, wurde ein zweiter Atemschutztrupp zur Beruhigung der Hausparteien in die oberen Geschosse geschickt. Nach Eintreffen der zweiten Löschbereitschaft wurden zwei weitere Gruppen unter Atemschutz zur Unterstützung der anderen Gruppe nachgeschickt, der es gelang, die Wohnparteien zu beruhigen. Eine Familie (4 Personen), die vor dem Eintreffen des Atemschutztrupps aus ihrer Wohnung durch das Fenster über eine Feuerleiter auf das Flachdach geflüchtet und bis auf den Mann in das Nachbarhaus eingestiegen war, gelangte über das Stiegenhaus ins Freie. Der Mann, der am Flachdach stand, wurde über eine Drehleiter geborgen. Der Vollbrand war vermutlich durch eine Explosion des Fernsehgerätes, das im Wohnzimmer in Betrieb war, entstanden, wobei die Wohnungsinhaberin in der Küche den Brand zu spät entdeckt hatte.

Beim Eintreffen der Feuerwehr am 16. Februar stand in 16, Neumayrgasse 15, der linke Teil des Obergeschosses eines zweigeschossigen, u-förmigen Tischlereitraktes der Firma Konrad Zwölfer, der im Hinterhof liegt, in Vollbrand. Der Brand wurde von der 1. Löschbereitschaft mit vier Rohren, von der 2. Löschbereitschaft vom Hof des Hauses Koppstraße 14 nach Aufsteigen über Schiebleitern und Öffnen der Dachkonstruktion mit einem Rohr sowie von der 3. Löschbereitschaft vom Hof des Hauses Neumayrgasse 17 ebenfalls mit einem Rohr bekämpft und gelöscht. Die Vornahme sämtlicher Rohre sowie das Öffnen der Dachkonstruktion mußten unter Atemschutz durchgeführt werden. Das gassenseitige, stark verrauchte Wohnhaus Nr. 15 sowie das angrenzende Objekt Nr. 13 wurden untersucht, die Mieter beruhigt.

Aus ungeklärter Ursache war es am 28. Februar in 18, Lacknergasse 78, im 2. Stock im Bereich zweier Wohnungen zu einer Explosion gekommen. Beim Eintreffen der 1. Löschbereitschaft lagen die Fenster der betroffenen Wohnungen samt Rahmen auf der Straße und in den Fensteröffnungen war Feuerschein zu sehen. Nach Aussage der Hausbewohner, die sich zum Großteil bereits auf der Straße befanden, hatten sich Menschen in den betroffenen Wohnungen aufgehalten. Von der ersten Löschgruppe wurde eine weibliche Person aus dem Schutt im Wohnzimmer einer Wohnung geborgen und der Rettung übergeben. Gleichzeitig wurde von der zweiten Löschgruppe nach Absperren der Gaszufuhr im Keller der Brand mit einem Rohr unter Atemschutz gelöscht, die dritte Löschgruppe wurde zum Evakuieren der Bewohner aus dem stark beschädigten Gebäude eingesetzt. Da man nicht wußte, ob weitere Personen unter den Schuttmassen lagen, wurde der gesamte Schutt in den Wohnungen verlagert. Unter dem Schutt wurde eine lebende Schlange (Königsphyton) gefunden und dem Besitzer übergeben. Gleichzeitig wurden in den Nachbarwohnungen Messungen auf Explosionsgefahr durchgeführt, die aber negativ verliefen. Die Feuerwehr mußte noch umfangreiche Pölzungen im Haus vornehmen.

Im ebenerdigen Teil des Gösser-Restaurantes in 1, Elisabethstraße 3, war am 16. April ein Brand ausgebrochen, der diesen Teil komplett zerstörte und über zwei Lichthöfe die darüber befindlichen Fensterstöcke angegriffen hatte. Der Brand konnte mit zwei Rohren im Innenangriff sowie mit einem Rohr über einen Lichthof unter Atemschutz gelöscht werden. Gleichzeitig wurde das Stiegenhaus unter Atemschutz gelüftet. Der über eine innenliegende Holztreppe erreichbare Bürotrakt wurde untersucht, wobei festgestellt wurde, daß über den lichthofseitigen Fenstern kleinere Sekundärbrände entstanden waren, die mit Kübelspritzen gelöscht wurden.

Während des Vorbetriebes eines 12 m unter dem Niveau liegenden Stollens für einen Abwasserkanal im Zentralfriedhof war am 4. Juni um 11 Uhr 24 unvermutet nahe des Stollenendes Erdreich auf die Vortriebsmaschine gestürzt. Durch den Stolleneinbruch war drei Arbeitern der Fluchtweg abgeschnitten worden, zwei von ihnen wurden hiebei zum Großteil verschüttet. Da die Arbeiter große Erfahrung, Orts- und Sachkenntnisse hatten, nahmen sie die Grab- und Pölzarbeiten unmittelbar am Unfallort selbst vor. In enger Zusammenarbeit mit diesen Arbeitern haben die Einsatzkräfte der Feuerwehr Erdreich ausgehoben und transportiert, Pölzmaterial vorbereitet und zugeschnitten, die Luftversorgung zu den Verunfallten durch ein Druckschlauchgerät sichergestellt, Füllmaterial

zum Hinterfüttern von Hohlräumen hergerichtet und verlegt sowie von Stollen beleuchtet. Beim Transport der Verunfallten wurde mitgeholfen. Alle für diesen Einsatz erforderlichen bzw. in Frage kommenden Geräte und Materialien wurden im Stollen bereit gehalten. Um einen Absturz des Erddomes oberhalb der Einbruchstelle durch Austrocknen des Erdreiches zu verhindern, wurden mit einem Rohr die Wände und Stollensohle im sicheren Bereich mit Wasser bespritzt sowie zur Erhöhung der Luftfeuchtigkeit auch ein Hochdruckreinigungsgerät eingesetzt. Während ein unverletzter Arbeiter um etwa 13 Uhr 30 aus seiner Zwangslage befreit werden konnte, war es bereits etwa 17 Uhr, bis der zweite Arbeiter von Kollegen freigegraben werden konnte. Der dritte Verunfallte konnte erst um 22 Uhr 05 befreit werden.

Bei Ankunft der Feuerwehr stand am 30. Juni in der Wohnung in 6, Mariahilfer Straße 31, ein Zimmer in Vollbrand. Der Brand hatte bereits auf vier weitere Zimmer übergegriffen, so daß insgesamt etwa 100 m² Wohnfläche vom Brand erfaßt waren. Die Bewohner hatten sich aus der Wohnung ins Stiegenhaus retten können, dem etwa 22jährigen Sohn war hingegen der Fluchtweg abgeschnitten. Der Mann hing mit dem Oberkörper aus dem Fenster des hofseitigen Schlafzimmers, das gleichfalls bereits vom Brand erfaßt war, und drohte, 15 m tief auf das Dach des Hofeinbaues zu stürzen. Somit wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Die erste Löschgruppe drang unter Atemschutz zum Eingeschlossenen vor, eine 2. Gruppe bekämpfte den Brand unter Atemschutz mit einem Rohr. Im Zuge der Brandbekämpfung wurde die Gas- und Stromzufuhr geschlossen. Mit der noch greifbaren Mannschaft wurde eine 2. Löschleitung über Drehleiter vorgenommen. Da sich das Vordringen zum Eingeschlossenen wegen der überaus großen Brandhitze sehr schwierig gestaltete, dieser aber jeden Moment in die Tiefe zu stürzen drohte, wurde von Angehörigen des Fahrdienstes und der Polizei ein Sprungbalg auf dem Dach des Hofeinbaues in Stellung gebracht. Von der Verstärkung, die in der Zwischenzeit eingetroffen ist, wurde ein Rettungseinsatz über eine Hakenleiter vorbereitet. Der Mann konnte schließlich vom Atemschutztrupp gerettet und dem Rettungsdienst übergeben werden, der ihn ins Spital brachte. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde ein weiteres Rohr unter Atemschutz über Drehleiter vorgenommen. Ein zweiter Atemschutztrupp befand sich zur Unterstützung des ersten Trupps in der Brandwohnung. Ein dritter Atemschutztrupp untersuchte sämtliche gefährdete Wohnungen.

Ein Tankwagenzug war am 2. Juli von der Fahrbahn des Lobgrundweges im 22. Bezirk abgekommen, wobei der mit 15.000 l „Heizöl leicht" beladene Tankanhänger gegen einen Baum geprallt und im Bereich der 1. Kammer aufgerissen war. Aus der 5.000 l fassenden Kammer flossen rund 4.000 l Heizöl aus, der größte Teil ergoß sich auf die Fahrbahn. Die eintreffenden Feuerwehrkräfte errichteten blitzartig Erdwälle, um das Abfließen auf nichtbefestigten Grund zu unterbinden. Der in der Kammer verbliebene Rest wurde mit Spezialpumpen in feuerwehreigene Gebinde gepumpt. Das aufgestaute, mit Regenwasser vermischte Heizöl wurde von einem Saugtankfahrzeug der ÖMV, die Reste von der Feuerwehr mit Hilfe eines Druck-Saugfasses aufgesaugt. Rund 60 m³ ölgetränktes Erdreich mußten abgehoben werden.

Vermutlich im Zuge von Bauarbeiten für Dachgeschoßausbauten war es am 10. Juli in 4, Paniglgasse 14, in einem etwa 450 m² großen Dachbodenabschnitt der Technischen Universität zu einem Vollbrand gekommen. Der Brand wurde von innen nach Aufziehen einer b-Leitung mit drei Rohren und von außen mit einem Wenderohr über eine Drehleiter bekämpft. Zur gleichen Zeit stiegen Feuerwehrleute hofseitig über das Gerüst und bekämpften den Dachbrand im toten Bereich des Wenderohres mit zwei C-Rohren. Von der 2. Löschbereitschaft wurden zwei Rohre unter Atemschutz über eine Drehleiter auf das Dach vorgenommen. Im Zuge der Brandbekämpfung mußte das Dach mit Brecheisen und Motortrennsägen großflächig geöffnet werden. Ein Übergreifen des Brandes auf das Nachbarobjekt Paniglgasse 16 konnte verhindert werden. Um ein Übergreifen des Brandes auf das Objekt Paniglgasse Ecke Karlsgasse zu verhindern, wurde von der 3. Löschbereitschaft ein Wasserwerfer der Gelenkbühne eingesetzt. Über das vorhandene Gerüst wurden ein Rohr vorgetragen, Löscharbeiten durchgeführt und die Dachhaut zum Teil geöffnet. Ein weiteres Rohr über das Stiegenhaus des Nachbarobjektes wurde vorbereitet. Die Auflager von etwa 60 m² Abschlußdecke brannten bis zur Einsturzgefahr ab. Der Dachboden erlitt Totalschaden. Während der Löscharbeiten zerknallte eine Gasflasche, so daß der bereits weitgehend eingedämmte Brand wieder heftig aufflammte.

Bei Arbeiten in einer rund 6 m tiefen, 10 m langen und 80 cm breiten Künette war am 27. September in 10, Ettenreichgasse 45, um 11 Uhr 45 nach einem Erdeinbruch ein etwa 35- bis 40jähriger Bauarbeiter in stehender Position bis über den Hals verschüttet worden. Nach Freilegen des Kopfes wurde über einen Hochdruckschlauch Atemluft zugeführt und mit manuellen Grabarbeiten begonnen. Nachdem die Lage des Verunfallten festgestellt worden war, wurden die Grabarbeiten von einem Löffelbagger unterstützt. Gleichzeitig mit den Ausgrabungsarbeiten mußte eine provisorische Pölzung mit Schalungstafeln errichtet werden. Noch im Zuge der Bergungsarbeiten wurde vom Chefarzt der Wiener Rettung eine Erstversorgung (Schockbekämpfung, Sauerstoffbeatmung, Infusionen) des Verunfallten durchgeführt, wodurch sich der anfangs kritische Zustand etwas besserte. Um rund 18 Uhr 50 war der Verschüttete soweit freigelegt, daß er von einem Feuerwehrsbeamten gehalten und mit Hilfe eines Feuerwehrgurtes gesichert und mit einem Feuerwehrkran aus der Baugrube gehoben werden konnte. Er wurde daraufhin unverzüglich von einem bereitstehenden Hubschrauber des Bundesministeriums für Inneres ins Lorenz-Böhler-Krankenhaus geflogen.

Im Rahmen einer Revision des Hotels Wimberger in 7, Neubaugürtel 34, war am 29. November vom Vertreter der MA 35 im Saal, der an der hinteren Grundgrenze gelegen ist und als Ballsaal genutzt wird, ein Brandversuch an

einem Vorhang der Bühnendekoration durchgeführt worden. Nach etwa 10 Minuten, während sich die Teilnehmer der Kommission bereits in einem anderen Teil des Hotels aufhielten, wurde ein Brand im Saal bemerkt. Bei Ankunft der Feuerwehr standen die Bühne sowie umliegende Einrichtungsgegenstände in Brand, der rund 400 m² große Saal war von dichtem Rauch erfüllt. Der Brand wurde im umfassenden Angriff mit zwei Rohren unter Atemschutz gelöscht. Ein weiterer Atemschutztrupp beging den baulich getrennten Hoteltrakt, stellte jedoch fest, daß er nicht verraucht war. Von der 2. Löschbereitschaft wurden die umliegenden Wohnhäuser sowie weitere Teile des Hotels durchsucht. Im Zuge der Ausräumarbeiten wurden der schliefbare Dachboden über dem Saal untersucht und hiebei Glutnester im Bereich der hölzernen Lüftungsgitter zum Ballsaal festgestellt. Nach Entfernen der Glutnester im Zuge der Löscharbeiten flammten diese durch den Luftzug noch einmal auf, so daß ein hiedurch in Brand geratener, hölzerner Lüftungsturm mit einem Rohr (über Dach) gelöscht werden mußte. Teile des Lüftungsturmes wurden mit Kettensägen entfernt, Glutnester im Dachboden mit einem weiteren Rohr unter Atemschutz gelöscht.

In der hofseitig gelegenen Nitro-Spritzlackiererei einer Tischlerei in 15, Gebrüder-Lang-Gasse 13, war am 30. November ein Brand ausgebrochen. Beim Öffnen der Türe zur Lackiererei kam es zu einer Explosion, wodurch die Stiegenhausmauer im Erdgeschoß schwer beschädigt wurde. Durch Stichflammen und Glassplitter wurden fünf Feuerwehrbeamte, darunter auch der Einsatzleiter, teilweise schwer verletzt. Wegen der starken Rauchentwicklung mußte das Haus teilweise unter Einsatz von Rauchmasken evakuiert werden. Eine Frau wurde mit einem sechs Monate alten Säugling über Schiebeleitern in Sicherheit gebracht. Insgesamt wurden 12 Zivilpersonen vom Rettungsdienst abtransportiert. Der Brand wurde im umfassenden Angriff von der Gebrüder-Lang-, Robert-Hammerling- und Turnergasse mit sechs C-Rohren, einem Pulverrohr und einem Mittelschaumrohr bekämpft. Es standen drei Löschbereitschaften und vier weitere Löschgruppen im Einsatz. Durch Ablagerungen in einem Rauchfang, der als Abzug der Spritzsaugung diente, kam es zu einem intensiven Rauchfangbrand, der im Ausmaß von rund 1,5 m² den Dachstuhl im Firstbereich erfaßte. Die Decken in diesem Bereich wurden untersucht. Weiters kam es an der Hinterfront über der Werkstätte zu einem Deckenbrand, dessen Ausbreitung ebenfalls verhindert werden konnte. Neben dem Brand im Werkstättenbereich wurde auch der Brand in einem darunter gelegenen Spänebunker bekämpft. In weiterer Folge wurde das Brandobjekt mit Ringlüftern belüftet und mit Lichtflutern von beiden Seiten beleuchtet. Eine durch die Explosion stark ausgebauchte Gangmauer im Bereich des Hauptzuganges mußte abgestützt werden. Zwei Stunden später stand der bis dahin vom Brand nicht betroffene, linke Teil der Betriebsanlage in Brand. Der Brand griff auf die darüberliegende Wohnung Nr. 29 über und wurde von zwei Löschbereitschaften von der Turner- und der Gebrüder-Lang-Gasse aus mit drei C-Rohren und kurzzeitigem Pulver-Schaum-Einsatz gelöscht.

Aus nicht mehr feststellbarer Ursache war im Zimmer 712 (7. Stock) des Hotel Mercure in 1, Fleischmark 1, am 11. Dezember ein Brand ausgebrochen, wobei der Brandherd im Bereich des Kühlschrankes bzw. des Fernsehgerätes lag. Der Brand wurde unter Vornahme zweier Rohre, eines über Drehleiter, das zweite über das Nebenstiegenhaus unter Atemschutz, gelöscht. Um das Stiegenhaus zu entlüften, mußte das oberste Stiegenhausfenster eingeschlagen werden.